

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

41. Woche für die Zeit vom 6. bis 13. Oktober 1905.

Posen, den 17. Oktober 1905.

B e r i c h t

über den Verlauf der am 8. d. Mts. im
Weyhan'schen Lokale zu Stenschemo abge-
haltenen Versammlung des Vereins Straz
für den Kreis Posen-West.

Tagesordnung:

1. Eröffnung,
2. Wahl des Vorsitzenden,
3. Vortrag,
4. Organisierung des Vereins im Kreise Posen-West,
5. Diskussion,
6. Schluß.

Zu 1. Der Einberufer, Rittergutsbesitzer v. Plucinski-Szwadzin, eröffnete um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags die Versammlung, zu welcher etwa 80 eingeladene Personen, meist Mitglieder des Vereins Straz, Zutritt erhalten hatten. Von der polnischen Geistlichkeit und Intelligenz waren anwesend: die Pröpste Gladysz-Komorniki, Seichter-Wiry, Kowalski-Sforzewo, Janiewicz-Clupia; ferner Graf Kwilecki-Zankowice (?), Glabisz-Konarzewo, Jordan-Chomenczyce, Broblewski-Wronczyn, v. Unrug-Wienckowice. Ihr Fernbleiben hatten entschuldigt die Pröpste Suchowiat-Stenschemo und Eichowicz-Lodz. — v. Plucinski hieß die Erschienenen herzlich willkommen und wies darauf hin, daß er vom Vorstand des Vereins Straz als Starost für den Kreis Posen-West bestellt sowie beauftragt worden sei, die Organisierung des genannten Vereins in diesem Kreise durchzuführen, was in dieser Versammlung geschehen solle.

Zu 2. Auf Vorschlag des p. Plucinski wurde Glabisz-Konarzewo zum Leiter der Versammlung ausgerufen. Dieser nahm die Wahl dankend an und verlas die bereits vorausgeschickte Tagesordnung.

Zu 3. Propst Gladysz-Komorniki hielt einen fast einstündigen Vortrag, den er mit dem Gruße „Gelobt sei Jesus Christus“ einleitete. Er werde — führte Redner aus — den Anwesenden in seinem Vortrage die Ziele und Aufgaben des Vereins Straz vor Augen führen. Was sei der Verein Straz (Wacht)? Er sei ein von Polen und für Polen gegründeter Verein, welcher die Förderung der eigenen Landsleute in wirtschaftlicher und politischer Beziehung bezwecke. Die Deutschen besäßen hier im Osten einen ähnlichen Verein zur Unterstützung der Ihrigen. Es bestehe aber ein Unterschied zwischen diesen beiden Vereinen; während sich nämlich der Verein der Hakatisten durch seinen aggressiven Charakter auszeichne, wolle sich der polnische Verein einzig und allein auf die Defensiv beschränken.

Die Existenz und das Leben eines jeden Menschen beruhe auf drei Hauptfaktoren, auf dem Leben selbst, auf dem Hab und Gut und auf einem gewissen mo-

ralischen Wert, der im gewöhnlichen Leben durch die Begriffe Charakter, Ehre und guter Ruf bezeichnet werde. Diese drei Faktoren seien diejenige Grundlage für das Leben eines jeden Menschen, ohne welche der Mensch einfach bankrott sei. Jedes Familienvaters Haupt Sorge sei, die Gesundheit und das Leben der einzelnen Familienmitglieder durch eine vaterländische Erziehung zu festigen, das Familiengut stetig zu vermehren, den Kindern moralische Grundsätze einzuprägen, die ihnen für das ganze Leben als Leitsterne zu dienen vermöchten. — Auch das Leben einer Nation beruhe auf diesen drei Grundelementen, die zu schützen und zu pflegen Pflicht einer jeden Nation sei. Was bilde nun die erste Grundlage für das Leben einer Nation? Das sei der Glaube und die Sprache der Väter. Und in der Tat setze auch jede Regierung alles daran, den Glauben und die Sprache zu erhalten, sie tue dies durch Gründung von Schulen und Akademien zur Pflege der Muttersprache, durch Errichtung von Heiligtümern und durch Anstellung von Dienern der Kirche zur Förderung der Religiosität, durch Errichtung von Museen zur Erhaltung der Gebräuche und Sitten, zur Pflege von Kunst und Wissenschaft. Auch der preussischen Regierung könne man nicht abprechen, daß sie bemüht sei, Einrichtungen zur Pflege des deutschen Lebens zu schaffen. Leider aber gebe es böswillige Menschen, die sich zur Pflicht gemacht hätten, die Pflege des Deutschtums zu mißbrauchen, indem sie es gegen die Polen gefehrt hätten. Obgleich Kunst und Wissenschaft keine Feindschaft gegen die Polen kennen, so hätten es die Hakatisten dennoch verstanden, diese beiden Gebiete gegen die Polen auszubeuten, um alles Polnische zu nichte zu machen. Daher sei es Pflicht der Polen, auf der Wacht des nationalen Lebens zu stehen, die polnischen Sitten und Gebräuche zu pflegen, selbst wenn diesen Fehler und Mängel anhafteten. Jede polnische Hütte müsse mit einem Katechismus, mit einem Handbuch der polnischen Geschichte und Literatur ausgestattet werden, damit die Erinnerung an die Vergangenheit wach erhalten werde. — Es bestehe zwar Vereins- und Versammlungsfreiheit, es gebe aber böswillige Leute, die auch diese Freiheit den Polen verkürzten: Wie viele Versammlungen würden doch aufgelöst und verboten, wie viele polnische Redakteure müßten jahrelang hinter Gefängnisgittern zubringen, weil sie den Mut gehabt, mit dem richtigen Namen zu bezeichnen, was den Polen weh tue. Ohne die Tendenz, andere herabwürdigen zu wollen, tue es not, daß die Polen ihre verbrieften Rechte schützten. — Wie sehe es ferner mit der Gleichberechtigung in religiöser Beziehung aus? Es sei noch allen bekannt, der von dem ersten Reichskanzler ausgeübte Druck,

welcher ironisch Kulturkampf genannt worden sei. Spuren und Reste dieses Kampfes seien noch bis heut vorhanden; die Klöster seien noch geschlossen oder zu Wohnungen für Soldaten umgewandelt, jene Klöster, die einst durch blutigen Tribut der polnischen Brüder errichtet worden seien. Hierin Wandel zu schaffen, sei Aufgabe und Zweck des Vereins Straz; denn ohne Muttersprache und Glauben, ohne heimatische Gebräuche und Sitten, ohne persönliche Freiheit, ohne Freiheit des Worts und der Vereinigung müßte das polnische Leben erlöschen.

Die zweite Grundlage für das Leben und Dasein einer Nation sei ihr Hab und Gut, das in der Vermehrung des Grundbesitzes, in der Ausbreitung von Handel und Industrie, in der Arbeit mit den zehn Fingern bestehe. Das polnische Land sei einst berühmt gewesen, es sei von Honig und Milch geflossen, sein Weizen sei in überseeische Länder ausgeführt worden. Dieses Land sei bis heut das gleiche geblieben, ja seine Fruchtbarkeit habe sich durch die Anwendung von Maschinen und Kunstdünger noch gesteigert. Nichtsdestoweniger vermindere sich der polnische Grundbesitz von Tag zu Tag. Anfangs habe der Großgrundbesitzer durch Leichtsin und Verschwendung schwer gesündigt, in der letzten Zeit dagegen habe sich, nachdem unter dem Adel ein gesunder Stamm geblieben sei, der fleißig vorwärts strebe, das Gift von oben nach unten, auf den Bauern übertragen, er entledge sich jetzt des im Schweiße des Angesichts von seinen Vätern erworbenen Grundbesitzes. Darum müsse man auf der Wacht sein, auf daß auch nicht eine einzige Scholle des erbten Gutes verloren gehe. — Handel und Industrie hätten hier nie in hoher Blüte gestanden, allein mit dem Verlust an Boden im Großgrundbesitz seien diese zwei wirtschaftlichen Zweige noch mehr gesunken. Wo die Ansiedelungskommission ihren Ansiedlern zur Pflicht gemacht habe, nur in den sogenannten Kaufhäusern ihre Einkäufe zu besorgen, dort sei auch der polnische Handel zurückgegangen, und in dem gleichen Maße, als der Landbesitz geschwunden sei, sei auch der polnische Arbeiter entbehrlieh geworden; denn die Ansiedler brauchten keine Arbeiter, weil sie selbst kaum ihr Dasein zu fristen vermöchten. Der polnische Arbeiter sei daher gezwungen gewesen, in andere, fremde Gegenden zu ziehen, und da er billiger arbeite, habe er bald mehr Arbeit gefunden, als er bedurft habe. Gleichzeitig aber sei er auch für die hiesigen Gegenden verloren gewesen, was sich besonders bei den Wahlen durch Verminderung der Zahl polnischer Stimmen bemerkbar gemacht habe. Dort in der Fremde verliere der polnische Arbeiter die Fühlung mit der Heimat, die polnischen Brüder würden dort international, ihre Kinder aber verlören sogar Glauben und Sprache. — In der Heimat hinwiederum sei durch das neue Ansiedelungsgesetz der Erwerb von Ansiedelungen und die Errichtung von Wohnhäusern bedroht. Überdies gebe es noch unter den eigenen Brüdern Verräter, die das nationale Hab und Gut in empfindlicher Weise schädigten. Auch nach dieser Richtung hin werde der Verein Straz seine Tätigkeit entfalten, er werde seinen Hauptnachdruck darauf legen, Prozesse wegen zu Unrecht verbotener Ansiedelungen bis zur höchsten Instanz durchzusetzen. Der Verein werde also auch hier auf der Wacht stehen; denn wo der Grundbesitz erhalten werde, wo Handel und Industrie blühten, da erhalte sich auch die Nationalität und die Kirche.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für das Leben einer Nation sei drittens ihr moralischer Wert. In dieser Beziehung schade den Polen nicht der Feind, sondern sie selbst untergrüben nur zu oft ihren guten Ruf, ihre Ehre. Haben denn die Polen schon irgend-

welche Fehler abgestreift, haben sie sich schon von irgendwelchen Sünden befreit? Das gerade Gegenteil müsse man behaupten, ihre Fehler hätten sich nur noch vermehrt. Wie immer, so grassiere unter den Polen auch in der Gegenwart die Prozeßsucht. Sie ließen sich von jüdischen Blutegehn ausfangen und zur Föhrung von Prozessen aufwiegeln, die sich bis ins Unendliche ausdehnten und so manches Polen Hab und Gut verschlängen. Auch die Trunksucht habe nicht abgenommen, sie nehme vielmehr von Tag zu Tag überhand; hierzu biete besonders der Geldtag eine große Versuchung, denn gerade an solchen Tagen seien die Schankstättcn überfüllt und werde das Geld auf leichtfertigte Weise vergeudet. Kein geringerer Krebschaden der Polen sei ferner das Kartenspiel. Er, Redner, kenne z. B. in seiner Parochie Spelunken, in denen Tag für Tag Karten gespielt, ja sogar Hazardspiele gepflegt würden; er könne doch aber den Gendarmen nicht hinschicken, obgleich er dies eigentlich tun müßte. Die nationale Ehre verlange nun nicht nur die Beseitigung dieser und anderer Laster, sondern sie verlange auch die Darbringung von Opfern. Ohne Geld sei nichts zu erzielen, daher müßten auch die Polen Geldopfer bringen. Das polnische Volk spende zwar Tausende zu religiösen Zwecken, das genüge aber nicht, es müsse vielmehr die Opferwilligkeit auch zu nationalen Zwecken geweckt werden.

Der Pole wolle bloß da Geld geben, wo er gewisse Vorteile daraus ziehe; er müsse aber auch daran gewöhnt werden, zu idealen Zwecken Geld hinzugeben, wie z. B. zu Gunsten des Vereins der Unterrichtshilfe, zu Gunsten polnischer Lesevereine, zu Wahlzwecken usw. Zu Luzzszwecken spende man Silber und Gold, zu den erwähnten guten Zwecken dagegen leider nur Kupfer. Darin müsse eine durchgreifende Änderung vorgenommen werden, und auch dazu sei der Verein Straz berufen.

Das seien die Ziele und Aufgaben des Vereins Straz. Wer in seiner Brust nicht die Begeisterung fühle, diese Pflichten eines Polen gewissenhaft zu erfüllen, der möge lieber den Saal verlassen. In der Diskussion stehe es dann jedermann frei, sich über den Zweck und die Bestimmung des Vereins Straz noch eingehender zu unterrichten und auszulassen.

Zum Schluß empfehle er, Redner, den Anwesenden als Lebensregel und als Fingerzeig für ihre Wirksamkeit im Verein Straz die Befolgung des bekannten Ausspruchs ihres polnischen Nationaldichters Mickiewicz, der da laute:

„Wspólna moc zdoła nas tylko ocalić!“
„Vereinte Kraft nur vermag uns zu retten!“

(Beifall!)

Zu 4. Nachdem der Vorsitzende dem Redner gedankt, schritt Starost von Plucinski zur Organisierung des Vereins Straz im Kreise Posen-West. Zunächst forderte er diejenigen unter den Anwesenden zum Beitritt in den Verein auf, die demselben noch nicht angehörten. Er habe — fuhr p. Plucinski fort — die Erfahrungen gemacht, daß die meisten dem Verein gern beiträten; jedoch gebe es vereinzelt auch Leute, die sich scheuten, sich dem Verein anzuschließen. Diese Ängstlichkeit sei nicht am Plage, denn der Verein stehe keineswegs mit den Staatsgesetzen im Widerspruch. Wer Steuern zahle, habe auch das Recht, von den Staatsgesetzen Gebrauch zu machen. Wer also von dem Recht der Vereinsfreiheit keinen Gebrauch mache oder sich scheute, dies zu tun, der achte die Staatsgesetze nicht. Wer gegen seine Überzeugung die Ratschläge übelgesinnter Menschen befolge, handle unlogisch. Der Verein Straz sei weit entfernt, die Gegensätze zwischen Deutschen und Polen zu verschärfen, denn es

gebe ja sogar unter den Deutschen den Polen wohlgestimmte Leute, weil sie wüßten, daß die Polen niemanden in den Weg treten, niemanden verdrängen, sondern nur ihr gutes Recht wahren wollten.

Nach Verlesung der Namen der Anwesenden bzw. Eingeladenen erfolgte die Aufnahme von einigen neuen Kandidaten, deren Namen festzustellen jedoch unmöglich war, weil die Anmeldung mittelst Formular schriftlich geschah.

Hierauf folgte die Aufstellung der Kommissare für die einzelnen Ortschaften. Es war möglich, folgende Namen aufzuzeichnen:

Strykowski-Zydowo und Rozworowo; Jakowski-Pamiontkowo; Gwojdzinski-Cerekwica und Przybroda; Berzynski-Mrowino, Morawski-Rokietnice; Wiertniski-Krzykowo, Beyerlein-Rietz; Jarmak-Starzyn; Paczkowski-Kogierowka; Spychal-Kobylniki; Czajka-Tarnowo; Jandy-Tarnowo; Podkowiak-Chyby und Baranowo; Nowak-Sady; Pawlicki-Ottowo; Zytkowski-Sobiesiernia; Graf Kwilecki-Zankowice (?); Czychowiec-Lussowo (?); Radowicz-Lawica; Tomkowiak-Zunikowo; Podkowiak-Jabianowo; Adalbert Kurasz und Propst Gladysz-Komorniki; Nowak-Rotowo; Obrembowicz-Storzewo; Wiciak-Dombrowa; Ezyfter-Dopiewo; Kluczynski-Dopiewiec; Symkowiak-Palendzie; Strony-Goluski; Propst Seichter-Wiry; Wierzbinski-Denczyca; Tomas-Zabikowo; Adamski-Lasetz; Jordan-Chomencice; Johann Huft-Karolowo (?); Jordan-Podloziny; Adalbert Rybaczyn-Slupia; Klorek-Pietary (?); Czajkowski-Tomice; Sala-Sapowice; Tatta-Dom. Sapowice; Brudka-Wronczyn und Gemeinde Bendlewo; Sobiecha-Dom. Bendlewo; Gliczynski-Lodz (?); Kaczmarek-Trzebaw; Ignaczaw-Dymanczewo; Bocian-Dembno; Bendlewski-Zamyslowo; Karpinski, Ezyfter, Paciorfiewicz-Stenschenwo.

Nach Verteilung der Druckformulare an die Kommissare und nach Verlesung der für diese bestimmten Instruktionen wurde der Beschluß gefaßt, am 19. November d. J. um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags in Posen eine Sitzung der Kommissare abzuhalten. Das Lokal wird später noch bekannt gegeben werden.

Zu 5. Der Vertreter aus Sapowice stellte die Frage, ob auch Mitglieder der Kriegervereine für den Verein Straz geworben werden könnten.

Der Vorsitzende erwiderte, das sei ja gerade der Zweck des Vereins Straz, solche Leute für den Verein zu gewinnen; dann würden sie eben statt dem Kriegerverein dem Verein Straz angehören.

Da in der Diskussion niemand das Wort zu ergreifen wünschte, bemerkte Propst Gladysz, er habe noch etwas auf dem Herzen, was er sich für die Diskussion vorbehalten habe; das sei die leichte Bestechlichkeit der Polen während der Wahlen. Er habe während seiner 15 jährigen amtlichen Tätigkeit die äußerst demütigende Erfahrung machen müssen, daß sich Polen um eine Meße Kartoffeln oder Getreide, was aber noch schlimmer sei, um ein Glas Schnaps verleiten ließen, bei Wahlen gegen ihre Überzeugung zu stimmen. Das sei eine Erniedrigung und Demütigung ärger denn eine Ohrfeige. Auch in dieser Beziehung habe der Verein Straz die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Polen nicht ihre heiligsten, ihnen verbürgten Rechte hintansetzten.

Ein gewisser Bocian erklärte, ihm sei es passiert, daß er aus der Arbeit entlassen worden sei, weil er nicht gewählt, wie es der Brotherr gewünscht habe. Er habe ihm aber daraufhin erwidert, daß er sein Brot auch anderswo verdienen könne.

Auf Vorschlag eines gewissen Tomas wurde schließlich je ein dreifaches Hoch auf den Starosten v. Plucinski, den Vorsitzenden Gladysz und den Propst Gladysz ausgebracht.

Zu 6. In seinem Schlußwort feuerte der Vorsitzende die Anwesenden an, in die Tat umzusetzen, was sie hier gehört hätten, und was der Verein Straz sich als Ziel gesetzt habe. Besonders die Aufgeklärteren möchten eine eifrigere Tätigkeit entwickeln, damit man nicht wieder sage, die Polen hielten zwecklose Zusammenkünfte ab. Jeder möge hingehen und die Ideen des Verein Straz in den Hütten und Dörfern ausbreiten.

Um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr erreichte die ruhige verlaufene Versammlung ihr Ende.

Maluche,
Polizei-Bureaudiatar.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 232 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 8. Oktober 1905:

Achtung Reservisten!

Wir bringen unseren geehrten Kameraden, welche vom Militär entlassen worden sind, in Erinnerung, daß sie, wenn sie das Anrecht an die „polnische Berufsvereinigung“ nicht verlieren wollen, von Beginn der Arbeit ab gerechnet, innerhalb vier Wochen ihren Beitritt als Mitglieder erklären möchten.

Diejenigen Landsleute, welche vom Militär zurückgekommen sind und nicht vorher Mitglied waren, sollten ebenfalls ihren Beitritt zur polnischen Berufsvereinigung erklären. Wer sich binnen Monatsfrist als Mitglied meldet, hat freien Beitritt. Kameraden, laßt euch von den Deutschen und ihren Agitatoren nicht beirren. Verschiedene deutsche Patrioten werden sich bemühen, euch zum Eintritt in die „krygerferainy“ zu veranlassen. Kameraden, die Militärzeit ist vorüber und wir wissen gut, daß sie euch manchmal „zum Hals herauskam“, und so entscheidet ihr denn heute, wo ihr wieder frei seid, als Polen selbst. Denket daran, daß ihr als Polen nur polnischen Vereinen, polnischen Organisationen beitreten dürft. Für jeden Arbeiter ist die Berufsorganisation erforderlich, ihr sollte jeder Arbeiter angehören; für uns polnische Arbeiter ist die polnische Berufsvereinigung da. Wir machen unsere Delegierten und Vertrauensmänner darauf aufmerksam, daß sie sich darum bemühen möchten, die vom Militär zurückgekehrten Landsleute für unsere Organisation zu gewinnen.

Aus Nr. 231 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. Oktober 1905:

Die Schiedsgerichte.

Der Verein Straz empfiehlt seinen Mitgliedern aufs wärmste, Streitigkeiten den Schiedsgerichten zur Entscheidung zu überweisen. Eine solche Art des Verfahrens beseitigt die Prozeßsucht, verringert die Kosten und erleichtert die schnelle Erledigung der Sache.

Die Schiedsgerichte sind gesetzlich erlaubt und durch die Zivilprozeßordnung (Bd. X §§ 1025—1048) sogar ausdrücklich anerkannt. Mit dem Augenblick, wo die Urteile des Schiedsgerichts dem staatlichen Gericht vorgelegt werden, werden sie zur Grundlage des Vollstreckungsverfahrens.

Für Schiedsgerichte zwischen den Mitgliedern des Vereins Straz eignen sich besonders: Beleidigungssachen, Familienstreitigkeiten, Unverträglichkeiten in den Vereinen, zwischen Bekannten usw.

Der Verein Straz kann hier einzig durch seine Vermittelung helfen. Im Falle einer Streitigkeit zwischen Mitgliedern des Vereins Straz, soweit sie in

der Stadt Posen oder den beiden Posener Kreisen ihren Wohnsitz haben, wendet man sich an den Vorsitzenden der Sektion IV (Abgeordneten Dr. Sigismund v. Dziembowski, Bergstraße 10a I), der die Angelegenheit dem betreffenden Referenten der Sektion IV abgibt; soweit es nun die in der Provinz befindlichen Mitglieder betrifft, begibt man sich zu dem Starosten des Vereins Straz. Hier trägt man das Streitobjekt vor und bezeichnet fernerseits einen Schiedsrichter. Sache des Starosten des Vereins Straz wird es sein, die Gegenpartei aufzufordern, sich mit dem Schiedsgericht einverstanden zu erklären und ihrerseits einen Vermittler zu bezeichnen.

Vorsitzender des Schiedsgerichts ist der betreffende Referent der Sektion IV. Seine ständigen Vertreter für die Stadt Posen und die Kreise Posen-Ost und West sind die Starosten des Vereins Straz.

So haben sowohl der Referent der Sektion IV, als auch die Starosten des Vereins Straz das Recht, Vorsitzende in den Schiedsgerichten für die einzelnen Angelegenheiten zu ernennen. Es empfiehlt sich Juristen zu ersuchen, den Vorsitz in den Schiedsgerichten zu übernehmen.

Entsprechende Formulare zu Erklärungen verfaßt die Sektion IV und sie wird diese zugleich mit den Statuten der Schiedsgerichte den Starosten des Vereins Straz übersenden.

Die juristisch-politische Sektion (IV)
des Vereins Straz.

Aus Nr. 231 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. Oktober 1905:

Warnung.

Personen, die sich auf eine Empfehlung des Vereins Straz berufen, müssen sich durch eine schriftliche Legitimation, die mit dem Stempel des Bureau des Vereins Straz versehen ist, ausweisen.

Das Bureau des Vereins Straz.

Aus Nr. 231 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. Oktober 1905:

Warnung.

Ein gewisser Dr. K., der sich als Verwandter eines Krakauer Professors ausgibt, bemüht sich um den Ankauf von Grund und Boden im Großherzogtum. Er besitzt kein Vermögen und ist möglicherweise eine vorgeschobene Person.

Das Bureau des Vereins Straz.

Aus Nr. 231 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. Oktober 1905:

Alle Vertrauensleute

des Vereins Straz, sowie alle Mitgliederkandidaten des Vereins Straz werden um genaue Angaben auf den betreffenden Anmeldeformularen gebeten. Und zwar muß vollkommen deutlich angegeben werden:

Der Name und Vorname, der Stand, der Wohnort (in der Stadt Straße und Hausnummer), der Kreis und die Höhe des Beitrages.

Das Bureau des Vereins Straz.

Aus Nr. 226 des Dziennik Kujawski (Hohenstaal)
vom 30. September 1905:

Das Ausverdrängen aus dem Lande und unsere Rettungsinstitute.

Unsere Feinde haben es sehr wohl verstanden, daß sie die polnischen Lande solange nicht germanisieren können, so lange der Boden, kleinere und größere Flächen desselben, sich in unseren Händen befinden wird; deshalb bezahlen sie das Land gerne teuer, um das von ihnen gehasste polnische Element für immer aus demselben zu entfernen und es nicht als Vorwurf des Gewissens für das Verbrechen der Teilung Polens vor Augen zu haben.

Als man die ersten 100 Millionen bewilligt hatte, um uns zu vertreiben, belebte sich die Bewegung der Verteidigung, man schritt zur Herstellung von Verteidigungswällen gegen die preußischen Millionen. Es war das die Zeit der Entstehung unserer Rettungsbanken, der sogenannten Parzellierungsinstitute. Es war das der erste große Augenblick, in dem unser Patriotismus auf die Probe gestellt wurde.

Und was zeigte sich? Es zeigte sich wieder, daß wir nicht im stande sind, uns in geschlossener Menge zu verteidigen, weder auf dem Schlachtfelde noch auf dem Gebiete der produktiven Arbeit. Mit einer Hand nahm man die preußischen Millionen, mit der anderen dagegen schuf man Rettungsbanken, ohne sich Rechenschaft darüber zu geben, was man tat. Von einer Seite mit preußischen Gelden gespeckte Verräter, von der anderen Patrioten mit leerer Tasche — so stellte sich unsere moralische hundertjährige Errungenschaft dar.

Unsere Rettungsbanken sind somit finanziell der Gefahr des Augenblickes nicht gewachsen und führen zum größten Teil ein Dasein gleichsam zum Staat, obgleich die preußischen Landschaften und verschiedene ausländische Banken manchmal in Sorge leben, wie sie die polnischen Gelder unserer Magnaten und Geldmenschen nutzbringend anlegen sollen.

Einen solchen Stand der Sache, welcher bei uns in kritischen Zeiten oft vorkommt, verstanden auch jetzt verschiedene Charlatane, Direktoren, die sich selbst dazu ernannt haben, auszunutzen, die heute im Namen des Patriotismus dem polnischen Manne den letzten Groschen aus der Tasche ziehend, sich in Villen breit machen und ihren dienenden und Geschäftskumpanen sagen was sie für die nationale Sache getan, indem sie die polnische Erde vor der deutschen Überflutung gerettet hätten.

Wir haben ihrer in Posen viele, denn man zeigt sogar mit den Fingern auf sie, und auch in der Provinz fehlt es an ihnen nicht. Es sind das gemeine Verschacherer des Landes oder sich selbsternennende Direktoren des Landhandels, aber nicht Repräsentanten der Rettungsinstitute. Wenn wir die Verteidigung des Landes ernst nehmen würden, dann würde es nicht täglich in so erschreckender Weise unter unseren Füßen schwinden. Wir scherzen nur mit der Verteidigung, alles übrige ist Phantasie, falscher Schein. Die infolge dieser Verhältnisse entstandenen nationalen Einkuren schufen bequeme Direktoren, welche mehr mit dem Worte als mit der Tat glänzen, welche sich demütig bitten lassen, dieses oder jenes polnische Besitztum zu retten. Wir haben in diesen Stellungen wenig Leute von Idee und Hingebung, deshalb kann man auch von ihnen nicht erwarten, daß sie etwas für das Volk tun sollten.

Schauen wir uns nur einmal die polnischen Lande an. Wo hat z. B. die Bank Ziemiński in Posen ihre Filialen in der Provinz, durch welche sie sich über alles informieren lassen könnte und welche die Vor-

arbeiten besorgen würden? Nirgends. Die Landbank dagegen hat ihre Nebenstellen fast in jedem Städtchen, in jeder größeren Stadt. Wenn unsere wichtigeren Institute, wie z. B. die Bank Ziemski, keine größere Rührigkeit entfalten werden, dann wird man ihnen zum Vorwurfe machen können, daß sie ihren Beruf geradezu verfehlt haben.

Mit dem bloßen Geschrei werden wir die Verkäufer nicht ausrotten; das hätte damals schon Erfolg haben müssen, als man zuerst Rynsk, Radlowo usw. veräußert hatte; heute muß man zu anderen Waffen greifen. Es handelt sich hierbei nicht um die Rettung des ersten besten Stumpers, sondern um das polnische Land und um das polnische Volk, das sich späterhin zerstreuen und in der Fremde umherirren muß, obgleich es ein Vaterland hat, welches seine Vorfahren für ihre Nachkommen mit Blut und Leben erkaufen mußten, nicht etwa deshalb, damit es der erste beste Lump den Feinden veräußerte.

Diese Sache ist überaus wichtig, und die betreffenden Faktoren sollten sie sich wohl zu Herzen nehmen, sonst werden unsere Klagen vergeblich sein.

Aus Nr. 232 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 11. Oktober 1905:

Familienstiftungen.

Geehrte Redaktion!

Schon seit längerer Zeit trug ich mich mit der Absicht, die breiteren Kreise der Volksgesamtheit, in erster Linie die Großgrundbesitzer, darauf aufmerksam zu machen, daß meines Erachtens die Mittel unzureichend sind, welche zur Verteidigung unseres Bodens gegen Verschacherer angewandt worden sind, sei es öffentlich seitens der Presse in redaktionellen Artikeln und in den Stimmen aus dem Publikum, oder auch privatim auf dem Wege der Mahnung und der Drohung seitens Wohlgesinnter, wenn wiederum dieser oder jener Fehden Landes davon bedroht war, der Ansiedelung, der Landbank oder verdächtigen Agenten in den Rücken zu fallen.

Die Anregung zu meinem Hervortreten bietet mir die Familie Grabski, welche ein Beweis dafür ist, daß weder die Anhänglichkeit an die Familienverhältnisse, noch die Furcht vor der öffentlichen Meinung diese Verschacherer davor zurückhält, die Judasgrößen oder vielmehr die Judasgoldhaufen einzustecken, diese Leute, die unverhofft im tiefsten Geheimnis — oder unmittelbar Unterhandlungen mit der Ansiedelungskommission und Genossen anknüpfen und, ehe man es sich versteht, den Verkaufsvertrag abschließen, der nicht mehr rückgängig zu machen ist.

Die Presse, die öffentliche Meinung, die Einflüsse der Familie können solche Fälle auf fast sporadische Ausnahmen beschränken, doch sie können dieselben nicht geradezu unmöglich machen. Es sind das sozusagen Momente, die zwar die Allgemeinheit der Volksgesamtheit sittlich machen, jedoch nicht objektiv ebenso kräftig auf die Einzelindividuen einwirken, die entsprechend dem eigenen ethischen Empfinden von auswärts herkommenden geistigen Einflüssen gegenüber minder empfindlich sind. Leute, welche ethisch nicht durchgebildet oder vom neuzeitigen Materialismus verberbt sind, der auch in unserer Volksgesamtheit in allen Volksschichten tief Wurzel geschlagen hat, werden der Stimme der Ideale und heiliger Losungen, denen gegenüber sie unempfindlich sind, nicht folgen; sie werden sich vor dem Gespenst der Schande nicht fürchten, sie werden vor Bitten und Drohungen nicht zurückweichen, indem sie auf die Kraft, die in dem

vollen Geldbeutel steckt, oder auf die Nachsicht der großpolnischen Ehrengerichte rechnen. Sie werden sich nur beugen, wenn man ihre nichtswürdigen Absichten dadurch unmöglich macht, daß man die Freiheit des Willens beim Verkauf ihres Landbesitzes einschränkt.

Soviel ich mich erinnere, ist dieser Gedanke im Dziennik schon einmal aufgeworfen worden, als vor einigen Jahren unsre Volksgesamtheit von der Hiobsbotschaft betreffend den unverhofften Verkauf eines schönen Besitzes bei Rawitsch an die Ansiedelungskommission überrascht wurde.

Man schlug damals vor, die Besitzer größerer Güter sollten das Vorkaufsrecht zu Gunsten unserer finanziellen Institute, wie z. B. der Bank Ziemski, hypothekarisch eintragen lassen. Ich zweifelte keinen Augenblick daran, daß es bei der Anregung sein Bewenden behalten werde, und ich bin überzeugt, daß ich mich nicht irre, wenn ich behaupte, daß dieser Stimme freiwillig niemand gefolgt ist. Solche Institute genießen niemals völlige Anerkennung und völliges Vertrauen bei den einzelnen Individuen, schon darum nicht, weil sie als Finanzinstitute manchmal im Gegensatz zu den Individuen treten, mit denen sie zu tun haben. Diese Institute können zu allgemeinen, idealen Zwecken gegründet sein, sie streben aber nach Verwirklichung derselben auf materiellem Wege, — kurz, sie bieten keine hinreichende Bürgschaft dafür, daß sie unter Verleugnung des eigenen Interesses nur das Wohl des von ihnen abhängigen Individuums würden im Auge haben. Dieses Moment bildet keineswegs einen Vorwurf für jene Institute, — es steckt geradezu in ihrem inneren Charakter, der die einzelnen Individuen davon abhält, ihnen auch nur das illusorische Recht der Entscheidung über das Los eines Gutes abzutreten, das jeder am liebsten ohne Einschränkung behalten will. Nun haben die letzten Jahre uns gelehrt, daß wir im Hinblick auf moralisch schwache Individuen, die in jeder Volksgesamtheit und in jeder Gesellschafts-schicht zu allen Zeiten infolge der menschlichen Individualität sich vorfinden, nach einer vernünftigen Beschränkung des Schaltens und Waltens mit dem Grund und Boden streben sollten. Dies Streben wird nur dann von gutem Erfolg gekrönt sein, wenn wir ein Mittel finden, das für alle Besitzer möglich, sowie am wenigsten lästig ist und die Entscheidung am meisten erleichtert.

Man muß hier nicht die Hilfe öffentlicher Institute anrufen, die dem Einzelnen fremd gegenüberstehen, sondern die Hilfe derjenigen, mit denen man durch Name, Blut, gemeinsame Tradition verbunden ist, man muß die Hilfe der Familien anrufen, die noch Güter besitzen, damit sie sich zusammenschließen, damit sie vor der Zeit den Verrat unmöglich machen können, der unter Unvorsichtige sich stets einstehlen kann, daß man Familieninstitute schaffe, ohne deren Vorwissen die einzelnen Familienmitglieder des väterlichen Bodens sich nicht entäußern dürfen. Wir Großgrundbesitzer sollten in erster Linie daran denken, daß wir nur Verwalter unsrer Güter sind. „Wieviel Land, soviel Polen“, — das ist bei uns in Großpolen keine leere Phrase und wer Land besitzt, der steht auf Vorposten, der steht auf einem vorgeschobenen Posten an der Warthe oder Weichsel, — er bildet mit seinem Gute Verteidigungsschanzen, die im Momente der Gefahr unter der entsprechenden Aufsicht hierzu berufener Faktoren stehen sollten.

Die Art und Weise der Errichtung einer solchen Aufsicht ist sehr einfach, und sie erfordert von den einzelnen Mitgliedern der Familie keine großen Opfer oder bedeutende Kosten. Ich habe hier die Familienstiftungen im Sinne. Es ist nicht meine Absicht, mich heut über die guten Folgen solcher Stiftungen für die

einzelnen Familien auszulassen, ich bemerke nur beiläufig, daß sie das Zusammenhalten und Familien-solidarität lehren, daß sie Streitigkeiten innerhalb der Familie schlichten, und daß sie auf dem Wege kleiner Beiträge eine Familie mit der Zeit auch materiell heben oder in der bisherigen Stellung erhalten können, und ich hebe nachdrücklich ihre Tragweite für das ganze Land hervor, da sie es den Mitgliedern einer Familie unmöglich machen, im Geheimen mit dem Grund und Boden zu schwächern in einer Art und Weise, die den nationalen Interessen zuwiderläuft.

Die Gründung einer Familienstiftung bietet keine Schwierigkeiten.

Alle erwachsenen Mitglieder einer Familie oder, wenn die Familie zahlreich ist, eine ad hoc gewählte Kommission schreibt in deutscher Sprache den Gründungs-akt nieder, der ein beliebig hohes Stiftungskapital, den Sitz der Stiftung und die innere Verfassung festsetzt. Letztere hat einen Paragraphen zu enthalten, welcher die Grundbesitzer in der Familie verpflichtet, in die zweite Abteilung des Grundbuchs das Vorkaufsrecht zu Gunsten der Stiftung einzutragen, jedoch mit dem aus praktischen Gründen dringend gebotenen Vorbehalt, daß jene Eintragung die Landschaftsschulden nicht betreffe. Der unterzeichnete Stiftungsakt wird sodann entsprechend dem festgesetzten Sitze der Stiftung dem zuständigen Landgericht eingesandt. Mit dem Moment der Bestätigung durch das Gericht wird die Stiftung eine juristische Person, welche Kapitalien, Immobilien und Vermächtnisse besitzen kann und bezüglich deren alle grundbesitzenden Mitglieder nunmehr verpflichtet sind, im Amtsgericht die oben bezeichnete Eintragung bewerkstelligen zu lassen, was eine nicht beträchtliche Kostensumme, — soviel ich mich erinnern kann, etwa 10 Mk. — verursacht. Die Zahlung beim Landgericht ist allerdings bedeutend höher, — sie beträgt einige hundert Mark —, doch wenn dieser Betrag auf die Häupter in der Familie repartiert wird, so wird das einzelne Mitglied nicht allzusehr belastet. Diese Kosten sollten niemanden abschrecken, und die Befürchtung, daß eine Eintragung betreffend das Vorkaufsrecht dem Besitzer den Kredit erschweren werde, ist gleichfalls eine leere. Weder der gesunde Real-, noch der normale persönliche Kredit kann, wenn er in vernünftigen Grenzen in Anspruch genommen wird, dadurch leiden.

Natürlich hören dann alle die unerhörten versteckten Kredite auf, die von geheimen Agenten der Ansiedlung oder der Landbank zu dem Zwecke gewährt werden, um den außersehenden Besitzer um so sicherer in die Arme der uns feindlichen Institute zu treiben, und wenn wir uns noch dazu klar vergegenwärtigen, daß keines der Mitglieder der Stiftung ohne Vorwissen der Familie ein Gut eigenmächtig verkaufen kann, und daß die mit einer solchen Eintragung versehenen Güter von der Ansiedlung oder Landbank überhaupt nicht zu Zwecken der Parzellierung angekauft werden können, dann müssen wir ohne Umschweife zugeben, daß solche Stiftungen dem Lande überaus große Dienste leisten. Ich denke, daß ich die Überzeugung aller Leser treffen werde, wenn ich behaupte, daß keine Familienstiftung einer teilweisen Parzellierung unter Landsleuten oder dem Verkauf des ganzen Gutes in dringenden Fällen sich widersetzen, und daß sie gegebenenfalls auf das Vorkaufsrecht verzichten wird, dem Grundsatz huldigend, daß man zwar den Feind in die Schanzen nicht hineinlassen darf, daß es aber gestattet ist, die Besatzung zu wechseln und das alte Militär durch neues, unter derselben Standarte kämpfendes zu ersetzen.

Aus obigen Ausführungen geht hervor, daß es möglich ist, unsern Boden, den man nicht für gewöhnliche Ware ansehen darf, teilweise zu immobilisieren, und ich habe in Kürze darzutun gesucht, daß ein

wenig guten Willens dazu hinreicht, daß Familien auf dem oben gewiesenen Wege die ihnen angehörenden schwächeren Elemente in Zucht halten, daß sie im Stande seien, bösem Willen Zügel anzulegen und in Momenten moralischer oder finanzieller Depression Verwandten mit Rat und Beistand zu dienen. Dadurch erspart man sich die unangenehme Pflicht, Verwandte für infam zu erklären. Letzteres reinigt zwar die Familie, doch kann dadurch die einmal dem Lande erwachsene Einbuße nicht wieder eingeholt werden. Tief empfinde ich mit Familien, die sich von Mitgliedern infolge schändlicher Verkaufsaktionen derselben losjagen mußten; doch sind sie erst nach dem Schaden, den sie unter den gegebenen Verhältnissen nicht unmöglich machen konnten, klug geworden. Wenn es sich um Verschacherer handelt, dann muß man nicht zu Repressiv-, sondern zu Präventivmitteln greifen.

Zwei großpolnische Familien (vielleicht hat sich diese Zahl in der letzten Zeit um eine oder zwei vergrößert) haben die Tragweite von Präventivmitteln begriffen. Die eine hat eine Stiftung, die andere einen Familienverband gegründet, und beide haben, soviel mir bekannt ist, sich das Vorkaufsrecht gewahrt. Sie haben in dieser Hinsicht hinreichende Erfahrung gesammelt. Ich zweifle nicht daran, daß die Vorstände beider Familien bei der Gründung neuer Stiftungen oder Familienverbände gern mit Rat und Hilfe dienen werden.

Was mich betrifft, so erachte ich die Stiftungen für vorteilhafter als die Familienverbände, da erstere der überflüssigen regierungsseitigen Kontrolle nicht ausgesetzt sind.

Mithin ans Werk! Mögen die Familien, welche Grundbesitz haben, sich zu gemeinsamen Instituten zusammenschließen, — sie werden dann nicht nur moralisch stärker als bisher dastehen, sondern sich auch vor Verrat in der eigenen Mitte nicht zu fürchten brauchen. Der Großgrundbesitz hat den Bauern ein schlechtes Beispiel gegeben; — jetzt, wo die Seuche immer breitere Kreise ergreift, ist der Moment dafür gekommen, daß der Adel ein gutes Beispiel gebe, das in bäuerlichen Kreisen wenn auch in vielleicht anderer Form, ebenfalls mit der Zeit Eingang finden sollte.

Mit wahrer Hochachtung und Wertschätzung
Ein Großgrundbesitzer aus der Kostener Gegend.

Nachschrift: Wegen genauer Informationen betreffend die Stiftungen bitte ich, sich zu wenden an die Adresse C. 100 Kosten postlagernd.

Aus Nr. 228 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 6. Oktober 1905:

Die umfangreiche Herrschaft Ossen,

die zum Teil in Schlesien, zum Teil im Großherzogtum liegt, ist, wie wir erfahren, mit ihren Nebengütern und zwar dem Rittergut Ossen mit dem Vorwerk Nowydwor, Honig mit dem Vorwerk Sobkowo, weiter Dombrowo mit dem Vorwerk Annapol, schließlich Kieffen mit drei Förstereien, zusammen etwa 10 000 Morgen vorzüglichen Bodens inkl. 5 000 Morgen prächtigen Waldes und etwa 500 Morgen bewässerter, dreiecknittiger Wiesen, bisher im Besitz des Freiherrn von Buddenbrock-Hertersdorff des früheren Landrats des Kreises Gr.-Wartenberg gewesen, in den Besitz des Bankhauses Drwenski & Langner in Posen übergegangen.

Die Herrschaft Ossen liegt in der Nachbarschaft der Güter des Fürsten Radziwill, die Eisenbahnstation

ist Antonin. Offen ist ein hochherrschaftlicher Sitz mit einem prächtigen Palais mit 20 Zimmern, umgeben von einem herrlichen 50 Morgen großen Parke, die Gebäude im Stile einer Burg, mit großer Dampf-brennerei, Ziegelei usw., es liegt an der Chaussee und unmittelbar an dem Städtchen Neu-Mittelwalde. In Honig, an der andren Seite der Stadt befindet sich eine große Dampfstärkefabrik, die 300 Zentner täglich produziert. Der Acker Nießens grenzt an das Großherzogtum, während Dombrowo selbst schon im Großherzogtum liegt.

Die Herrschaft Offen wird entweder im ganzen verkauft, oder auch parzelliert werden, besonders weil die Bevölkerung in der Umgegend eine fast rein polnische ist.

Generalbevollmächtigter der Herrschaft Offen und der Baron von Buddenbrock-Hertersdorff'schen Erben, mit dem der Verkaufsvertrag der Herrschaft Offen abgeschlossen wurde, ist Graf Kospoth, Majoratsherr auf Schloß Brieße bei Els, erbliches Mitglied des Herrenhauses, Ritter hoher Orden, Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat, Kurator der Ritterakademie zu Liegnitz usw.

Aus Nr. 234 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 13. Oktober 1905:

In Sachen der Herrschaft Offen

erhielten wir von Herrn Biedermann nachfolgendes Schreiben:

Posen, den 12. Oktober 1905.

Sehr geehrte Redaktion des Dziennik Poznański in Posen.

In umgehender Beantwortung Ihrer gestrigen Notiz, betreffend die von mir erworbene Herrschaft Offen, beeile ich mich, Ihnen ergebenst mitzuteilen, daß die Behauptung deutscher Zeitungen, die Lösung des Kaufvertrages läge bis zum 15. d. Mts. in den Händen des Herrn Grafen Kospoth, eine irrige ist. Kraft notariellen Vertrages, den ich mit dem Grafen Kospoth als Generalbevollmächtigten der v. Buddenbrock-Hertersdorff'schen Erben bei dem Justizrat Berger in Breslau abgeschlossen habe, wurde die Herrschaft Offen mit den zugehörigen Ländereien von mir erworben. Lediglich die Übergabe der Verwaltung der Herrschaft Offen soll am 16. d. Mts. erfolgen, an welchem Tage die Verwaltung der Güter auf die eigene Rechnung der Firma Drwenski u. Langner übergeht.

Die Herrschaft Offen wird entweder im Ganzen, oder auch aufgeteilt verkauft werden, jedoch nur in polnische Hände und nur an solche Personen, die nicht nur in finanzieller, sondern auch in moralischer Beziehung die Garantie bieten, daß sie den Besitz für sich selbst erwerben. Alles Knurren der hafatistischen deutschen Zeitungen ist also nur ein leeres Echo der Wut.

Hochachtungsvoll

Martin Biedermann,

Miteigentümer der Firma Drwenski u. Langner.

Aus Nr. 230 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 8. Oktober 1905:

Der Landschacher.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Konik, den 5. Oktober.

Auf die Korrespondenz des Herrn Stanislaus Chudzicki aus Rogasen, die im „Goniec Wielkopolski“,

im „Wielkopolanin“ und anderen Zeitungen erschienen war, erkläre ich, daß ich ein Agent der Ansiedelungskommission nicht war, nicht bin und auch garnicht daran denke es zu werden. Ich habe weder irgend welche Wirtschaften gekauft oder der Ansiedelungskommission verkauft, noch habe ich irgend jemanden zum Verkauf überredet.

Mit Herrn Chudzicki und Genossen werde ich die Sache auf gerichtlichem Wege erledigen.

Franciszek Zablonzki.

*

*

Rogasen, 5. Oktober.

Herr Stanislaus Chudzicki hat in seiner Korrespondenz an polnische Zeitungen berichtet, daß ich der Ansiedelungskommission meine Wirtschaft verkauft hätte, daß ich mich damit beschäftigte, hauptsächlich von polnischen Besitzern Wirtschaften aufzukaufen und sie zum Verkauf derselben zu überreden. Seine Korrespondenz widerrief Herr Chudzicki sofort insoweit, als seine Unterschrift gefälscht wäre, er selbst auch von nichts wüßte, aber er fügt hinzu, daß es wahr wäre, was jene Korrespondenz mit seiner Unterschrift über diese Herren gesagt hätte.

Daß ich Wirtschaften aus polnischer Hand gekauft und solche der Ansiedelungskommission verkauft hätte, ebenso daß ich polnische Besitzer zum Verkauf an die Ansiedelungskommission überredet hätte, ist unwahr. Wahr dagegen ist es, daß Herrn Chudzicki's Unterschrift niemand gefälscht hat. Die Korrespondenz hat ihm der Tischler Drews (ein Pole) geschrieben, der hauptsächlich für die Ansiedelungskommission arbeitet. Chudzicki hat sie unterschrieben und an die Zeitungen versandt.

(Hier haben wir einen beleidigenden Absatz gestrichen. — Die Redaktion.)

Vor 2 Jahren habe ich meine Wirtschaft in der Subhastation von einem Deutschen gekauft. Irrtümlich habe ich sie um einige tausend Taler zu teuer bezahlt. Weil ich dieses Geld retten wollte, war ich gezwungen, die Wirtschaft der Ansiedelungskommission zu verkaufen, besonders, weil ich trotz aller Bemühungen einen polnischen Käufer nicht finden konnte.

Valentin Cendler.

Aus Nr. 229 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 7. Oktober 1905:

Landschacher.

Aus Labischin schreibt man uns:

Seit einiger Zeit lesen wir in fast allen polnischen und deutschen Zeitungen, daß das Gut Murczyn bei Znin verkäuflich sei. Alle einschlägigen Zuschriften zielen darauf ab, daß ein Pole Murczyn kaufen solle, da es andernfalls die Ansiedelung kaufe.

Es wäre sehr hübsch, wenn irgend ein Pole dies Gut kaufen könnte; aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß alle diese Zuschriften einzig zu dem Zwecke in die polnischen Zeitungen lanziert werden, um von der Ansiedelung einen höheren Preis herauszuschlagen.

Der Schwiegervater des Herrn Schroeter aus Murczyn ist Herr Lehmann aus Lawrenzhof, der vor einigen Wochen eben dieses sein Gut an die Ansiedelung verkauft hat. Heut bei dem Verkauf von Murczyn geht wieder die gleiche Komödie und Treibjagd auf die Polen los, um angesichts der polnischen Angebote von der Ansiedelung einen höheren Preis herauszuschlagen.

Ich wundere mich darüber, daß keiner der Besitzer aus dem Kreise Znin, in welchem Murczyn liegt, öffentlich darauf aufmerksam gemacht hat. Man muß nämlich die polnischen Reflektanten warnen, damit sie gegebenenfalls wissen, mit wem sie es zu tun haben. Sapienti sat!

X. X.

Aus Kempen schreibt man uns:

Torzeniec hat heute am Donnerstag zum zweiten Male eine fiskalische Kommission besichtigt. Es war ein Ministerialrat aus Berlin hier, und ihn begleiteten drei Räte von der Posener Regierung. Wahrscheinlich werden wir daher in nächster Zeit lesen können, daß wiederum ein polnisches Besitztum in die Hand der Ansiedelung oder des Domänenfiskus übergegangen ist. Der Besitzer von Torzeniec ist Herr v. Refowski.

Siforska.

Aus Nr. 231 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. Oktober 1905:

Mielecin, den 7. Oktober.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

In Nr. 229 des Dziennik Poznański las ich die Mitteilung der Frau Siforska:

„Torzeniec ist heute zum zweitenmal von einer fiskalischen Kommission besichtigt worden. Wahrscheinlich werden wir also in nächster Zeit lesen können, daß wiederum ein polnischer Besitz an die Ansiedelungskommission übergegangen ist.“

Infolge dieser Nachricht und der im Kreise ständig herumchwirrenden Gerüchte halte ich es für meine Pflicht, der Öffentlichkeit das, was ich über diese Sache weiß, zu berichten: daß eine fiskalische Kommission zum zweitenmal Torzeniec besichtigt hat, behaupte ich nicht, kann es aber auch nicht bestreiten, denn darnach habe ich nicht gefragt, werde auch darnach nicht fragen; dagegen habe ich den Besitzer von Torzeniec, Herrn Refowski, persönlich gefragt, ob er Torzeniec der Ansiedelungskommission, der Landbank oder einem Deutschen verkaufen werde und ich habe auf diese Frage die klare und deutliche ehrenwörtliche Versicherung bekommen, daß er dies niemals tun würde. Dieselbe Zusage erhielt der ehrwürdige Dekan Pongowski aus Wyżanow, worüber sowohl Herr Refowski, als auch der Herr Dekan mit mir sprachen. Außerdem lenkte Frau Refowska klar und unzweideutig meine Aufmerksamkeit auf ihre Forderung und erklärte mir wörtlich: „Lieber weniger Geld, aber einen guten Namen muß man hinterlassen.“

Dem gegenüber scheinen alle andern Erwägungen überflüssig zu sein, jedoch kann die Öffentlichkeit zur eigenen Beruhigung und zur Befestigung der Wahrheit des von mir Gesagten von dem Herrn Dekan eine öffentliche Erklärung darüber fordern. Der Besitzer von Torzeniec ist möglicherweise über den Argwohn so empört, daß er nicht beabsichtigt, auf die Insinuationen zu antworten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Leon Sulewicz.

Aus Nr. 122 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 12. Oktober 1905:

Die kirchlichen Verhältnisse in Czarnikau. (Eingefandte Korrespondenz.)

Ich will der Öffentlichkeit mitteilen, welchen Verfolgungen unsere hiesigen Geistlichen als Diener unseres

Gottes ausgesetzt sind; namentlich betrifft das den Herrn Vikar Graszynski.

Anfang Juni hat das hafatistische Schmierblatt Ostdeutsche Rundschau einen widerwärtigen Artikel über unsere Verhältnisse veröffentlicht, der mit der Wahrheit direkt im Widerspruch steht. Er war hauptsächlich gegen den Verwalter unserer Pfarodie, Herrn Vikar Graszynski gerichtet, als wenn er das ganze polnische Volk zum Aufstande bewegen wollte. Wenn diesen Artikel irgend ein polnisches Blatt veröffentlicht hätte, dann würde sein Redakteur gewiß schon im Gefängnis sitzen. Hier werden dagegen unsere katholischen und noch dazu polnischen Geistlichen angegriffen, **und das ist ganz was anderes.**

Im Jahre 1902 ist in unserer Stadt ein neuer Verein unter dem Namen „Verein deutscher Katholiken“ begründet worden. In erster Linie sind ihm die nur dem heutigen System entsprechenden Leute beigetreten; außer ihnen sind auch einige Handwerker beigetreten, bei denen die Polen wie früher arbeiten lassen, als wenn nichts geschehen wäre und sie gar nichts wüßten.

Gerade dieser Verein hat den Anlaß zur Verfolgung unserer Geistlichen gegeben, die gar nicht aufhören will.

Was für lügenhafte und schamlose Sachen in diesem hafatistischen Blatte aufgetischt wurden, ist gar nicht zu glauben; die Haare stehen einem zu Berge, wenn man das alles liest. Unter anderem soll Herr Vikar G. gelegentlich einer Predigt gesagt haben, er werde sich jetzt an den Deutschen rächen, weil sein Vater nach dem Westen versetzt worden ist. Was für eine Verfehrtheit und welcher Unverstand ist es, solche Lügen zu schreiben! Herr Vikar G. ist jedem gegenüber gleich gesinnt, welcher Nationalität er auch sei, wenn er nur ein guter Katholik ist. Ferner bedauert der hafatistische Schmierfink, daß sich Czarnikau, das an dem Grenzpunkt der polnischen und deutschen Sprache liegt, noch nicht verdeutsch hat. Seiner Meinung nach sind die katholischen Geistlichen daran schuld, die der Germanisierung entgegenarbeiten. Vielleicht wird dieser Schmierfink noch sagen, daß Czarnikau von irgend welchen Burgs, Baums oder Gottliebs herkommt; oh, ich muß dir mitteilen, daß Czarnikau (Czarnkowo) vom Fürsten Czarnkowski gegründet worden ist, und von niemand anders. Und deshalb wohnen die Polen hier seit undenklichen Zeiten, und der Wind hat sie nicht hergeweht, wie unsere Bujenfreunde.

Natürlich ist es auch nicht ohne dem abgegangen, die Regierung um Hilfe zu bitten, damit sie eingreife und das bedrückte Deutschtum rette. Die Folge davon soll sein, daß Herr Vikar G. am 15. d. M. nach Scharfenort versetzt wird, während an seiner Statt ein Geistlicher Mittelstädt aus Traustadt treten soll.

Nun frage ich die Czarnikauer Parochianen, was sie zu tun gedenken? Ob sie es zulassen werden, daß unsere Geistlichen auch weiterhin verfolgt werden, und daß die Wünsche jenes Schmierfinks in Erfüllung gehen? Es muß dagegen energisch protestiert und ein Gesuch an unseren Herrn Erzbischofen gesandt werden, damit er in diesem Falle uns berücksichtigt, und Herrn Vikar G. nicht versetzt. Und ferner darf man nicht träge werden und einschlafen, sondern es müssen sich alle vollzählig zu den Kirchenvorstandswahlen stellen, damit unsere Kandidaten durchkommen.

Unsere Pfarodie hat $\frac{2}{3}$ polnische und nur $\frac{1}{3}$ deutsche Bevölkerung. Deshalb geschieht uns Unrecht, wenn die Deutschen jeden zweiten Sonntag deutschen Gesang und deutsche Predigt haben, und nicht jeden dritten Sonntag. Also gerade wir Polen müssen uns um eine größere Anzahl polnischer Predigten bemühen. Aber wenn die

Passivität und Trägheit unsererseits noch weiter anhalten wird, dann wird keine Wendung zum Guten eintreten. Deshalb erwachet also aus dem bequemen Schlaf, Czarnikauer Parochianen, und laisset es nicht zu, daß die Deutschen unsere Geistlichen verfolgen und schädigen.

Ein Mitglied der Czarnikauer Parochie.

Aus Nr. 228 des Lech (Gnesen)

vom 5. Oktober 1905:

In der Angelegenheit der Wahlen zum Schulvorstande

schreibt man uns:

Dominium Chwałkowo, im September 1905.

Am 26. August d. J. fanden hier die Ersatzwahlen zum Schulvorstande statt. Mit Stimmenmehrheit wählten wir die katholischen Wirte Gacki aus Lesniewko und Stachowiak aus Chwałkowo zu Schulvorstandsmitgliedern. Aber, wie man auch hätte voraussehen können, der Landrat des Gnesener Kreises, Herr Dr. Dyomysius, bestätigte ihre Wahl nicht. In einem Schreiben vom 19. d. Mts. teilte der Landrat einem der Schulväter aus Chwałkowo mit, daß der Lehrer Walitschek ständiges Mitglied des Schulvorstandes sei, daß er ohne Wahl zum Vorstande gehöre, denn jeder fest angestellte Lehrer gehöre jetzt stets zum Schulvorstande. Im weiteren Verlauf seines Schreibens fordert der Landrat, die Gemeinde solle ein Mitglied des Schulvorstandes von evangelischem Glaubensbekenntnis wählen, damit auch dieses Glaubensbekenntnis seinen Vertreter im Schulvorstande habe. Wegen dieser Forderung beruft sich der Landrat auf den § 3 der Bestimmungen für die Schulvorstände vom 14. November 1872.

Die Besorgtheit des Gnesener Landrats um seine protestantischen Glaubensgenossen ist wahrhaft rührend. Aber sehen wir uns einmal die Zusammensetzung des Schulvorstandes an und wir werden dann sehen, ob die Protestanten in ihm zurückgesetzt sind.

In unserer Schulgemeinde gibt es 17 evangelische Schulväter gegenüber mehr als 80 katholischen, evangelische Kinder besuchen 10, katholische 92 unsere Schule, das Verhältnis übersteigt also 1:4.

Dem Schulvorstande gehören an:

1. Jolz, Schulinspektor, evangelisch, Vorsitzender,
2. Pfohl, Administrator, evangelisch, Stellvertreter des Vorsitzenden,
3. Walitschek, Lehrer, katholisch.

Alle diese drei gehören dem Schulvorstand als ständige Mitglieder ohne Wahl an.

Ferner gehören zu ihm:

4. Loffow, Rittergutsbesitzer, katholisch,
5. Szymkowiak, Wirt, katholisch,
6. Gacki, Wirt, katholisch,
7. Stachowiak, Wirt, katholisch.

Die zwei letzteren sind jetzt nicht bestätigt, einen Grund hat der Landrat natürlich nicht angegeben.

Zum Schulvorstand gehören zwei Evangelische, der Herr Landrat aber erklärt, daß die Evangelischen keinen Vertreter hätten und deshalb soll noch ein dritter Protestant dem Schulvorstand angehören. Man muß noch hinzufügen, daß jene Protestanten der Vorsitzende und sein Stellvertreter sind, sie haben also die größte Macht und immer ein gewisses „prae“ vor den andern Mitgliedern. Die amtlichen Schriftstücke nehmen sie in Empfang, die Schulakten befinden sich bei ihnen, bei den Sitzungen leiten sie die Beratungen, bei Abstimmungen mit Stimmengleichheit hat der Vor-

sitzende zwei Stimmen. Die Protestanten haben also noch zu wenig! Das Verhältnis der katholischen Schulväter zu den evangelischen ist 4:1, im Schulvorstande dagegen, wenn man berücksichtigt, daß der Lehrer mit ihnen Hand in Hand geht und mit ihnen stimmt, haben sie das Verhältnis 4:1, die Protestanten haben also wirklich zu wenig. Dem Herr Landrat möge das deutsche Zitat „Mein Liebchen, was willst du noch mehr?“ zur Antwort dienen.

Wir haben behauptet, der Lehrer stimme stets mit den Protestanten, — Beweis hierfür ist: der Lehrer Gorecki, ein Katholik, stimmte im Jahre 1899 für Umänderung unserer katholischen Schule in eine paritätische! Wenn auch die anderen Mitglieder des Schulvorstandes nicht gewußt haben, was eine paritätische Schule bedeutet, so hat dies doch sicher der katholische Lehrer Gorecki gewußt! Der katholische Lehrer Walitschek verlangte von Herrn Dolsciuz fortwährend den Umbau der Schule und die Anstellung eines zweiten protestantischen Lehrers. Walitschek ist Katholik.

Der Herr Landrat kann sich beruhigen; in unserm Schulvorstand hat er stets drei Mitglieder auf seiner Seite. Allerdings wohnt Herr Jolz in Gnesen und erscheint selten zu den Sitzungen; wenn aber eine wichtigere Angelegenheit vorliegt, wie z. B. im Jahre 1899 die Änderung des katholischen Charakters der Schule, dann findet sich Herr Jolz ein, ebenso auch der Herr Landrat, der außerdem noch bereit ist, irgend einen Regierungsrat aus Bromberg herbeizuführen.

Es stehen uns also neue Wahlen zum Schulvorstande bevor, aber einen Protestanten können wir nicht wählen, denn erstens können wir dies als Katholiken nicht tun und zweitens deshalb, weil dann die Protestanten im Schulvorstand weiter so regieren würden, wie bisher. Wenn wir einen Protestanten wählen werden, dann werden im Schulvorstand die Herren Jolz, Pfohl, Walitschek und der vierte Protestant gegen die drei Katholiken stimmen und die Lutheraner werden die Majorität haben. Wenn Herr Jolz nicht anwesend sein würde, so würden Pfohl, Walitschek und der Protestant gegen die drei Katholiken stimmen, drei gegen drei, doch hat in diesem Falle Pfohl zwei Stimmen und die Lutheraner hätten dann abermals die Majorität. Wenn wir einen Lutheraner wählen sollen, dann lohnt es sich überhaupt nicht, zu den Wahlen zu gehen. Aber laßt uns zu den Wahlen gehen und jetzt für

1. Gacki aus Lesniewko und
2. Wilde aus Chwałkowo

stimmen.

Wenn der Landrat sie nicht bestätigt, dann mag er selbst Mitglieder benennen und mögen lauter Lutheraner regieren! Eine Frage stellen wir an den Leiter der preussischen Schulverwaltung:

1. Wann wird denn eigentlich das Schulgesetz erlassen werden?
2. Wann wird denn eigentlich das Schulunterhaltungsgesetz erlassen werden?

Die gegenwärtige Art und Weise auf dem Gebiete des Schulwesens zu regieren, die Nichtbestätigung der von der Gemeinde gewählten Mitglieder, ist allmählich veraltet, sie gehört in ein Altertumsmuseum, aber nicht in einen modernen Staat. Augenblicklich wo in Rußland die Konstitution eingeführt wird, regiert man in Europa nur in der Türkei und in Preußen mit Hilfe von „Verfügungen.“ Wir erwarten, daß bei den neuen Wahlen die Herren Pfohl und Hallich ihren Arbeitern bei der Erfüllung ihrer Bürgerpflicht keinerlei Schwierigkeiten machen werden

Am 23. v. Mts. setzte der Schulvorstand zusammen mit dem Kommissar Reuß den Etat für den zweiten Lehrer in Chwalkowo, einen Protestanten, fest.

Aus Nr. 228 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 6. Oktober 1905:

„Deutschtum bedeutet Freiheit, bedeutet Kultur!“

Dies sagte Kaiser Wilhelm II. in Gnesen. Aber richten sich denn die kaiserlich-königlichen Beamten nach dieser Losung? Wir haben fortwährend Beweise dafür, daß sie die Worte des Kaisers und Königs nicht respektieren. Zu solch' zahlreichen Beweisen kommt ein neuer hinzu.

Auf dem Dominium Chwalkowo im Kreise Gnesen gibt es über 80 katholische und nur 17 protestantische Familien, die Schule besuchen 92 katholische und nur 10 protestantische Kinder.

Der Schulvorstand setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen. Vorsitzender desselben ist der Schulinspektor Herr Jolz, ein Protestant, sein Stellvertreter ist gleichfalls ein Protestant, der Administrator Herr Pföhl, weiter der Lehrer Walitschek, ein Deutschkatholik, der durch den Prozeß über den Schulzwang, über den wir gestern berichtet haben, bekannt geworden ist. Diese drei sind nicht gewählte Mitglieder, sondern gehören dem Schulvorstand als ständige Mitglieder an. Außer ihnen soll es noch 4 Vorstandsmitglieder geben. Diefem gehörten 3 katholische Besitzer und der katholische Rittergutsbesitzer Loffow an.

Was aber geschieht nun? Am 26. August fanden für zwei Mitglieder des Schulvorstandes Ergänzungswahlen statt. Es wurden die Besitzer Gacki und Stachowiak gewählt. Indessen bestätigte der Gnesener Landrat, Herr Dr. Dyonisius, die Wahl dieser zwei polnisch-katholischen Wirte nicht!!! In einem Schreiben an einen der Schulfäter in Chwalkowo forderte der Herr Landrat die Wahl noch eines Protestanten in den Schulvorstand.

Es wären dann also in dem Schulvorstande drei polnisch-katholische Mitglieder und drei protestantische, außerdem noch der deutsch-katholische Lehrer Walitschek. (!)

Eine solche Zusammenetzung des Schulvorstandes brauchen wir nicht erst zu erläutern.

Natürlich hat der Herr Landrat nicht mitgeteilt, weshalb er die polnisch-katholischen Wirte Gacki und Stachowiak nicht bestätigt hat.

So sieht die deutsche Kultur und Freiheit aus.

Wir hoffen, daß unsere Wirte in Chwalkowo bei der erneuten Wahl nicht vor dem Herrn Landrat erschrecken werden, sondern im Sinne des vom Kaiser in Gnesen ausgesprochenen Lösungswortes wiederum einen Katholiken in den Schulvorstand wählen werden.

Aus Nr. 224 des Lech (Gnesen)
vom 30. Oktober 1905:

In einem mit „Mangel an Charakteren“ betitelten Artikel schreibt der Lech u. a. folgendes:

Bei uns bilden sich die Charaktere nicht. Schon die preußische Schule bemüht sich, jegliche Reime individueller Grundsätze, persönlicher Auffassungen und Anschauungen auszumerzen. Die preußische Schule nivelliert, glättet, gleichsam wie man mit einem Streichholz über das überfüllte Getreidemaß fährt, die Gemüter der Jugend und bemüht sich, ihre Gedanken und Empfindungen über einen Leisten zu bringen. Wenn

diese Schule wenigstens die Politik in Ruhe ließe und die jungen, unausgebildeten Gemüter mit ihr verschonte, dann gäbe es nur halb so viel Elend. Doch die Schule drängt den Kindern ihre Politik auf und sie gibt zu, daß es ihre Aufgabe sei, den Empfindungen der polnischen Kinder ebenso wie denen der deutschen, den Empfindungen der katholischen wie denen der jüdischen und protestantischen Kinder ein und dieselbe Anhänglichkeit an das preußische Vaterland, an das Land wie es eben heute ist, einzupumpfen. Das sind denn auch Leute von Ausdauer in Meinung und Urteil, die in jenem Lehrer, welcher die polnischen Kinder zu den staatlichen Festlichkeiten in Feiertagskleidern mit preußischen Fahnen und — manchmal ihrem Willen geradezu entgegen — mit Bändern geschmückt, führt, nicht den Pädagogen, sondern den politischen Agenten sehen. Der preußische Lehrer muß sich bei der Erziehung der Kinder ganz genau an die Formen der Grundsätze und Anschauungen halten, welche ihm die aus den Bureaus der Minister wehende Strömung vorschreibt.

Die heutige Schule, wir können es ohne Übertreibung sagen, hat nicht die Aufgabe, Leute unbegrenzten Charakters zu erziehen, Leute, die es sich zum Ziele ihres Lebens setzen, dem Schwächeren zu helfen, den Stärkeren von Gewalttätigkeiten und Selbstwillen abzuwehren, sondern sie hat die Aufgabe, eine gewisse Gattung von Leuten zu erziehen, die wir des besseren Verständnisses der Sache wegen kurz „Preußen“ nennen. Daß ihr das nicht immer und überall gelingt, ist eine andere Sache. Der Charakter der Jugend wird aber verdorben, wenn man ihr gebietet, Empfindungen zu heucheln, die nicht die Quelle in ihrem Herzen, in ihrer Seele und in ihren nationalen Traditionen haben; später im Leben sehen wir so häufig auf den Verfall des Geistes, auf den Mangel an Würde, auf das unnötige Reigen des Nackens bei Leuten, welche die preußischen Gymnasien und häufig sogar die preußischen Universitäten absolviert haben.

Aus Nr. 226 des Lech (Gnesen)
vom 3. Oktober 1905:

Herr Lehrer Walitschek als „Erzieher“ der polnischen Kinder.

Die am vergangenen Sonnabend vor dem hiesigen Schöffengerichte tagende Gerichtsverhandlung entfaltete vor unseren Augen ein so trauriges Bild, daß es tatsächlich einer kräftigen Natur bedarf, um ohne größeren Eindruck diese einfachen und überzeugenden Aussagen der polnischen Kinder über die in der Schule erhaltenen Prügelstrafen, welche selbst der Staatsanwalt als über die Maßen gehend bezeichnet hat, mit anzuhören.

Nach der gerichtlichen Prozeßliste sollte das eine Verhandlung gegen den Arbeiter Nowakowski und die Witwe Barlog in Weisenburg sein. Als Zeugen traten auf der Lehrer Walitschek und die Kinder der Angeklagten: der 12jährige Franz Nowakowski und die 9jährige Stanislaw Barlog. Es handelte sich um Schulversäumnisse. Das erste der genannten Kinder hatte die Schule an einem, das zweite an drei Tagen versäumt. Der Lehrer Walitschek notierte die Säumnigen zur Strafe und die Eltern beantragten die Entscheidung des Gerichts, indem sie angaben, ihre Kinder seien deshalb nicht zur Schule gegangen, weil sie vom Lehrer so geschlagen worden seien, daß sie zu Hause hätten bleiben müssen.

Der Angeklagte Nowakowski sagte aus, sein Sohn sei von dem Herrn Walitschek dermaßen geschlagen worden, daß er auf dem Körper blutunterlaufene Striemen gehabt habe. Infolgedessen habe er, der Vater, es für notwendig befunden, den Knaben zu Hause zu behalten.

Bei weitem tragischer war die Aussage der Witwe Barlog. Die Schulkinder — so sagte sie mit weinender Stimme aus — kamen am Mittage des einen Tages zu mir und riefen: „Seht, was der Lehrer mit Turer Stanislawka gemacht hat!“ — mein Kind kam mit Blut besudelt nach Hause. Sowohl meine Tochter wie auch andere Kinder erzählten, der Lehrer habe sie an dem Zopf gefaßt und sie so an die Bank gestoßen, daß aus Mund und Nase Blut geflossen sei. Die Lippen sind durchgeschlagen, die Nase ist beschädigt worden. Das arme Kind wurde infolgedessen krank und blieb drei Tage zu Hause, wofür es der Lehrer zur Strafe notierte. Als ich mit dem Kinde und mit dem älteren Sohne zum Lehrer ging, um ihn an mein mir geschehenes Unrecht zu erinnern, hieß er uns seine Küche verlassen und wollte von der Prügelei nichts wissen.

Der Lehrer Walitschek sagte über diese Strafe Bestimmtes nicht aus. Er behauptete nur, er habe den Franz Nowakowski häufig strafen müssen und zwar hart, die Stanislawka Barlog dagegen habe er nur mit der Hand an den Kopf geschlagen. Ob sie sich infolgedessen an die Bank gestoßen habe und blutig geworden sei, das wisse er nicht. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärte er, daß er die verabschiedeten Strafen in das Klassenbuch nicht eingetragen habe, wozu er doch verpflichtet ist, aber wenigstens behauptete er, daß er das nicht genau wisse.

Nunmehr sollte der 12jährige Nowakowski verhört werden. Der Vorsitzende, Dr. Steinhardt, richtete einige deutsche Fragen an ihn, worauf ihm der Knabe erklärte, daß er nicht deutsch könne. Diese Erklärung ärgerte den Herrn Vorsitzenden sehr und er drohte, dem Kinde eine Ordnungsstrafe aufzuerlegen. Von den Zuhörern mußte jeder den Eindruck gewinnen, daß der Knabe wohl einige deutsche Ausdrücke versteht, daß er aber längere Fragen und die bei Gericht gebräuchlichen Ausdrücke überhaupt nicht versteht. Trotzdem bearbeitete Herr Dr. Steinhardt den Knaben mindestens 20 Minuten lang mit deutschen Fragen und erhielt entweder unzulängliche oder gänzlich unzutreffende Antworten, welche davon Zeugnis ablegten, daß der Zeuge die deutsche Sprache nicht beherrscht. Dieses hartnäckige Herausziehen der Aussagen in deutscher Sprache aus dem polnischen Kinde gefiel selbst den im Zuhörerraum anwesenden Deutschen nicht. Sogar Herr Walitschek erklärte, als er seine Aussagen beenden sollte, daß der Knabe Franz Nowakowski die deutsche Sprache nicht hinreichend beherrsche. Schließlich mußte man sich mit dem Zeugen durch einen Dolmetscher verständigen; der Knabe sagte aus, er sei deshalb nicht zur Schule gegangen, weil ihm der Lehrer die Haut auf dem Bein durchgeschlagen habe.

Die 9^{1/2} jährige Stanislawka Barlog macht den Eindruck eines sehr sanften und überlegten Kindes, sie ist klein und schwächlich. Sie sagte durch den Dolmetscher folgendes aus: Der Lehrer hat mich beim Zopfe gefaßt und mich zweimal mit dem Kopfe an die Bank geschlagen. Infolgedessen lief mir das Blut aus Mund und Nase, ich wischte es mir mit der Schürze ab. Auf die Frage, ob sie der Lehrer blutend gesehen hätte, antwortete sie in naiver Weise: Er sah doch auf mich! — Herr Walitschek sagte aus, er habe bei der armen Stanislawka kein Blut gesehen.

Infolge dieses Schlagens — so sagte sie weiter aus — hatte ich Kopfschmerzen, die Lippen waren angeschwollen, die Nase wund, auch die Zähne schmerzten mich infolge des Stoßes an die Bank sehr, und ich war so schwach, daß ich nicht zur Schule gehen konnte.

Die Aussage des armen Opfers des Herrn Walitschek rief im Gerichtssaale einen außergewöhnlich starken Eindruck hervor, und der Vorsitzende, Herr Steinhardt, fragte Herrn Walitschek: Gehen Sie häufiger so mit den Kindern um? Zeuge Walitschek: Ich verweigere die Aussage! — Der Vorsitzende wies ihn darauf hin, daß er Aussagen verweigern dürfe, durch die er sich selbst belasten könnte. Was die Bestrafung der Stanislawka B. anbelangt, erklärte Herr Walitschek noch, daß er sich nicht genau erinnern könne, wie sich die Sache verhalten habe. Darauf wurde er vereidigt. Der Staatsanwalt gab in seiner Rede zu, daß bei der Züchtigung der Stanislawka B. durch Herrn Walitschek die erlaubten Grenzen überschritten worden seien, insbesondere mit Rücksicht auf ihre Schwächlichkeit. Das Kind habe in der Tat einen erheblichen Schaden davontragen können, und man müsse es glauben, daß es so krank gewesen sei, daß es nicht habe zur Schule gehen können. Deshalb beantragte er Befreiung von der Strafe. Was den Franz Nowakowski anbelangt, so sei erwähnt, daß er eine Strafe von 50 Pf. oder einem Tage Gefängnis beantragte.

Das Gericht erkannte, Franz Nowakowski hätte trotz der Schmerzen in die Schule gehen müssen. Pflicht des Vaters sei es gewesen, die Wunden zu verbinden und den Knaben zur Schule zu schicken. Deshalb wurde er zu 1 Mk. oder zu 1 Tage Gefängnis verurteilt. Was die Stanislawka B. anbelangt, sei erwähnt, daß das Gericht bei der Begründung des Urteils gesagt hat, es liege in der Tat eine Peinigung des Kindes vor — „eine recht gräßliche Mißhandlung.“ Ein so zerprügeltes Kind habe nicht zur Schule gehen können — und deshalb wurde seine Mutter freigesprochen. — Die Angeklagten verteidigte der Rechtsanwalt Herr Sczaniecki.

Aus dem obigen geht hervor, daß der Lehrer Herr Walitschek sich wenigstens in einem Falle mit Beziehung auf die Stanislawka B. eine weitgehende Überschreitung des Züchtigungsrechts hat zu schulden kommen lassen. Wir müssen annehmen, daß die Aussage des armen Kindes nach jeder Richtung hin glaubwürdig erscheint, denn Herr Walitschek wagte es nicht, diese Aussage in Abrede zu stellen. Fernerhin ist die Tatsache sehr bedeutungsvoll, daß Herr Walitschek die Aussage auf die Frage, ob er häufiger in dieser Weise strafe, verweigert hat.

Wir sind daher sehr gespannt, was die betreffende Behörde angesichts dessen tun wird.

Aus Nr. 230 des Lech (Gnesen)

vom 7. Oktober 1905:

Die preussische Schule.

Jägerswalde, im Oktober 1905.

Der Artikel des Lech, Herr Lehrer Walitschek als „Erzieher polnischer Kinder“, macht auf jeden Leser einen niederdrückenden Eindruck und ruft allgemeine Abneigung gegen solche Erzieher hervor. Man kann sich auch nicht wundern, daß wir Eltern zu solchen Erziehern schon alles Vertrauen verloren haben. In dem Prozeß Barlog aus Chwalkowo fielen drei Dinge einem jeden Leser auf:

1. daß Herr Walitschek die den Schulkindern zudiktierten Strafen nicht in die Strafbücher eingetragen hatte, trotzdem er hierzu verpflichtet war;

2. daß er die Antwort auf die Frage des Richters, ob er öfter an den Kindern sein Mütchen gekühlt hätte, verweigerte;

3. daß der 12 Jahre alte Zeuge Franz Nowak, ein Schüler des Walitschek, trotzdem ihm seitens des Richters eine Ordnungsstrafe angedroht wurde, nicht deutsch verstand.

Herrn Walitschek wollen wir ein bißchen behilflich sein, sich einige Details aus seiner Tätigkeit als Lehrer ins Gedächtnis zurückzurufen.

Im vergangenen Winter verprügelte Walitschek den Sohn des Eisenbahnarbeiters Mikula aus Chwalkowo. Wie er ihn geprügelt hat, möge er selbst sagen. Erst unlängst hat er das Kind des Schankwirts Gallus, eines Evangelischen aus Chwalkowo, geschlagen. Neulich prügelte er sein eigenes Söhnchen Georg in der Schule. Herr Walitschek! Warum kam denn ihre Gattin während des Unterrichts in das Schullokal, nahm ihr Söhnchen aus der Klasse und schnitt ihm dann die langen Haare ab? Der Junge hatte prächtige lange Locken, warum hat sie sie ihm abgegeschnitten? In Jägerswalde erteilt Herr Walitschek den katholischen Religionsunterricht. Und wie tritt er hier auf?

Jetzt nach der Ernte schlug er kräftig den Knaben Andreas Walkowiak aus Jägerswalde. Am 19. August prügelte er heftig die 13 Jahre alte Schülerin Marianna Rowalewska aus Jägerswalde. Er schlug sie mit der Hand in den Rücken, auf den Kopf und in das Gesicht. Die Lippen schlug er ihr durch, sodaß Blut floss. Als das Kind diese Prügel erhielt, berichtete es unfreiwillig aus Angst und Schmerz seine Notdurft in der Schule. Die Kinder erzählten dies überall herum und verhöhnten sie. Herr Walitschek ist ein Erzieher. Die Maria Rowalewska aus Jägerswalde und Rosalie Kropaczewska aus Lesniewko-Hausland prügelte er während des Religionsunterrichts auch kräftig durch. Am 23. August prügelte er die Sophie Marcinnia durch. Er schlug sie mit der Hand an den Kopf. Dies alles geschieht beim Religionsunterricht.

Nachdem die Breschener Affäre im Landtage laut geworden war, erklärte der Kultusminister, daß er verboten habe, die Kinder während des Religionsunterrichts zu züchtigen. Und was geschieht hier?

Walitschek schlägt die Kinder an den Kopf und in den Rücken. Ein auf solche Art gestraftes Kind kann zum Krüppel werden, es kann zu stottern anfangen. Wir erwähnen nur nackte Tatsachen, die Kritik und die Schätzung derselben überlassen wir dem Richter, dem Staatsanwalt und der königlichen Regierung zu Bromberg.

Herr Walitschek trägt erstens die zubüßten Strafen nicht ein und verweigert zweitens die Aussage. Selbstverständlich, denn das Buch wäre bald vollgeschrieben und Walitschek hätte sich selbst der Überschreitung des § 223 des Strafgesetzbuches, der Körperverletzung beschuldigt.

Was sagt die königliche Regierung zu dem allen? Sie kennt doch auch jenen Paragraphen und dessen Überschreitung.

Wird sie denn nicht amtlich gegen den Übertreter vorgehen?

Jetzt zum Punkt 3. Der 12 Jahre alte Schüler Franz Nowakowski verstand vor Gericht nicht deutsch. Den Religionsunterricht erteilt der Lehrer Walitschek in Chwalkowo und Jägerswalde in deutscher Sprache, ausgenommen den Unterricht an die kleinen Schulkinder. Wie kann nun dieser Nowakowski den deutschen Religionsunterricht verstehen? Ich behaupte entschieden, daß kein Schulkind, die Schülerin Skibinska aus Chwalkowo vielleicht ausgenommen, soviel deutsch

versteht, um den Religionsunterricht zu verstehen. Der Richter kann dies bezeugen.

Warum lehren sie in deutscher Sprache? Die Religion soll den Menschen moralisch zum Himmel führen und nicht dem Kinde seine polnische Nationalität rauben, es germanisieren. Die Religion ist der Zweck, alles andere sind Mittel.

In Preußen wird die Religion als Mittel gebraucht und zwar als Mittel der Germanisierung.

Es ist dies eine Entheiligung der erhabensten Dinge. Diese Entheiligung muß sich rächen. Zunächst sieht der Lehrer keine Fortschritte, er ärgert sich, regt sich auf, wird nervös und überschreitet das Züchtigungsrecht.

Die Regierung wird sich also Übertreter erziehen. Die fatalen Folgen sind jetzt schon sichtbar. Diebstähle, Schlägereien, Trunksucht, Brandstiftung, Messerhelden, Zänkereien und Beleidigungsprozesse, Kartenspiele, Arbeitszweigen, Nichtanerkennung einer über ihnen stehenden Gewalt sehen wir schon heute unter den Polen. Unter den Deutschen ist dies in hiesiger Gemeinde nicht zu sehen, denn ihnen erteilt man den Religionsunterricht in ihrer eigenen, der deutschen Muttersprache. Das Gericht in Gnesen könnte hierüber viel erzählen.

Die preussische Regierung wird sich durch diese deutsche Religion und durch ihre Staatsraison schöne Bürger erziehen — sie wird sich zu ihnen gratulieren können.

Aus Nr. 120 des Przyjacieli Ludu (Posen)

vom 7. Oktober 1905:

Ein braver Jüngling.

Einer unserer Korrespondenten berichtet uns nachfolgendes interessante, zugleich aber auch erfreuliche Ereignis:

Ein junger Pole, Stanislaus Wilczek, der sich ein sicheres Brot verschaffen wollte, wollte nach Ableistung seiner Militärdienstzeit weiter in die Heere bleiben, oder, wie man sagt, kapitalisieren. Einen so kräftigen und bescheidenen Polen können sie als Unteroffizier gebrauchen und sie nahmen deshalb gerne seine Meldung an. Er sollte schon 100 Mark besondere Unterstützung bekommen, er sollte nur noch einen Kontrakt unterschreiben. Es wurde ihm indessen die kleine Bedingung gestellt, sich aus „Wilczek“ in „Wiltchek“ umzuschreiben.

Auf der einen Seite war also das preussische Geld und eine sichere Stellung, auf der andern Seite das Elend, aber ein achtbares Elend.

Er wählte als der Pole Wilczek das achtbare Elend und wies das Geld und das Amt als verdeutschter Wiltchek zurück.

Ehre sei ihm dafür und Ruhm.

Es müssen wackere Eltern gewesen sein, die einen so wackeren und braven Sohn erzogen haben.

O daß wir doch möglichst viele so brave Jünglinge hätten!

Aus Nr. 231 des Postep (Posen)

vom 10. Oktober 1905:

Aus der Gegend von Gilehne.

Einer unserer alten und aufrichtigen Freunde sendet uns eine herzlich abgefaßte Zuschrift über unsere Landsleute an der brandenburgischen Grenze, die an unsrer Nationalität wacker festhalten. Wenn doch diese Korrespondenz unter den übrigen Landsleuten, besonders

unter den an der Grenze wohnenden, dazu beitrüge, mit allen Kräften unser unglückliches, uns so teures Vaterland zu verteidigen. Hören wir jetzt, was unser wackerer Landsmann schreibt:

Vielleicht nicht jedem aus dem breiteren Publikum und aus dem Kreise der Leser ist bekannt, daß es an der Grenze zwischen dem Großherzogtum Posen und der Provinz Brandenburg Dörflein mit rein polnischer Bevölkerung gibt, die wie von einer chinesischen Mauer von dem uns feindlichen deutschen Element umgeben sind. Diese Dörflein widerstehen wie ein Granitfelsen seit mehr als einem Jahrhundert dieser Flut; sie können der ganzen Volksgeamtheit als Beispiel dienen und lassen hoffen, daß uns keine Macht brechen wird. Zu diesen Felsen, zu diesen Däsen gehören die Ortschaften Rosko, Penskowo, Dragig und noch einige andre im Kreise Jilehne. Das Herz freut sich, wenn man in ein solches Dorf kommt und wenn man diese unsre polnisch-masurische Sprache hört, die, von überall vertrieben, hier unter dem Strohdach der Bauernhütte noch nicht verloren gegangen ist. Und wie wir im alten Testament lesen, daß Gott Leute gesandt hat, welche das israelitische Volk in Augenblicken des Zweifels stärkten und zu neuen Taten erwärmten, so finden sich in jeder dieser Ortschaften Leute, welche diesen Geist stärken und die Verschlafenen und Zweifelnden zu neuen Kämpfen und Taten erwärmen.

Es sei mir erlaubt, hier öffentlich solche Förderer des polnischen Geistes zu nennen. Es sind dies in Rosko: die Stawinski, Rufuc, Nawrot, in Penskowo: die Roza, Michalek und Piontek, in Dragig: die Piontek, Mumot, Grot und so viele andere, deren Namen ich mir nicht habe merken können.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient Herr Franz Grot in Dragig, der, obwohl noch in jugendlichem Alter stehend, alles für alle ist. Er ist mit dem verstorbenen Pfarrer Arendt und mit dem Pfarrer Dratwa der Gründer der Volksbank in Jilehne, die heut unter der Direktion des Herrn Gertig eine Macht und eine finanzielle Hilfe der bäuerlichen Wirte und Handwerker in der Nachbarschaft ist. Als Mitglied des Aufsichtsrats nimmt er aktiv Anteil an allen Angelegenheiten dieses so nützlichen Instituts. Als der Strazverein seine Tätigkeit begann, wurde er von dem Starosten für den Kreis Jilehne, Pfarrer Spychalski in Rosko, als Kommissar der Gemeinde Dragig berufen. In kurzer Zeit hat er alle erwachsenen Männer bewogen, als Mitglieder beizutreten. Und in jeder nationalen Angelegenheit ist seine Tätigkeit zu spüren. Bald organisiert er einen Musikalverein, ein Kreiskomitee, bald spricht er in zahlreichen Volks- und sonstigen Versammlungen und man muß hören, wie aus diesem nicht gelehrten Herzen heiße Worte strömen! So mancher Landsmann, der sich früher geschämt hat, in der Stadt polnisch zu sprechen, fühlt sich heut, erwärmt durch den Geist dieses Patrioten, mit Stolz als Pole und er beugt heut nicht sflavisch den Nacken vor dem ersten besten Beamten. Wenn doch Gott der Herr mehr solche Grot für Dragig und Umgegend gäbe, dann werden uns keine Ausnahmegeetze beugen und er wird eine wahre „Lanzenspitze“ (Grot = polnisches Wort, welches soviel wie Lanzenspitze bedeutet), für unsre „Busenfreunde“ sein. Von den Verdiensten und den Heldentaten wie die der ehrwürdigen Pfarrer Spychalski, Kilinski, Wende tue ich nicht Erwähnung, denn sie sind jedem Kinde und jedem ergrauten Greise auf der väterlichen Scholle bekannt. In einer solchen Ortschaft wie Penskowo, das 1600 Polen zählt, träumt ein solcher Jüngling wie Michalek von der Gründung eines polnisch-katholischen Vereins; — er weiß zwar nicht, wie er das anfangen soll, aber er wird Beistand

finden in dem Pfarrer Kolinski-Schneidemühlchen, in Grot-Dragig und in Gertig-Jilehne.

Mögen diese öffentlichen Lobeserhebungen ein Ansporn sein für diese Herren, für diese wahren Pioniere des Polentums! Mögen sie den Mut nicht sinken lassen, denn ganz Polen blickt auf ihre Heldentaten! Mögen sie dies Werk der Wiedergeburt weiterführen! Mögen sie mit der Zibel in der einen und mit dem Pfluge oder mit dem Handwerkszeug in der andern Hand in jede Hütte sich Zugang verschaffen, zu jedem Beet, zu jeder Werkstatt, dann werden sie schon hier auf Erden von den Landsleuten den Lohn und im Himmel die Krone erhalten!

Aus Nr. 233 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 8. Oktober 1905:

Die Standesbeamten am Sonntag.

Nach einer Verfügung des Ministers des Innern ist der Standesbeamte nicht verpflichtet, seine amtlichen Funktionen am Sonntag auszuüben; deshalb sollten sich die Interessenten danach richten. Wenn ein Standesbeamter hier und da in dringenden Fällen die Anmeldung eines Todesfalles oder einer Geburt auch am Sonntag entgegennimmt, so tut er dies lediglich aus Gefälligkeit.

Unter den obwaltenden Verhältnissen ist es besser, von der Güte des Standesbeamten keinen Gebrauch zu machen, man soll sich vielmehr auf das uns zustehende Recht beschränken, denn im letzteren Falle darf man von dem Standesbeamten verlangen, daß er die Namen entsprechend dem Wunsche des Meldenden in die Bücher einträgt, besonders trifft dies bei den weiblichen Namen mit den Endsilben „ska“ zu. Am Sonntag dagegen muß man sich der Gnade und Ungnade des Standesbeamten überlassen, und man weiß doch sehr gut, wie uns die preussischen Beamten traktieren.

Aus Nr. 234 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 10. Oktober 1905:

Aus Gemeindeverhältnissen.

Aus der Gegend von Mogilno schreibt man uns:

In Izoby bei Mogilno wurde ein polnischer Wirt zum Ortschaftschulzen gewählt. Der Herr Landrat bestätigte diese Wahl nicht. Als er auch zum zweiten Male denselben Polen nicht bestätigen wollte, vernachlässigte man diese Sache, und man ließ sich einen deutschen Schulzen aufdrängen, welcher durch den Kreisaußschuß gewählt wurde, — es ist dies der einzige deutsche Wirt im Dorfe. Wenn man andere Wirte, einen nach dem anderen, gewählt haben würde, dann hätte sich's vielleicht der Herr Landrat überlegt, in jedem Falle aber wäre ihm die Sache nicht so leicht geworden.

In Chabsko bei Mogilno wurde ein deutscher Kolonist zum Ortschaftschulzen gewählt, hier haben aber die deutschen Kolonisten das Übergewicht. Weil sie die Verdienste des früheren Schulzen anerkannt haben, wählten sie ihn zum Gemeindevorsteher. Selbst diese Wahl bestätigte der Herr Landrat nicht. Er will alle von den „Seinen“ haben. Die polnischen Wirte haben aber zu viel für die Jagdpacht verlangt.

Für das Häuflein polnischer Wirte ist die Sache nicht leicht. Die armen Deutschen möchten für jedes Körnlein, das die Hühner auf ihrem Lande auflesen, die ganze Ernte als Entschädigung nehmen; sie haben die Polen von allen Seiten eingeschlossen. Diese aber

sind nicht mit Blindheit geschlagen. Wenn sie in Eintracht zusammenhalten werden, können ihnen die Deutschen gar nichts tun.

Z.

Aus Nr. 227 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 6. Oktober 1905:

P u n i z.

Die Deutschen vergnügen sich. Unser Städtchen feierte ein Fest, es war ein nationales Fest, natürlich aber ein deutsches. Die hiesige Schützengilde feierte ihr 275 jähriges Jubiläum. Der preußische König schenkte der Schützengilde vor kurzer Zeit eine neue Fahne, welche der Landrat aus Gostyn dem Verein am Sonntage überreichte. Man veranstaltete also ein nicht unbedeutendes Fest. Am Sonnabend Abend war Zapfenstreich, es war Frühwecken am Sonntag Morgen, „Frühschoppen“ im Schützenhause, Konzert am Nachmittage auf dem Marktplatz, ausgeführt von einer Militärkapelle, es fand ein öffentlicher Aufzug aller deutschen Vereine vom Schützenhause nach dem Rathaus statt. Hier deklamierte eine Dame mit Pathos ein Gedicht, welches der hiesige Rektor verfaßt hat, in dem alle Bewohner der „Ostmarken“ aufgefordert werden, ihre nationalen Pflichten aufs gewissenhafteste zu erfüllen (augenscheinlich die Deutschen. — Bem. der Redakt.). Der Landrat übergab alsdann dem Verein die Fahne; es wurden noch Reden gehalten, Lieder gesungen; es fand zweimal „Parademarsch“ der uniformierten Schützen vor der Fahne statt und wiederum Aufzug durch die Stadt. Ein Konzert, ein Umzug und Zapfenstreich schlossen den offiziellen Teil der Festlichkeit. Die Deutschen amüsieren sich, denn „Deutschtum — ist ja Freiheit“!

Von den Einzelheiten führen wir noch an, daß die aus weißer Seide verfertigte Fahne natürlich mit dem schwarzen preußischen Adler dekoriert ist. Sie wird auch mit preußisch-patriotischen Aufschriften geziert wie z. B.: „Für König und Vaterland“. Es fällt auf, daß für die Fahne ein gewisser Herr Cierpinski, der Vorsteher der Gilde, gedankt hat. Ist das nicht etwa ein Pole? Vielleicht teilt uns einer unserer Leser aus P u n i z mit, wie viele Polen überhaupt an diesem „Jubel“ teilgenommen haben. Einer hat auch an die Gnesener Kaiserrede erinnert. Vielleicht deshalb, weil es den Deutschen gestattet ist, sich zu vergnügen — und den Polen nicht. Anders kann man das nicht verstehen.

Aus Nr. 10 des Sokol (Posen)
vom 1. Oktober 1905:

Resolution des VII. Verbandstages der polnischen Sokols in Amerika.

Wir endesunterzeichneten Delegierten des VII. Verbandstages der polnischen Sokols in Amerika, die wir uns in allen nationalen Angelegenheiten mit der vom polnischen Nationalverband verfolgten Politik solidarisieren, der nach dem Beispiel seiner Brüder in Europa danach strebt, alle Kräfte für ein Ziel zusammenzuschließen, d. i. zur Wiedergewinnung der Unabhängigkeit Polens und zur Schaffung eines polnischen Reichs, wir, die wir unter dem Eindruck der Nachrichten aus unserm Vaterlande stehen, wo grade zur Jetztzeit ein herrlicher Kampf um das Recht, um die polnische Sprache in der Schule, um die Sprache in der Gemeinde sich vollzieht, wo eine halbe Million Uniten

nicht allein in den Schoß unseres Glaubens, sondern auch unseres Vaterlandes zurückkehrt, wo ungeachtet der Vorstöße der äußeren und inneren Feinde die nationale Einheit mit jedem Moment immer mehr an Stärke zunimmt, wo man alles unzeitige, von der Verzweiflung diktierte Sichfortreißenlassen verurteilt, und gleichzeitig auf jedem Felde siegreich kämpft, auf welchem in diesem epochemachenden Moment die Möglichkeit vorhanden ist, zu siegen, wir, die wir unter dem Eindruck dieser Mitteilungen uns befinden, begrüßen mit Freude den auf dem gegenwärtigen Verbandstag gefaßten Beschluß des grundsätzlichen Sichzusammenschließens des Verbands der polnischen Sokols mit dem polnischen Nationalbunde und wir empfehlen, daß sich auch die Brudervereine der Sänger und der Jugend mit diesem polnischen Nationalbunde zusammenschließen, um das Fundament für ein großes nationales Lager zu legen, das unter Umfassung aller unserer Bedürfnisse des politischen, gesellschaftlichen und geistigen Lebens in Amerika auf dieser Bahn den großen Zielen zustreben würde, die unserer Nation die Vorsehung gesetzt hat und welche heut fast die gesamte polnische Nation in Europa sowie der polnische Nationalbund und die geistesverwandten Organisationen im Emigrantentum wandeln.

Wir fordern aufs herzlichste auf und bitten unsere Bruderverbände der Sänger und der Jugend, gleichfalls diese Angelegenheit in Erwägung zu ziehen, und wir legen die Sache des Zusammenschlusses in die Hände eines speziellen, zu ihrer Durchführung vollständig autorisierten Komitees, das uns auf dem Kongreß des polnischen Nationalbundes in Buffalo N.-Y. repräsentieren und darüber wachen soll, daß diese Vereinigung aufs einmütigste unter nachstehendem Plane erfolgen soll.

Die höchste Behörde der vereinigten Organisationen ist der Kongreß der polnischen Nationalverbände, und in der Zeit zwischen den Kongressen die höchste Instanz der Zensor.

Der Kammer des Kongresses werden die Berichte aller Ausschüsse, aller zum Bunde gehörenden Institutionen vorgelegt. Der Kongreß bestätigt die in den Tagungen und Zusammenkünften gewählten Ausschüsse und nimmt ihnen den Eid ab, der nationalen Sache treu dienen zu wollen. Zu den im Nationalbund bereits bestehenden Ausschüssen kommen hinzu die der Sokols, der Sänger, der Jugend und der Frauengruppen. Der Sokolausschuß steht an der Spitze der Sokolvereine und wird wie bisher auf den Sokoltagen gewählt, die an der Entwicklung des polnischen Sokolturns arbeiten neben der Veranstaltung von turnerischen Vorführungen, dem Wachen über die regelrechte Entwicklung der Gymnastik usw. Die Sokolvereine sollen zugleich Gruppen des polnischen Nationalbundes sein, und der künftige Kongreß des Nationalbundes soll mittelst eines besonderen Beschlusses diese Reorganisation erleichtern durch Gestattung der Formierung von Gruppen aus Mitgliedern gegen Reiskarten. (?)

Der Ausschuß der Sänger — es ist dies der heutige Vorstand des polnischen Sängerbundes — soll auch fernerhin wie bisher auf den von den Chören veranstalteten Sängertagen gewählt werden neben der Veranstaltung von Konzerten unter Beibehaltung aller bisherigen Privilegien. Mit der Zeit können ihn — den Ausschuß — diejenigen Vereine vervollständigen, die sich speziell dem Liebhabentheater widmen. Die Chöre des polnischen Sängerbundes haben sich auf die gleiche Weise wie die Sokolvereine in Gruppen des polnischen Nationalbundes umzuwandeln.

Der Ausschuß der Jugend. An der Spitze steht der heutige Generalvorstand. Die Ausschüsse suchen außer der Weckung des kriegerischen Sinns, der Pro-

paganda der nationalen Losungen durch Weckung der Liebe zum Lesen und Verbreitung der nationalen Aufklärung, neben der Veranstaltung von Vorträgen und Unterhaltungsabenden der Jugend geziemende Zerstreuung zu bieten, wie Ballspiel, Schach, Billard, Veranstaltung von Ausflügen usw. Die Abteilungen wandeln sich ähnlich wie die Sokolvereine und Chöre in Gruppen des Nationalbundes um.

Josef P. Zaleski, T. of L. — Josef S. Kruska, Milu. — Leon Poplawski Nr. 1. — A. Olztyński. — T. Poplawski. — J. Michalski. — Frank J. Karch Nr. 1. — Alfons Dziadul Nr. I. — Frank Oleniczak Nr. 1. — Aloisius Glaza. — Ludwig Ciechanski. — Theo. C. Winiarski. — Franz Kubiak Nr. 8. — Josef Wroblewski. — Józefław J. Slupski Nr. 10. — Josphat Latuszewski Nr. 1. — Valentin Szymanski. — Vincent Brzezinski. — Wl. Karozny. — Josef Chmielinski Nr. 2. — Bonifazius Majchrowicz. — C. M. Reichel. — Wladislaus Strawczynski. — Boleslaus Zalewski. — Johann Butkowski. — Ignaz Kosinski Nr. 2. — Johann Krusztastkiewicz. — Johann Josef Chrzanowski. — Anton Dobrzanski. — A. Zychlinski. — Alex J. Bafinski. — Siegmund S. Kzejotarski. — Stanislaus Burczynski. — W. J. Wolkowiaf. — Johann S. Derpa. — St. Golski. — B. Marzjal. — L. J. Florowski. — Anton Mazur. — Kasimir Tomaszewski. — Johann Jendrzejcak. — Stanislaus Jablonski. — Johann Sikorski. — Stanislaus Florowski. — Franz Lasecki. — Johann Defa. — Ludwig Struf. — Thomas Siemieradzki. — L. Br. Haduch.

Aus Nr. 10 des Sokol (Posen)

vom 1. Oktober 1905:

Unter den Mitteilungen des Verbandsvorstandes

heißt es u. a.:

2. Den Vereinsvorständen bringen wir in Erinnerung, daß ein rechter Sokol fremden Vereinen nicht angehören soll, am wenigsten aber Kriegervereinen, Turnvereinen usw. Durch Überredung ist auf die Mitglieder einzuwirken, daß sie aus den fremden Vereinen austreten. Tun sie das bis zu einem bestimmten Termin nicht, dann sind sie aus dem Verein auszuschließen, damit sie kein böses Beispiel geben.

Aus Nr. 10 des Sokol (Posen)

vom 1. Oktober 1905:

Der Gau II (Winnengau) des Verbands der Sokolvereine

hatte am 27. August in Dornik seinen Gantag unter dem Charakter einer „Privatgesellschaft.“ Im Schützengarten (dessen Besitzer ein Deutscher ist, was ohne Zweifel auf das Verhalten der Polizei einwirkte) patrouillierte von sechs Uhr Morgens ab die Kreisgendarmerie und die Ortspolizei, ungeachtet dessen, daß am Eingange Tafeln mit der Aufschrift „Privatvergügen — geschlossene Gesellschaft“ angeheftet waren. Als der Bürgermeister von Dornik deswegen interpelliert wurde, gab er mit vollem Bewußtsein zu, daß die Polizei rechtswidrig verfare. Er bemerkte, daß er, falls der Wirt des Lokals mit dem Verweilen der Polizei im Garten nicht einverstanden sein werde, demselben den Konsens entziehen werde, (!) und er fügte hinzu: „Sie können sich ja darüber beschweren!“

Wir leben mithin im Großherzogtum unter dem Zeichen der polizeilichen Gesetzwidrigkeit. Hinzugefügt muß werden, daß der Kreislandrat absichtlich seinen Urlaub unterbrochen hat, um am Tage des Ganturnens an Ort und Stelle zu sein. . . .

Im Garten waren gegen 300 Sokols. Die seitens des Verbandsvorstandes gewährte Subvention hat bewirkt, daß ein Defizit nicht entstand. In Zukunft sollte der Gau dafür sorgen, daß unter keiner Bedingung die Polizei zu seinen „Privatversammlungen“ zugelassen werde.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 117 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 30. September 1905:

Die Parzellierung als eine Gewähr, sich den vaterländischen Boden zu erhalten.

(Fortsetzung und Schluß des Artikels in Nr. 40 des Gesamtüberblicks „Die Parzellierung ist eine soziale Notwendigkeit.“)

Die Erhaltung des Grund und Bodens ist zweifellos die allernotwendigste Grundbedingung für unsere gegenwärtige und zukünftige nationale Existenz. Wer sich auf seinem Grund und Boden hält, wer Herr und Besitzer von Grund und Boden ist, steht unbefieghar da.

Dieses Festhalten des Landbesitzes in der eigenen Hand ist ebenso ein sozialer und wirtschaftlicher Faktor, als es eine rechnerische Tatsache ist, daß 2 mal 2 gleich 4 ist.

Es wäre also eine ganz überflüssige Sache, wenn wir diese Tatsache noch durch längere Beweisführung bekräftigen wollten. Denn wenn sowohl die Bevölkerung, als auch die Volksgesamtheit, — die Nation, — keinen Grund und Boden besitzt, muß sie an den Bettelstab kommen, wie dies die Geschichte der Irländer und der Zigeuner beweist, die sich in der Welt umhertreiben müssen. Als ein lebendes Beispiel und als ein in die Augen stechender Beweis können auch die Juden gelten. Auch sie haben diese mathematische Tatsache erkannt und sie vereinigen heute schon in ihrer Hand große Güterkomplexe in den ehemals polnischen Landesteilen, in denen eine Konstitution existiert, die allen Bürgern des Reiches gleiche Rechte einräumt. In Galizien und im preußischen Anteil wimmelt es von Juden, welche Grund und Boden als Eigentum besitzen.

Daß die Erde die Ernährerin einzelner Personen und ganzer Gemeinwesen in national-sozialer Hinsicht ist, daß diese Erde dem nationalen Organismus belebende Kräfte einflößt, das alles haben kluge und verständige Leute eingesehen. Aus der alten griechischen Geschichte hat sich eine Sage bis auf den heutigen Tag erhalten, welche auch für uns Polen eine beachtenswerte Lehre enthält. Diese Sage erzählt nämlich, daß es zu Zeiten der Uraufänge der Menschheit zu einer fürchterlichen Schlacht zwischen den Göttern und den Titanen, den Besitzern dieser Erde, gekommen wäre. Einer dieser Titanen mit Namen Antäus kämpfte mit einem dieser mythologischen Götter. Sobald Antäus von der Erde hochgerissen und hochgehoben wurde, ermattete er unter dem tödlichen Druck des Gottes; wenn er sich jedoch den Armen des Gottes entriß und es ihm gelang, die Erde zu erreichen, dann erhielt er neue Kräfte und wurde zu weiterem Kampfe fähig.

Die deutsche Ansiedelungskommission drückt und bedrängt uns, der Hafatismus will uns das letzte Stückchen Brot rauben, um uns in nationaler Hinsicht

zu töten, kämpfen wir also mit ihnen, halten wir unsere Erde fest und wir werden unbeflegbar dastehen. Die Haxatisten werden sich an uns die Zähne ausbeissen, alle Titanen dieser Erde werden ermatten, wenn wir die ererbte Erde, das Land unserer Väter nicht aus der Hand geben werden.

Unsre Zukunft wird sich nicht nur hier in den polnischen Landesteilen unter dem preussischen Zepher, sondern in dem ganzen Bereich des ehemaligen Polens auf wirtschaftlichem Gebiete entscheiden, vor allem aber auf dem Gebiet des verständigen und sachgemäß geführten Ackerbaues.

Die preussischen Minister zerbrechen sich allein für ihre Person, oder gemeinschaftlich mit den Haxatisten den Kopf, um ein erfolgreiches Mittel zu entdecken, endgültig unsere nationale Existenz zu beseitigen, und dieses Mittel besteht darin, uns von unserm Grundbesitz loszureißen. Die preussische Regierung wird also auch fernerhin den deutschen Landwirten die Hand reichen und sie unterstützen, ebenso wird sie die Gewerbetreibenden, Kaufleute und ihre Beamten mit Geld unterstützen, wozu auch wir Polen unsern sauer verdienten Groschen hinzu geben müssen, also gezwungen sind, uns eine Peitsche für unser eigenes Fell zu drehen.

Dieser titanischen, ungeheuren Macht gegenüber, die in Haufen gegen uns losgeht, müssen wir nunmehr die Stirn bieten, wenn wir nicht erwürgt und vernichtet werden wollen. Seien wir dann alle zusammen und jeder für seine Person ein Antäus und wir werden unsere nationale Existenz behaupten und bewahren, wir werden uns ewig unsere Muttersprache und den Glauben unserer Väter erhalten.

Die heutigen Steuerleute des preussischen Staateschiffes kamen zu der Überzeugung, daß nicht die preussische Schule uns entnationalisiert, sondern nur unser wirtschaftliches Elend und das Verkaufen des Landbesitzes, weil wir hierdurch auch unserer polnischen Vergangenheit, unser Muttersprache und sogar unserm heiligen katholischen Glauben werden entsagen müssen.

Um den väterlichen Boden in unsern Händen festhalten zu können, müssen wir ihn zerkleinern, parzellieren.

Je mehr Grundbesitzer es geben wird, desto kräftiger wird unser polnisches Vaterland werden. In diesem todbringenden Kampf mit den Titanen der Erde gebraucht man viele Kräfte, freie Hände und schlaue Köpfe.

Und nun kommen wir zu unserm Projekt, welches unter dem Titel des heutigen Artikels veröffentlicht worden ist, nämlich zur Parzellierung.

Die Notwendigkeit der Parzellierung hat die polnische Volksversammlung als gleichzeitig in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung unumgänglich erforderlich erkannt und sie erkennt diese Notwendigkeit auch jetzt noch, sei es, daß diese Erkenntnis ihre Ursache in dem Bankerott, oder im guten Willen hat.

Eine soziale Notwendigkeit ist die Parzellierung deshalb für uns, weil sich der Großgrundbesitz aus folgenden Gründen nicht halten kann:

1. Weil dadurch der Grund und Boden in mehrere Teile (?) kommt;
2. wegen der hohen Belastung;
3. wegen der Übervölkerung.

Durch dies alles zusammen wird unsere polnische Volksversammlung in eine andere soziale Organisation hineingebracht.

Zu diesem Zweck muß man also beizeiten größere Güter parzellieren, in kleineren Anteilen verkaufen, oder auch an Landsleute verpachten, die Kapital und landwirtschaftliche Kenntnisse besitzen.

Auf diese Art wird unsere Volksversammlung gewinnen:

1. Einen großen Zuwachs selbstständiger, sich bildender und vermögender Bürger und sie wird
2. die väterliche Scholle in polnischem Besitz behalten.

Aus Nr. 118 des Pielgrzym (Pelplin)

vom 3. Oktober 1905:

Das letzte Wort über unsere sozial-wirtschaftliche Reorganisation.

Um die Parzellierungstätigkeit, über welche wir in der letzten Nummer des Pielgrzym berichtet haben, schärfer begrenzen zu können, müßten wir eine Institution schaffen, an die schon die um das Wohl des Vaterlandes besorgten Bürger gedacht und zu der sie als einem Rettungsmittel für die Volksversammlung geraten hatten.

Wir haben hier die landwirtschaftlichen Darlehns-genossenschaften im Sinne.

Diese Genossenschaften können gemeinsam Güter ankaufen, Parzellen verkaufen oder verpachten und den Erwerbern, die nicht genügende Mittel zur Verfügung haben, aber moralische Sicherheit gewähren, Kapital leihen. Das Kapital dieser Genossenschaften kann sich nicht nur aus reichlichen Depositionen, sondern gleichzeitig aus Spargeldern zusammensetzen, die ebenso wie die Depositionen mit 8 Prozent verzinst werden würden, während Darlehne zu 3½ Prozent vergeben werden würden.

Heute haben wir keine Versicherungsanstalten, ausgenommen die Lebensversicherungsanstalt Bista. Unser ganzes Geld kommt Fremden zu statten. Wenn alle für die verschiedenen Versicherungen gezahlten Prämien in die Kassen der landwirtschaftlichen Genossenschaften fließen würden, würde sich das Kapital möglicherweise um Millionen vergrößern. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften könnten auch gleichzeitig den Vertrieb landwirtschaftlicher Geräte, den Getreide- und Samenhandel in eigene Regie übernehmen. Wenn man bei uns ein Netz solcher Genossenschaften gründen würde, dann könnten wir ohne fremde Kapitalisten und Banken fertig werden und die Milliarde der deutschen Ansiedelungskommission hätte dann auch ihre Bedeutung verloren. Mit Hilfe der Genossenschaften werden wir den Grund und Boden für uns retten, der sonst den Fremden zufallen würde und wir werden zugleich eine Reorganisation des landwirtschaftlichen sozialen Betriebes einführen. Wir haben uns wohl in verschiedenen Hoffnungen, die wir an die Gründung früherer Institutionen geknüpft hatten, getäuscht, aber in den wirtschaftlichen Darlehnskassen werden wir uns bestimmt nicht täuschen, da in ihnen alle Genossen im Verhältnis zu ihren Anteilen die gleichen Rechte und Ziele haben werden und ihre Lösung sein wird: „Solidarität“.

Die soziale Anarchie führte uns zum wirtschaftlichen Ruin und dieser führte uns zusammen mit noch andern Ursachen zum politischen Sturz.

Die persönliche Zuchtlosigkeit führte sehr viele zum Vermögensverfall und dieser führte zum sozialen Verfall. Die Notwendigkeit der persönlichen Besserung unter dem Landadel ist zur Umgestaltung ihres moralischen und wirtschaftlichen Lebenswandels unumgänglich notwendig, und ein helfendes Mittel hierzu sind: Ablegung des Leichtsinns, Arbeit und Sparsamkeit.

Wenn das Volk leben und nicht untergehen soll, dann muß die soziale Reform nachfolgen:

1. Einführung des pekuniären Gleichgewichts zwischen Landwirtschaft und Industrie.

2. Besonders für die Landwirtschaft selbst ist das einzige Mittel die Parzellierung größerer und mittlerer Landkomplexe.

Wenn das alte Leben zerfallen ist, das neue aber nicht aufgebaut wird, wenn von allen Seiten her die Übermacht uns bedrückt und Schrecken bereitet, wenn uns von allen Seiten Vernichtung droht und uns nur der letzte Kampf um die Existenz der Einzelperson und der Volksgesamtheit übrig bleibt, dann muß jeder auf seinem Posten sein, damit der Feind uns nicht im Schlafe überrascht.

An eine Besserung der politischen Lage nach außen hin ist garnicht zu denken. Die Geschicke eines jeden Volkes, besonders eines bisher so gesunden, wie es unsere polnische Nation hier in den Ostmarken ist, ruhen in der Hand von Gottes Vorsehung. Sie stärkt unsere ermattenden Kräfte und flößt unsern Herzen die Hoffnung auf eine Wiedergeburt ein. Unser Herrgott konnte uns wohl ohne unsern Willen erschaffen und uns zum politischen Leben berufen, aber ohne unsere Mitwirkung kann er uns nicht erretten.

Wir müssen also nach innen hin arbeiten, an die soziale und wirtschaftliche Besserung herangehen und zwar müssen wir mit der Besserung der Eltern beginnen, in Bezug auf die häusliche Erziehung der Kinder.

Der Adel war bisher der Kern der Volksgesamtheit. Wenn der Kern verkümmert, so muß man ihn durch frische Säfte sowohl im eigenen als auch im Interesse der Volksgesamtheit auffrischen.

Ein solcher auffrischender Saft ist unsere Demokratie. In den Nationen gab es stets verschiedene Stände, die für ihre Zukunft lebten und arbeiteten. Wir werden die Stände nicht aufheben, aber wir werden darauf hin arbeiten, sie zu einer bürgerlichen Betätigung zu bringen, denn je mehr Personen dieser Stände aufgeklärt sind, desto näher ist auch die politische Wiedergeburt.

Es ist überall zu hören, daß die ganze Hoffnung auf uns selbst beruht; damit erklären auch wir uns einverstanden, aber wir müßten auch so arbeiten, daß wir uns nicht selbst täuschen.

Fast alle schreiben und reden, daß unsere Zukunft auf unserer Bevölkerung beruht. Zugegeben, daß dem so wäre, so müßten wir dem Volke den Weg zum Verständnis dafür erleichtern, was das Vaterland bedeutet und wie es mit Liebe für dasselbe arbeiten kann.

Es ist die Hoffnung vorhanden, daß die Last, die uns fast zur Erde drückt, von unsern Schultern genommen und das Böse sich zum Guten wenden wird und zwar wird dies dann eintreten, wenn wir uns in moralischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht geändert haben werden.

Aus Nr. 121 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 10. Oktober 1905:

Der Katholizismus des Blattes Germania.

Von den Polen fordert niemand, noch maßt sich jemand an zu verlangen, daß sich die Deutschkatholiken an unserer Verteidigung gegen unsere Todfeinde, die auf unseren Tod als besondere Nation lauern, aktiv beteiligen sollen. Wir glauben jedoch, daß wir von unseren katholischen Glaubensgenossen eine sich in ehrlichen und aufrichtigen Worten äußernde moralische Unterstützung dreist verlangen dürfen, die einer bedrückten Nation mitunter mehr Nutzen bringt, als materielle Hilfe. Doch was geschieht? Es gibt leider nicht wenig solcher deutschkatholischen Zeitungen, und

zu ihnen gehört die Berliner Germania, die, ihrer Christenpflicht vergessend, mitunter hartnäckigere Feinde der Polen sind, als Hakatisten vom reinsten Wasser.

Diese Germania ist nun über den Übergang deutschen Bodens in polnische Hände sehr entrüstet. Sie führt zwei Beispiele aus den letzten Tagen an. Herr Tucholka aus Posen, ein Pole, hat das im Kreise Glogau in Schlesien belegene, dem Fürsten Talleyrand gehörige Rittergut Alt-Strunz für 865 000 Mk. erworben. Ein zweites großes an der Grenze Posen-Schlesien gelegenes über 10 000 Morgen großes Rittergut — Ossowo — mit einigen Vorwerken und mit einem schönen Waldbestande, das dem Baron Buddenbrock-Hertersdorff, früheren Landrat des Kreises Groß-Wartenberg, gehört, hat der Geheime Regierungsrat Graf Kosztoph, Kurator der Ritterakademie zu Liegnitz, dem bekannten — wie die Germania sagt — polnischen Agitator Herrn Martin Biedermann in Posen verkauft, der, wie dasselbe Blatt annimmt, dieses große Gut unter polnische Bauern parzellieren wird.

Die Germania bedauert sehr, daß große Herren aus der hohen deutschen Aristokratie, Grafen und Fürsten ihre Güter an Polen verkaufen.

Die Germania erinnert auch an die bekannte Verkaufsangelegenheit eines städtischen Grundstücks in Posen an Herrn Ignatowicz, und an den von der Mehrheit der Stadtverordneten gefaßten entsprechenden Beschluß, unter denen sich ein königlicher Beamter, der Stadtverordnetenvorsteher Herr Notar Salz befunden hat. Das ist, bemerkt das „katholische“ Blatt, nach der Rede des Kaisers in Gnesen geschehen, der diejenigen Verräter nannte, die ihren Besitz in der „Ostmark“ verkaufen.

Uns ist es gleichfalls nicht angenehm zu hören, daß deutscher Besitz in polnische Hände übergegangen sei — so schreibt die katholisch-deutsche Germania wörtlich — aber warum — fragt das uns feindliche Blatt weiter — ruft der erwähnte Beschluß im Posener Rathause eine so große Entrüstung hervor? Die Posener Stadtverordneten konnten ja berechnete Gründe gehabt haben, daß sie so und nicht anders gestimmt haben; in jedem Falle fügt ihr Beschluß dem Deutschtum nicht einen so großen Schaden zu, als wenn große deutsche Güter in polnische Hände übergehen. Warum geht denn die öffentliche deutsche Meinung mit den hochgeborenen deutschen Besitzern, die ihre Güter an Polen verkaufen, so milde um? Für diese Besitzer, für diese „Verräter“ haben die hakatistischen Blätter sogar noch Worte der Entschuldigung. Die Ansiedelungskommission arbeitet sehr schwer; es liegt mitunter auch an ihr die Schuld, daß deutscher Besitz in polnische Hände übergeht. Wenn die anti-polnische Politik die Richtung ihrer Arbeit nicht ändert, dann wird sie den Polen nicht nur nicht schaden, sondern ihnen nur zum Nutzen gereichen.

Das „katholische“ Berliner Blatt fordert also auch eine Änderung der preußischen Polenpolitik, um uns so schnell wie möglich den vaterländischen Boden zu entreißen, diesen Hauptnährer jeder Nation. Aus den Ausführungen der den Polen feindlichen Germania über den Übergang deutschen Besitzes in polnische Hände geht hervor, daß sie es haben möchte, wenn der Grund und Boden der Deutschkatholiken lieber in lutherische, nur weil deutsche Hände überginge, als in polnisch-katholische Hände. Das ist ganz kreuzritterlich gedacht! Hat denn die Germania, als sie diesen Artikel geschrieben hat, ganz und gar an die Nächstenliebe vergessen, die unser gemeinsamer göttlicher Gesetzgeber Jesus Christus uns anbefohlen?

Aus Nr. 117 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 30. September 1905:

Es ist und bleibt wahr,

daß die Gazeta Grudziöndzka und Herr Kulerski durch ihr unvernünftiges Geschrei unseren Feinden Waffen in die Hände drücken. Auf den unverständigen Artikel des Herrn Kulerski werden sich die Preußen lange berufen, besonders beim Schmieden von den Polen feindlichen Gesetzen. Die Gazeta Grudziöndzka benimmt sich ebenso unvernünftig wie jene, die zur Freude der Preußen verkündet haben, daß die Sokols die künftige Armee Polens wären. Auf diese markttschreierische und unvernünftige Art wird die Gazeta Grudziöndzka mit ihrem Herrn Kulerski der polnischen Sache nichts nützen, sondern sie nur schädigen. Wir wiederholen es, ein kluger Führer gibt seinem Gegner niemals Waffen gegen sich in die Hand. Zum Schluß bemerken wir, daß die Nummer der Gazeta Grudziöndzka mit jenem unvernünftigen Artikel Herr Viktor Kulerski selbst zeichnen mußte, während alle übrigen Nummern der Gazeta Grudziöndzka von anderen Personen gezeichnet worden sind. Augenscheinlich waren also sogar die Redakteure der Gazeta Grudziöndzka mit dem Inhalt jenes unglückseligen Artikels nicht einverstanden gewesen.

Aus Nr. 40 des Przyjaciół Działowy (Graudenz)
vom 5. Oktober 1905:

Beilage zu Nr. 119 der Gazeta Grudziądzka
vom 5. Oktober 1905:

Herrn Kulerski im Gefängnis. *)

Im Gefängnis bei Berlin
Sizet der, der mit dem Willen Gottes
Polens guter Sohn ist:
Unser Verleger, Herr Kulerski.

Wenn es in meiner Macht stände,
Würde ich gern, und sei es in der Nacht, hingehen,
Um ihm in seiner schweren Lage Linderung
zu verschaffen;
Denn uns Kindern schmerzt es sehr,
Daß wir uns hier in der Freiheit befinden
Und er ohn' Erbarmen leiden muß
Für die Muttersprache —
Was für jeden eine Ehre ist.

Darum haben wir beschlossen,
Aufrichtig zu beten
Für unseren Verleger
Herrn Viktor Kulerski.

Aus Nr. 117 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 30. September 1905:

Zur Stärkung des Gedächtnisses.

Unter dieser Überschrift hat die Gazeta Toruńska zwei Absätze aus der Abfertigung, die wir der Gazeta Grudziöndzka auf ihre Anzuspinnungen hatten zuteil werden lassen, wiedergegeben. Einerseits wollte die Gazeta Toruńska sicher Herrn Kulerski etwas anhängen, zweitens wohl auch dem Pielgrzym, was uns aber garnicht berührt, da dies eine bekannte Kampfesart der Gazeta Toruńska ist. Wir lassen uns mit ihr

*) Dem „Przyjaciół“ von Janek G. aus Wiskitno (?) übersandt.

auch auf keine weitläufigen Auseinandersetzungen ein, sondern stellen ihr nur einige Fragen:

1. Wer hat noch vor Bekanntgabe der bekannten Verhandlungen veröffentlicht, Herr Kulerski hätte gesagt, er würde sich eher in der Weichsel ertränken, als sich jemals mit der Volksbewegung vereinigen?
2. Wer hat veröffentlicht, daß Herr Kulerski am Größenwahnsinn leide und verrückt werden würde, wenn man ihn nicht zum Abgeordneten wählen würde?
3. Wer hat das veröffentlicht, Herr Kulerski hätte gesagt, er brauche für sein Geschäft Prozesse?
4. Wer hat das veröffentlicht, daß Herr B. mit einem Menschen, der sogar eine grauhaarige Frau mit Schmutz beworfen hätte, nichts Gemeinsames haben wolle?
5. Wer hat veröffentlicht, Herr Kulerski würde, wenn er ein Schuster wäre, wegen unlauteren Wettbewerbs ins Loch kommen?
6. Wer hat das veröffentlicht, daß Herr Kulerski, wenn er irgendwelche Dummheit gemacht hatte, nach Thorn gefahren kam und um Rat bat, was er tun sollte, um aus der Patsche, in die er hineingeraten war, herauszukommen?
7. Wer hat das veröffentlicht, daß Herr Kulerski die Provinzen erschüttern und alle polnischen Zeitungen in Westpreußen zu Grunde richten wollte?

Wer hat diese und ähnliche Schandnachrichten über Herrn Kulerski verbreitet?

Wer hat sich so schmählich mit den Herren Miłski, Rakowski (dem Redakteur der Praca), Switala, Ziński und ebenso mit den Zeitungen Gazeta Gdanska, Pielgrzym, Gazeta Grudziönska, Drendownik (den Herr Brejski mit Vorliebe den „Izwarczeiseren“ nannte), Praca, Postępek usw. herumgezerrt?

Man braucht bloß ältere Jahrgänge der Gazeta Toruńska durchzusehen und sich die Rede eines gewissen Herrn in Thorn ins Gedächtnis zurückzurufen, und dann wird man die Antwort auf alle diese Fragen haben . . .

Einer ähnlichen Waffe bedient sich jetzt die Gazeta Toruńska gegen den Pielgrzym. Wer so wie sie die Kage im Sack herumdreht, hat nicht das Recht, zu verlangen, ernst genommen zu werden.

Der Dziennik Berliński schreibt, daß er in gemäßigten Worten die Aufmerksamkeit des Herrn Brejski auf das Unpassende der Art und Weise seiner Verzichtleistung (in Sachen seiner Kandidatur) gelenkt hätte, Herr Brejski jedoch in der Gazeta Toruńska mit brutalen, persönlichen Ausfällen auf den Herausgeber des Dziennik Berliński geantwortet hätte, einen Mann, der Herrn Brejski im Leben nichts Böses getan hatte.

Deshalb müßte die Gazeta Toruńska vor allen Dingen vor der eigenen Türe kehren, und dann darf sie sich erst als ungebetene Beschützerin andern aufdrängen.

Aus Nr. 121 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 10. Oktober 1905:

Eine freudige Nachricht.

Der seit einiger Zeit in Graudenz wohnhafte frühere Besitzer von Przeszkody bei Schönsee, Herr Valerian Zaluski, hat jetzt ein nochmal so großes Gut, und zwar das schöne Vorwerk Bobowo bei Stargard von Herrn Hertel, einem Deutschen, erworben. — Wir rufen ihm ein herzliches „Glück auf“ zu. Die Red.

Aus Nr. 231 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 8. Oktober 1905:

Pużig.

Die Ansiedelungskommission hat bis jetzt im Kreise Pużig noch kein Gut gekauft.

Es ist das auch garnicht so merkwürdig, denn größere polnisch-katholische Besitztümer gibt es hier fast garnicht.

Aus Nr. 121 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 10. Oktober 1905:

In Żblewo und Lubichowo

sind Volksbanken ins Leben gerufen worden. An der Spitze dieser Banken stehen die Ortsgeistlichen. Den hakatistischen Blättern gefällt das natürlich nicht, was ein Beweis dafür ist, daß diese Banken unserem Volke großen Nutzen bringen. Denn die Hakatisten loben nämlich nur das, was uns schadet, während sie das, was uns zum Nutzen gereicht, tadeln. — Den neuen Unternehmungen rufen wir ein „Glück auf“ zu. — Die Red.

Aus Nr. 117 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 30. September 1905:

Skarlin.

In unserem Orte würde ein gelernter Bäcker sein gutes Auskommen finden. Es existiert hier zwar ein Bäcker, aber dafür, daß seine Backware für die Leute nicht ausreicht, ist wohl der beste Beweis der, daß sogar der Bäcker aus Renmark wöchentlich, ja sehr häufig sogar zweimal in der Woche hierher und auch nach den benachbarten Dörfern schon seit vielen Jahren Brot bringen muß. Zu erwähnen wäre noch, daß der Ort Skarlin 1100 Einwohner zählt, es befinden sich in ihm eine katholische Kirche, drei Schulen und die Post, daher würde ein Bäcker hier eine gute Existenz haben. Nähere Informationen sind bei dem Gasthausbesitzer Jz. Kariski in Skarlin, Kreis Bischofswerder einzuziehen.

Aus Nr. 43 des Goniec Mazurski (Osterode)
vom 7. Oktober 1905:

Brief eines Mazuren aus der Łycker Gegend.

(Dieser Brief ist uns mit der Bitte um Veröffentlichung zugegangen.)

Ein Mann, ein Wort!

Dieses Sprichwort soll nämlich die deutschen charakterisieren. Man sagt, daß die alten Germanen stolz darauf waren, wenn sie das gegebene Wort halten konnten. Bei ihren Nachkommen jedoch, bei den heutigen Deutschen, ändert sich der Charakter sogar derart, daß sie gerade das Gegenteil davon tun, was sie versprochen haben. Und niemand fühlt das mehr, als wir Polen; ich spreche hier von allen, die sich zu den Polen rechnen, also von den Mazuren, Łużaniern, Ermländern, Großpolen usw.

Mögen einige Beispiele dies erläutern.

Es wird jetzt viel von der Freiheit und Kultur in Deutschland geschrieben und gesprochen. Aber was geschieht? Man nimmt uns Polen die Freiheit. Wenn die Polen eine Versammlung einberufen wollen,

und sei es die unschuldigste, findet jene Freiheit und Kultur, die uns gegenüber so gerühmt wird, irgend einen Grund, um entweder die Versammlung zu verbieten, oder sogar nach erteilter Erlaubnis aufzulösen. Alles dies geschieht nach dem Sprichworte: „Wenn der Herr den Hund schlagen will, dann findet er auch einen Stock.“ Das nennt sich Freiheit. Wenn ein Pole irgend ein Geschäft anlegt, dann boykottieren ihn die Hakatisten, um ihn zu vernichten. Und wenn einer von den Deutschen, der von dem Chauvinismus des Hakatismus noch nicht verblendet ist, ein solches Geschäft besucht, dann wird er als der größte Vaterlandsverräter betrachtet.

Das nennt sich Kultur. „Möge jeder reden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist,“ hat der Reichskanzler Fürst Bülow gesagt.

Uns Polen ist ein polnischer Schnabel gewachsen, aber trotzdem werden wir zu einer fremden Sprache gezwungen; die paar polnischen Beamten, die wir noch haben, vertreibt man nach dem Westen. In die polnischen Bezirke werden Deutsche geschickt, die sich mit dem Volke nicht verständigen können. In den Schulen lernen unsere Kinder das, was ihnen am heiligsten ist, das ist die Religion, in einer ihnen fremden, in der deutschen Sprache, die sie nicht verstehen. Zu Hause beten die Kinder polnisch, und in der Schule deutsch. Die Folgen liegen klar auf der Hand. Das Kind lernt die Religion nicht als Herzens- und Gewissenssache, sondern nur als eine Schulaufgabe. Ja, noch mehr Böses entsteht daraus.

Die Kinder haben zu den Eltern kein Zutrauen, sie denken mitunter, daß die Eltern nicht richtig beten, da sie in der polnischen Bibel und im polnischen Gesangbuch lesen, und sie in der Schule der wirklichen Lehre teilhaftig würden. Die Kinder sind zum größten Teil noch zu jung um zu begreifen, warum die Schule in dieser Weise vorgeht und, da sie den Lehrer klüger und höher stehend als die Eltern halten, fangen sie an, über das Beten des Vaters und der Mutter zu lachen, weil sie selbst mehr wissen als die Eltern, da sie „fajn“ deutsch beten gelernt haben. Und zu welchem Ende führt das? Aus dem Knaben wird ein Jüngling, aus dem Mädchen eine Jungfrau.

Unter solchen Verhältnissen, wenn die Kinder die Eltern nicht achten, werden die Bande der Elternliebe gelöst, denn das Band, das das Herz mit dem Herzen verbindet, die Religion, verkümmert in der Schule in den Herzen der Kinder.

Das nennt sich Kultur und Freiheit! Und die Folgen dieser Kultur? Der Jüngling, der im Elternhause und in der Kirche keine Religiosität hat, weil er mit seinen Eltern nicht zusammen zur Kirche gegangen ist, weil es nicht „fajn“ ist zur polnischen Predigt zu gehen, ist einige Mal zur deutschen Predigt gegangen, bis er auch damit aufgehört hat und zu den Sozialisten und Demokraten übergetreten ist. Die Schule ist daran schuld, daß der Sozialismus zugenommen hat, denn es fehlt in ihr die Muttersprache eines jeden polnischen Kindes. Es wird die Zeit und mit ihr auch der Tag kommen, wo die Saat der Hakatisten reiche Frucht tragen wird. Es werden viel Früchte sein, aber welcher Art? Den Hakatisten selbst werden sie zu bitter sein.

Bisher ist immer das Sprichwort in Erfüllung gegangen: „Wer einem andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“

Und alle Polen, ob du Bruder ein Mazure oder Łużanier bist, oder wo du her sein magst, will der Hakatismus ausrotten.

Unsere nationale Sonderstellung will man uns nehmen, man will uns die Sprache und Denkweise rauben. Die Sitten unserer Väter und ihren Charakter

wollen sie in uns verwischen, mit einem Worte, sie wollen uns „germanisieren“.

Und was sagt dazu die Geschichte der Nationen? Solange der Sieger die besiegte Nation nicht bedrückt hat, stand sie auf seiner Seite. Doch sobald er es zu verfolgen begann, was geschah dann?

Dann erwachte die besiegte Nation aus dem Schlafe und wurde stärker.

Sie begann sich auch als Nation zu fühlen; und manches Beispiel zeugt davon, daß nach der Bedrückung, nach der Gefangenschaft, Zeiten der Freiheit und des Ruhmes eingetreten sind. Blicken wir uns die Gegenwart an.

Was ist mit Rußland, mit diesem mächtigen Staate geschehen? Weder Gefängnis, noch Ketten, noch Sibirien konnten es verhindern, daß im Volksleben eine neue Ära angebrochen ist. Früher wurden alle diejenigen, die auch nur von der Freiheit träumen wollten, nach Sibirien geschickt, oder in den Zitadellen erschossen.

Und heute? Heute ist die Religionsfreiheit eingeführt, und die Schulen haben das Recht, die polnische Sprache als Unterrichtssprache einzuführen. Man will den Polen, die früher schändlich behandelt und verfolgt wurden, eine Selbstverwaltung geben.

Was für eine Lehre können wir hieraus ziehen?

He! Schulter an Schulter! Von den Karpathen bis zur Ostsee! Von der Oder bis zum Dniepr! Ob du evangelisch oder katholisch, ob du Masure, oder Großpole, oder aus Rußwien oder Schlessien bist, Brüder, laßt uns geschlossen unsere Sache vertreten.

Möge uns das Bekenntnis nicht trennen! Wir sind Polen und wollen es bleiben, denn wir lieben die polnische Sprache, denn wir loben den lieben Gott polnisch.

Mögen die Deutschen singen „Muttersprache, Mutterland“, wir sagen aber mit unserm Poeten, so wie uns der Schnabel gewachsen ist: „du liebe polnische Sprache“, dann wird uns niemand bezwingen.

Aus Nr. 117 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 30. September 1905:

Allenstein.

Für Sonntag, den 24. September d. J. war hier eine Versammlung des polnisch-katholischen Vereins „Zgoda“ angekündigt. Inzwischen aber teilte der Besitzer des Lokals, in welchem die Versammlungen stattfinden, dem Vorsitzenden des Vereins mit, daß er sein Lokal nicht mehr zu polnischen Versammlungen hergeben würde. Die Versammlung konnte infolgedessen nicht stattfinden. Auch den Militärkapellen soll es nicht gestattet sein, bei den Vergnügen des hiesigen polnisch-katholischen Vereins Musik zu stellen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 234 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 10. Oktober 1905:

Die Generalversammlung des Konsums „Merkur“, Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Gleiwitz vom 27. August 1905 hat die Auflösung der Genossenschaft beschlossen.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei den unterzeichneten Liquidatoren (Gleiwitz, Tarnowitzerstr. 10) anzumelden.

Gleiwitz, 4. Oktober 1905.

Konsum „Merkur“

Eingetrag. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht in Liquidation.

Rechtsanwalt Dr. Maryan Rozanski, Josef Monowski, Josef Steiner.

Aus Nr. 72 des Polak (Kattowitz)

vom 10. Oktober 1905:

Unsere Wahlfreiheit.

Den Zentrumsleuten und Hafatisten ist alles erlaubt. Niemand stört sie in der Agitation. Sie veranstalten Versammlungen, wo und wann es ihnen gefällt, sie verteilen Aufrufe und Wahlzettel und erfreuen sich dabei völliger Freiheit.

Dagegen können wir Polen keine Versammlungen abhalten, denn die hochlöbliche Polizei droht den Saalbesitzern mit Schikanen. Wir wissen alle recht wohl, was es heißt, sich die Ungnade eines preussischen Polizisten zuzuziehen. Versessenen Sonnabend sollten wir in Kottowitz eine Wahlversammlung veranstalten. Der Saalbesitzer versprach bei allen Heiligen, daß er das gegebene Wort halten werde. Einige Tage darauf aber schrieb er, daß er seinen Saal nicht hergeben könne, denn die Polizei bereite ihm große Schwierigkeiten, und er müsse mit ihr rechnen. So also achtet die hochlöbliche Polizei unsere Bürgerrechte. Es wurde dem Saalbesitzer zu verstehen gegeben, was seiner warte, wenn er seinen Saal dem polnischen Volk überläßt, und dieser erschrak vor der preussischen Polizei. Das Volk konnte sich mit eigenen Augen überzeugen, was dieses preussische Regiment ist, und was die Polen im preussischen Staate sind: Bürger zweiter Klasse.

Vor einer Woche löste uns in Kattowitz ein Polizist eine Versammlung der Vertrauensmänner ganz gesetzwidrig auf. Wiederum könnten wir uns überzeugen, wie uns die Preußen behandeln.

In Rozdzien verbot der Polizist Krzok am Freitag Abend die Verteilung von Aufrufen vor der Kirche, er schleppte sogar unsere Volksgenossen bis in eine Restauration, wo sich der Kommissar befand; und ein zweiter Polizist hatte unsere Leute zum Besten. Es scheint, als ob diese Polizisten ihre Rechte und Pflichten nicht kennen, noch auch wüßten, welche Rechte den Bürgern zukommen. Der Kattowitzer Landrat mußte sie darüber belehren, was sie zu tun und zu lassen haben, und ihnen einen Denktzettel geben, wie sie ihn verdienen. Ist doch der Polizist nicht dazu da, um die Bürger der ihnen durch die Verfassung garantierten Rechte zu berauben, sondern dazu, um den Leuten behilflich zu sein und dem Publikum zu Diensten zu stehen. Indes glauben manche Polizisten, sie seien Könige, und das Publikum sei für sie ein Phantasiegebilde.

Aus Nr. 236 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 12. Oktober 1905:

Achtung!

Wahlbetrug!

Es wird uns mitgeteilt, daß sich die Gegner unseres polnisch-katholischen Kandidaten eines geradezu schändlichen Betrugs schuldig gemacht haben. Sie haben nämlich mehrere tausend Wahlzettel drucken

lassen, auf denen nur geschrieben steht: Albert Korfanty; und sie verteilen diese unter die Leute. Diese Wahlzettel sind ungültig, wenn sie in die Wahlurne abgegeben werden sollten, und wir könnten dadurch empfindliche Verluste erleiden. Gültig sind nur diejenigen Zettel, die beschrieben sind:

Adalbert Korfanty

Redakteur-Kattowitz.

Auf diesen unerhörten Betrug machen wir hauptsächlich die Vertrauensmänner aufmerksam, auf daß sie die Wähler noch vor den Wahllokalen warnen.

Aus Nr. 72 des Polak (Kattowitz)

vom 10. Oktober 1905:

Die Evangelisation

wurde bisher nur bei den romanischen und germanischen Völkern verbreitet. Die Evangelisation in Italien, Spanien und Frankreich besteht schon ziemlich lange; später kam Belgien und Südamerika hinzu. Dann folgte die „Los von Rom“-Bewegung in Österreich, und erst zuletzt wurde ein Verein zur Verbreitung des Protestantismus unter den deutschen Katholiken ins Leben gerufen. Es ist aufgefallen, daß die slavischen Nationen völlig in Ruhe gelassen wurden. Das soll sich jetzt ändern, und es wurde damit bereits der Anfang gemacht, indem hier in Kattowitz ein „Slavisches Missionsseminar“ errichtet wurde, welches unter der Leitung des Wander-Pastors Martin Urban steht und von dem „Missionsverband für das südliche Europa“ unterstützt wird.

In dem Prospekt dieses neuen Missionsseminars, welcher gegenwärtig zur Versendung gelangt, ist von einer wissenschaftlichen Heranbildung keine Rede. Nicht Theologen sollen herangebildet werden, sondern „Evangelisten“ nach Art der Berliner Stadtmissionare. Dies erhellt schon daraus, daß die Zeit der Ausbildung nur auf ein halbes Jahr bemessen ist, und daß bei der Aufnahme auf Schulbildung und Fähigkeiten kein besonderer Nachdruck gelegt wird.

Man muß abwarten, ob es den Kattowitzer Missionaren gelingen wird, die Slaven zu „befehren“. Es ist nur auffällig, daß man für die Missionsarbeit unter den Slaven weniger gebildete Leute verwenden will, als in den romanischen Ländern.

Daß die Arbeit nach dieser Richtung unter dem polnischen Volke schon lange begonnen worden ist, wurde uns schon von vielen Seiten mitgeteilt, und es wurden uns sogar verschiedene evangelische Flugblätter übersandt. Wie wir uns überzeugt haben, sind diese in so schlechtem Polnisch geschrieben, daß man sie nicht verstehen kann. Wir wissen, wie groß die Anhänglichkeit des polnischen Volkes zur katholischen Religion ist, und darum fürchten wir nicht, daß diese Missionsarbeit hierzulande irgendwelchen Erfolg haben sollte. Allein um unsere Landsleute, die in allen Provinzen des deutschen Reiches zerstreut sind, müssen wir mit Recht besorgt sein. Aus politischen Gründen ist die Seelsorge in der Fremde fast überall unzureichend, insbesondere beklagen sich unsere Brüder über den Mangel an polnischen Geistlichen und polnischen Andachten. In anbetracht dessen ist es nicht ausgeschlossen, daß manche von diesen evangelischen Missionaren, welche die polnische Sprache beherrschen, bei unsern Brüdern Gehör finden und wenn auch nicht einen Abfall vom Glauben der Väter, so doch wenigstens eine große und unangenehme Verwirrung verursachen werden.

Manche katholischen Geistlichen hier, wie vor allem in der Fremde, glauben, daß sie außer auf die Seel-

sorge vornehmlich darauf bedacht sein müßten, daß sich dieses polnische Volk möglichst schnell germanisiere. Die Unverständigen! Sie vergessen, daß der Mensch, der aufgehört hat, Sprache und Gebräuche der Väter zu achten, ebenso aufhört, deren Glauben zu achten. Es ist noch nicht vorgekommen, daß ein Pole in der Fremde, der seine Muttersprache geliebt hat, den katholischen Glauben verworfen hätte, dagegen sind Fälle, daß germanisierte Polen Lutheranerinnen geheiratet haben und ihre Kinder in der evangelischen Religion erziehen, sehr häufig. Solche Beispiele brauchen wir aber nicht unter dem Arbeitervolke zu suchen, denn wir haben deren genug unter dem germanisierten Adel und unter der polnischen Intelligenz.

Aus Nr. 72 des Polak (Kattowitz)

vom 10. Oktober 1905:

Zaborze-Poremba.

Brüder, Arbeiter!

Ich wende mich an euch und teile euch mit, daß mir am 5. d. Mts. die Arbeit gekündigt wurde; der Grund wurde mir nicht angegeben, aber es ist selbstverständlich, daß ich ihnen unbequem war; denn als Vertrauensmann im Georgs-Schacht verlangte ich, wovüber schon lange deutsche Zeitungen schrieben, daß wir hier gutes Wasser, gute Luft und gute Löhne hätten.

Nun ist das Urteil ergangen, mich aufs Pflaster zu werfen und meine Familie verhungern zu lassen, ich glaube aber an ein solches Urteil nicht, denn ich müßte das Urteil fällen, weil mir nicht die Grube das Amt eines Vertrauensmanns verliehen hat, sondern ich.

Brüder, Arbeiter! Am 19. September hatte ich Termin in der Berginspektion vor dem Herrn Inspektor Broncel, und zwar wegen von mir an Zeitungen gemachten Mitteilungen über die Beratungen in den Sitzungen der Vertrauensmänner. Es wurde mir gesagt, daß früher niemand die Arbeiter davon in Kenntnis gesetzt habe, und es sei gut gewesen, so daß man dies auch jetzt nicht haben wolle. Brüder, Arbeiter! Wenn ihr einen anderen an meine Stelle wählen werdet, so wählt keinen Feigling. Ferner hielt mir der Inspektor vor, ich hätte in Pawlowo bei Herrn Posilek das Wort ergriffen, ich hätte dort zu Gunsten der Arbeiter gesprochen und in meiner Ansprache den Abgeordneten Korfanty als Abgeordneten empfohlen. Auch fragte er mich, welcher Partei ich angehöre. Ich antwortete ihm, daß ich keiner Partei angehöre, nur ein Abtrünniger könne sich zu einer Partei zählen. Ferner fragte er, welche Politik ich unterstütze. Ich erwiderte: Diejenige, welche billig und gerecht sei. Er suchte mir einzureden, daß ich Großpole sei, worauf ich ihm entgegnete, daß ich kein Groß- sondern ein Kleinpole sei, daß ich ein geborener, aber deutsch erzogener Pole sei. Er antwortete mir, solche Leute könnten sie nicht gebrauchen, und ich werde in kurzem Kohlen ausgraben. Damit war der Termin beendet. Heute erfuhr ich von dem Herrn Obersteiger Babin, daß ich mir in 14 Tagen meine Papiere holen solle.

Ich wollte die Grubenverwaltung nicht belügen, sondern ich sagte die Wahrheit, und doch will man augenscheinlich in der Arbeit lieber Lügner, welche zwar Polen sind, aber deutsche Patrioten aus sich machen.

Arbeitervolk, erkenne deine Kraft, in deinem Arm ruht die Zukunft, strecke die Rechte aus, wähl, was dir lieb ist, die Rolle spielt nicht ein einziger, sondern die Menge.

Johann Pyka.

Wir wohlgesimte Blätter bitte ich um Wiederholung meiner Korrespondenz.

Aus Nr. 41 der Praca (Beuthen D.S.)

vom 10. Oktober 1905:

Ellguth bei Paruschowitz.

Schwierigkeiten.

Sonntag, den 1. Oktober d. J., berief der Verband gegenseitiger Hilfe eine Arbeiterversammlung nach dem Saale des Herrn Mojze ein. Dieser Saal wurde vor mehr als zwei Jahren umgebaut, durch die Polizei (Herrn Schweisfurth) abgenommen und für geeignet befunden.

Die Versammlung war auf den Namen des Herrn Wieczorek aus Myslowitz angemeldet. Unmittelbar nach der Anmeldung teilte der Herr Amtsvorsteher mit, daß er die Abhaltung der Versammlung nicht erlauben werde, weil die beiden Saaltüren nicht nach außen, sondern in den Korridor führten. Wenn in der Versammlung betrunkene oder angetrunkene Menschen anwesend wären, wie dies bei Hochzeiten oder in Versammlungen von „ferajnen“ vorzukommen pflegt, so könnte man es verstehen, daß den Leuten im Falle einer Feuersbrunst ein Unglück zustoßen könnte. Denn der Alkohol raubt Verstand und Überlegung; sobald also jemand ausriefe „Feuer“ oder „es brennt“, dann würden sicherlich alle auf einmal hinausgelangen wollen, und zwar durch eine Tür, wodurch ein Gedränge entstehen würde, in welchem mancher zu Boden geworfen werde, Hände und Füße brechen, oder sogar zertreten werden könnte.

Wir Arbeiter aber ermuntern uns doch gegenseitig zur Enthaltensamkeit, und wir wollen nicht trunken sein. Um uns brauchte also keine Besorgnis zu befehen. Eher ließe sich ein Unglück während eines Tanzvergnügens usw. befürchten, und dazu pflegte doch die Polizei die Erlaubnis zu erteilen.

Allein die Polizei in Paruschowitz ist auf das Wohl der polnischen Arbeiter, die Versammlungen abhalten wollen, sehr bedacht, und sie befürchtet, es könnte während der Versammlung ein Unglück geschehen. Darum erteilt sie keine Erlaubnis zur Veranstaltung von Versammlungen.

Meines Erachtens freilich täte die löbliche Polizei besser, wenn sie noch besser denjenigen auf die Finger sähe, die zum mindesten die moralische Verantwortung für die zahlreichen Unglücksfälle in den Fabriken von Paruschowitz tragen. Möge sie dort noch mehr Sicherheitsmaßregeln anordnen, als ihrer vorhanden sind, denn diese Unglücksfälle erscheinen mir zu zahlreich, wie z. B. die Verluste von Fingern und Zehen, die Zerschmetterung von Knochen. Brüder! Gibt es denn zu wenig Krüppel?

Die Polizei hat ferner den Verbandskassierer in Orzupowice (?) in Kenntnis gesetzt, daß eine Versammlung nicht stattfinden werde; sie maß den Saal aus, sprach beim Gastwirt vor, bis dieser erklärte, daß er den Saal nicht hergeben werde. Da er aber einen Vertrag unterschrieben hatte, willigte er in die Überlassung des Saales ein. Nichtsdestoweniger wurde in der ganzen Umgegend erzählt, daß die Versammlung nicht stattfinden werde. Infolgedessen fanden sich nur 60 Personen ein. Der Einberufer der Versammlung Herr W. erschien und nahm wahr, daß vier Polizeibeamte zugegen gewesen seien, und zwar Herr Lubowski, die Gendarmen Nickel und Hampel und ein Polizist.

Der Wirt war verreist. Der Einberufer Herr W. fragte den Gendarmen, weshalb dieser Saal zu Versammlungszwecken ungeeignet sein soll. Der Gendarm antwortete, W. wisse dies ebenso gut wie er. Hierauf erklärte Herr W.: Ich halte den Saal für geeignet. Der Gendarm eröffnete, er werde Herrn W. in den Saal nicht hineinlassen, und im Falle des Widerstands

werde er strenge Maßregeln ergreifen. Wofür? — Wegen Auflehnung gegen die Staatsgewalt.

Es war kaum erlaubt, im Schanklokal den Leuten zu erklären, daß sie sich zerstreuen sollen. Das geschah auch.

So werden wir Arbeiter im preussischen Staate behandelt, der sich den Staat der Gerechtigkeit und der Furcht Gottes nennt.

Brüder, Leser! Lassen wir den Mut nicht sinken! Lassen wir uns nicht von unserem bösen Geschick überwältigen, sondern agitieren wir eifrig zu Gunsten des Beuthener „Verbandes.“

Vorwärts zur Agitation, bis alle Mitglieder aus Paruschowitz Verbandsmitglieder sein werden.

Aus Nr. 117 der Gazeta Katolicka (Königshütte)
vom 5. Oktober 1905:

Herr Pfarrer Skowronek aus Boguschiez verteidigt die Sprache des polnischen Volkes.

Alle Polen in Deutschland beklagen sich seit Jahren über die Bedrückung der Muttersprache des polnischen Volkes durch die Regierung. Diese zur Zeit des Kulturkampfes begonnene Drangsalierung der polnischen Sprache hat nicht aufgehört, sondern sie wird systematisch fortgesetzt, und in den letzten Jahren haben sich die Hatzisten und Genossen dazu entschlossen, das polnische Element rücksichtslos auszurotten, ihm eins der größten idealen Güter zu entreißen, d. i. die Muttersprache der Polen auszurotten. Dieser Kampf, in welchen das ganze polnische Volk, mithin auch das oberschlesische, hineingezogen wurde, ist furchtbar, denn wenn diesem Volke die Muttersprache geraubt wird, so wird seinem Herzen auch der Glaube entrißen. In Anbetracht dessen ist es Pflicht des polnischen Volkes, sich zu verteidigen. Wenn aber jemand die Verwüstung sieht, welche die Germanisierung des polnischen Volkes in der katholischen Kirche bei uns anrichtet, so ist es die katholische Geistlichkeit. Sie sieht, wie unser junges Geschlecht, dessen Herzen die Grundsätze des Glaubens nicht in der Sprache des Herzens, in der Muttersprache eingeprägt werden, für den Glauben immer gleichgültiger wird und verwildert. Daher ermahnte stets und ermahnt fortwährend die Geistlichkeit die polnischen Eltern, ihre Kinder polnisch lesen und schreiben zu lehren, damit auf diese Weise die Grundsätze unseres heiligen Glaubens zu ihren Herzen Zutritt hätten.

Die an die polnischen Mütter gerichtete Mahnung, die Kinder polnisch lesen und schreiben zu lehren, brachte dem Geistlichen Ludwig Skowronek, Pfarrer in Boguschiez, einen Prozeß im Verwaltungsstreitverfahren ein. Pfarrer Skowronek ist Verfasser des Gebetbuches „Der Weg zum Himmel.“ Da Pfarrer Skowronek in diesem Gebetbuche die Mütter ermahnt, ihre Kinder polnisch lesen und schreiben zu lehren, hat der Bezirksausschuß in Oppeln einem Buchhändler den Gewerbechein zum Verkauf dieses Büchleins im Hausierhandel verweigert, d. h. mit anderem Wort, er hat den Verkauf dieses Büchleins verboten; denn — hört! — dieses Gebetbuch könnte angeblich in religiöser Hinsicht Ärgernis erregen. Pfarrer Skowronek hat gegen dieses Verbot die Klage erhoben und den Prozeß gewonnen; bei der Verurteilung des Urteils bemerkte der Regierungspräsident Herr Holtz, daß Pfarrer Skowronek diese Ermahnung an die polnischen Mütter hätte unterlassen sollen. Darauf erteilt Pfarrer Skowronek dem Regierungspräsidenten in der Breslauer „Schlesischen Volkszeitung“ eine gebührende Abfertigung. Bevor wir diese Abfertigung wiedergeben,

wollen wir darauf hinweisen, daß Herr Pfarrer Skowronek, welcher offen und mutig vor aller Welt die Muttersprache des polnischen Volkes in Schutz genommen hat, von den radikalen Blättern als Hatzist und Germanisator, als Feind des polnischen Volkes verschrien wurde! Sogar in letzter Zeit wurde ihm von gewisser Seite der Vorwurf gemacht, daß er anlässlich der Umtaufe des Ortsnamens Mala Dabrowka eine feierliche Andacht für die Hatzisten abgehalten habe, was eine Lüge ist!

Hören wir jetzt, wie sich Pfarrer Skowronek mit dem Herrn Regierungspräsidenten Holz auseinander-gesetzt hat.

(Nach Wiedergabe des einschlägigen Artikels aus der Schlesischen Volkszeitung schließt die Gazeta Katolicka wie folgt:)

Wir fragen jetzt:

Verteidigt die Muttersprache des polnischen Volkes so mutig und offen ein Hatzist, ein Germanisator, ein Feind des polnischen Volkes?

Dem Pfarrer Skowronek gebührt Ehre und Achtung für seinen Bürgermut, mit welchem er dem Regierungspräsidenten öffentlich die Wahrheit ins Gesicht gesagt hat, indem er ihm das Unrecht vorhielt, welches dem polnischen Volke unablässig dadurch zugefügt wird, daß ihm die Muttersprache, eins seiner größten idealen Güter, entzissen wird.

Und das, was Pfarrer Skowronek dem Regierungspräsidenten gesagt hat, unterschreibt die Gesamtheit unserer Geistlichkeit.

Oberschlesisches Volk! Glaube es also nicht, daß dich die Geistlichkeit verrät und daß sie dich der Muttersprache beraubt, denn der Hochwürdige Herr Pfarrer Skowronek hat den Beweis geliefert, daß dies eine Lüge ist, daß die Geistlichkeit deinen von den Vätern ererbten Schatz, der deine Muttersprache ist, stets verteidigt hat und verteidigen wird, denn sie liebt dich und wünscht dein Wohl.

Aus Nr. 233 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 8. Oktober 1905:

Betrifft die polnische Volksbank in Kosel D.-S.

Ende September verließ Herr Dr. Trzebiatowski unsere Stadt, um sich Spezialstudien der Augenheilkunde zu widmen. Herr Dr. Trzebiatowski bekleidete in unserer Bank seit ihrer Gründung das Amt eines Direktors. Er erfüllte seine Pflichten gewissenhaft und ganz unentgeltlich, überdies aber gab er seine Wohnung als Banklokal her. Als er daher unsere Stadt verließ und das Amt des Direktors niederlegte, war es nicht leicht, seine Stelle zu ergänzen. Mit Rücksicht darauf, daß sich unsere Bank, wiewohl sie mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hat, als die Banken im Industriebezirk, langsam, aber günstig entwickelt, namentlich aber daß der Stand der Depositen beständig im Steigen begriffen ist, hat der Aufsichtsrat auf Antrag ihres Vorsitzenden Herrn Rechtsanwalt Dr. Seyda aus Kattowitz den einstimmigen Beschluß gefaßt, in der Kasernenstraße Nr. 38 ein eigenes Banklokal zu eröffnen und ein besoldetes Vorstandsmitglied zu ernennen, das sich von jetzt ab ständig im Banklokal während der Bureaustunden, d. i. von 8—12 Uhr Vormittags und von 2—4 Uhr Nachmittags aufhalten wird. Als besoldetes Mitglied wurde Herr A. Pionka aus Laurahütte gewählt. Ich habe die Hoffnung, daß die eingeführten Änderungen und die daraus für das Publikum entspringenden Bequemlichkeiten zur weiteren stetigen und günstigen Entwicklung der Bank beitragen werden. Sowohl im Aufsichtsrat wie im Vorstand befinden sich

fast ausschließlich Wirte aus der Nachbarschaft, welche mit den Verhältnissen und Bedürfnissen des Kreises Kosel und der Nachbarkreise vertraut sind. Unter unseren heutigen schwierigen Verhältnissen dürfen wir niemals der Lösung vergessen: Der Seinige zum Seinigen. Polnisches Geld sollte nur in einer polnischen Bank untergebracht werden. Wenn die Bürger des Kreises Kosel an diesem Wahlspruch festhalten werden, wird unsere Bank im Laufe der Zeit die Macht der hiesigen deutschen Genossenschaften erlangen. Darlehen gewährt unsere Bank zu einem Zinsfuß von 5 Prozent.

Ein Mitglied der Koseler Bank.

Aus Nr. 231 des Dziennik Slaski (Beuthen D.-S.)

vom 6. Oktober 1905:

Kosittnitz.

Ein Lehrer feiert hier sein 25jähriges Dienstjubiläum. Aus diesem Anlaß veranstalteten die Lehrer eine Sammlung, um dafür ein Geschenk für den Jubilar zu kaufen.

Die Sache ging jedoch nicht glatt von statten, denn der Schulze hat die Behörden benachrichtigt, daß die Lehrer eine unerlaubte Geldsammlung veranstaltet hätten. Infolgedessen zürnen die Lehrer dem Schulzen.

Uns erscheint die Sache völlig in Ordnung, denn eine Geldsammlung ohne behördliche Erlaubnis ist verboten, und der Schulze hatte gewissermaßen die Pflicht, die Behörde von dem Vorfall in Kenntnis zu setzen. Die Bürger mögen daher bei Geldspenden stets vorsichtig handeln.

Aus Nr. 231 des Glos Slaski (Gleiwitz)

vom 7. Oktober 1905:

Radzionkau.

Gelobt sei Jesus Christus!

In verflossener Woche nahm der hochwöbliche Gemeindevorstand in der Mehrzahl den Antrag des Gemeindevorstehers Wehner an, daß der Rathausaal den Protestanten alle zwei Wochen als Versaal überlassen werden solle. Unglaubliche Dinge sind das! Die im Gemeindevorstand sitzenden Katholiken sollen einigen Protestanten den Gefallen erweisen, daß diese sich nicht nach Beuthen oder Tarnowitz zu bemühen brauchen. Welch' ein Großmut!

Punkt II. Unser Dorf hat nahezu eine Viertel Million nicht in der Kasse . . . sondern Schulden, und dennoch traten einige Herren Gemeindevertreter samt dem Herrn Vater unseres Dorfes dafür ein, für unvorhergesehene Zwecke in der Nähe des Gemeindehauses einen Platz für 4500 Mk. anzukaufen, jedoch konnten mit Hilfe von zwei neuen Gemeindevertretern die Gelüste des Gemeindevorstehers abgelehnt werden.

Punkt III. Wahl der Schöffen. An Stelle des Herrn Aug. Letocha und seines Stellvertreters wurde der Besitzer Herr Martin Wrobarczyk und zu seinem Stellvertreter der Grubenaufseher Herr Fr. Muz, beide aus Radzionkau, gewählt. Es ist schade, daß Herr Aug. Letocha für das Amt gedankt hat und es von neuem nicht mehr annehmen wollte, denn er hat die Sache der Gemeinde wacker verteidigt, und er wäre — scheint es uns — später ein guter Gemeindevorsteher im Dorfe; aber auch dafür, was er getan, danken wir Bürger ihm.

Punkt IV. Nach städtischem Muster wird hier eine sogenannte „Driskrankenkasse“ für Kaufleute und

Handwerker gegründet werden, für die ein eigener Arzt angestellt werden soll, denn dem ansässigen Arzt wird dieses Recht nicht verliehen. Es wäre erwünscht, im Einverständnis mit einigen aufgeklärteren und wohlhabenderen Bürgern einen polnischen Arzt einzuführen.

Punkt V. Wegen Buchacz (?) und wegen eines Platzes an der Bäckerstraße, die zu dem sogenannten „Gutsbezirk“ gehört, wurde gefordert, daß diese Straße und die dort wohnenden Bürger der gemeinsamen, nicht der gräflichen Gemeinde zurückerwerblt werden möchten. Für diese Angelegenheit trat aber nur ein gewisser Teil ein, während der andere (gräfliche, nur aus Beamten bestehende) Teil dafür war, daß Buchacz von der Gemeinde an die Herrschaft abgetreten werde, und so kam jener Ausgleich nicht zu stande.

Punkt VI. Unsere Ortschaft besitzt einen ziemlich umfangreichen Weideplatz auf dem sogenannten Rochus und beim Viktor (?). Es gab noch mehr Weideplätze; teils aus Unerfahrenheit, teils aber auch, um sich dem Grafen gefällig zu erweisen, wurde ein Teil dem Grafen überlassen, während auf den übrigen Weideplätzen am Rochus Bäumchen veredelt wurden, und so ist als letzter der Weideplatz beim Viktor übrig geblieben. Dieser Weideplatz hat Herrn Behner so gefallen, daß er und ihm ähnliche den Wunsch aussprachen, diesen Platz als Turnplatz, wie auch als Spielplatz für die Schuljugend zu benützen. Für die deutschen Turner sollen wir also den Weideplatz unseres Rindviehs hergeben, auf welchem jeder Wirt oder Arbeiter eine Kuh oder Ziege weiden darf. Zum Glück kam die Sache nicht zu stande; der Antrag soll aber noch einmal wiederholt werden, und wehe euch, Bürger, wenn wir nicht unsere Pflicht tun und unsere Rechte nicht schützen werden.

Die Zeit der Neuwahlen rückt näher. Wir haben noch 5 Monate Frist, wir können es uns wohl überlegen und uns verständigen, was für neue Vertreter gewählt werden sollen. Nur solche sind zu wählen, welche denjenigen die Wahrheit sagen werden, die das angeht. Wenn wir charakterfeste Männer wählen werden, so wird auch unser Wille durchgesetzt werden.

Bis zu dieser Zeit wollen wir uns bemühen, die Gesinnung unserer Gemeindevertreter auszuforschen, besuchen wir fleißig die Gemeindeversammlungen, dann werden unsere Anstrengungen und Bemühungen auch gekrönt werden; bei der nächsten Wahl des Gemeindevorstehers aber wollen wir uns nicht in Versuchung führen lassen, die Wahl auf 12 Jahre zu vollziehen, selbst wenn man uns goldene Berge versprechen wollte.

Ein wachsender Bürger.

Aus Nr. 119 des Katolik (Beuthen D.=S.)

vom 10. Oktober 1905:

K a m m i n, Kreis Beuthen.

Raum ein Jahr ist verflossen, als unser hochwürdiger Herr Pfarrer den St. Josef-Arbeiterverein gegründet hat, und schon so viele solche drängen sich hinein, die den Verein langsam zu untergraben anfangen, um den ganzen Verein zu nichte zu machen.

Sicherlich wird man denken: Was für Leute sind es, die unsern Verein verfolgen, das sind gewiß irgend welche verblödete Deutsche! Indes sind die Feinde unseres Vereins unsere polnischen Brüder selbst, die anstatt dem Verein beizutreten, in die deutsche „Feuerwehr“ und in den „Jupillklub“ usw. eingetreten sind; und hier wollen sie so große Patrioten sein, daß sie der polnischen Sprache, dem polnischen Gottesdienste, mit einem Wort allem Polnischen entzagen wollen.

Mehrere solcher polnischen „Deutschen“ aus unserer Parochie haben den Verein angegriffen, sie haben den

Vereinsvorsitzenden Herrn Szeja bei dem Grubendirektor beschuldigt, er sei Pole, denn er verrichte zu Hause mit seinen Kindern das Gebet polnisch, er lese den Katolik usw.

Als der Herr Direktor (Wencel) von diesem gefährlichen Menschen Nachricht erhielt, fiel er sofort über ihn her! Es wurde ihm mit Entlassung aus der Grube gedroht.

Ob Herr Szeja wollte oder nicht, er mußte aus dem Verein austreten. Polnische Brüder, so sehen wir denn, wie uns Polen die Deutschen verfolgen. In unserer Parochie haben sie vor uns Polen Ruhe, sie gründen verschiedene deutsche „serajny“ und „klub“, sie ziehen Polen als Mitglieder hinein, sie haben eine germanisatorische Bibliothek, deutsche Andachten. Wie wohl diese Deutschen in unserer Parochie nur eine handvoll ausmachen, verfolgen wir sie nicht. Ihnen ist aber alles noch zu wenig; sie singen in unserem polnischen Dorfe „mein Vaterland muß größer sein“, und dennoch verfolgen sie uns.

Liebe Brüder, wir werden Sonntag, den 15. d. Mts. um 4 Uhr Nachmittags im Versammlungs-saale einen neuen Vorsitzenden wählen. Erscheinet zahlreich in der Versammlung, überredet eure Verwandten und Bekannten, sich als Mitglieder eintragen zu lassen, schicket am Sonntag eure Söhne in die Versammlung und heißt sie, sich als Mitglieder eintragen zu lassen.

Wir dürfen uns nicht unterkriegen lassen, wir dürfen nicht das Deutschtum fördern. Wenn uns unsere Feinde nicht in Ruhe lassen werden, werden wir ihnen gleiches mit gleichem vergelten müssen.

Mehrere Arbeiter.

Aus Nr. 119 des Katolik (Beuthen D.=S.)

vom 10. Oktober 1905:

K a r f bei Beuthen.

Die Regierung glaubt es nicht, daß für eine Kirche, die in Kars gebaut werden soll, ein Bedürfnis vorliegt. Wie man nämlich hört, zählt auf hohen Befehl schon seit 3 Sonntagen ein Polizist auf der Chaussee vor Michowitz diejenigen, die aus Kars die Kirche in Michowitz besuchen. Sollte die Regierung auf Grund dieser Berechnung eine Kirche in Kars für unnötig erachten wollen, so protestieren wir beizeiten gegen eine solche Behandlung der Sache, und wir bitten zu berücksichtigen, daß der größte Teil der Bewohner von Kars auf dem alten Wege in die Kirche geht, und diese sind von niemandem gezählt worden. Außerdem gibt es noch schwache, alte und kränkliche Leute, welche die Kirche nicht besuchen, weil sie weit zu gehen nicht im stande sind. Wenn die Kirche am Orte wäre, gingen viele von ihnen ebenfalls in die Kirche. Im übrigen sieht man, wie wenig sich die Regierung um den Bau einer katholischen Kirche kümmert. Bestehen bei ihr, wenn es sich um den Bau einer protestantischen Kirche handelt, hinsichtlich ihrer Notwendigkeit ebensoviel Zweifel? Der größeren Gewißheit wegen soll der Polizist am Sonntag die Kirchgänger noch einmal zählen.

Bürger aus Kars.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 232 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 10. Oktober 1905:

Die Straz in Berlin.

Diejenigen Kaufleute, Industriellen und selbstständigen Handwerker, welche den Wunsch hegen, durch unsere Informations-Bureau den Polen aus der Heimat empfohlen zu werden, welche in Berlin ihre Einkäufe besorgen, und die der breiteren Allgemeinheit deshalb noch nicht hinlänglich bekannt sind, weil sie in der Tätigkeit unserer Kolonie noch nicht größeren Anteil nehmen, wollen ihre Adressen an den unterzeichneten Vertrauensmann der Straz für Berlin und Brandenburg senden.

Gleichzeitig bemerken wir, daß ihre Firmen öffentlich nicht bekannt gegeben werden.

Jr. Krysiak

Vertrauensmann der Straz für Berlin und Brandenburg.

Aus Nr. 232 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 10. Oktober 1905:

Fürst Ferdinand Radziwill, der Vorsitzende der polnischen Fraktion im Deutschen Reichstage, hat als einziger Pole den Aufruf des von den deutschen Katholiken begründeten Komitees zur Abhaltung wissenschaftlicher Vorträge, die in Berlin in der Zeit vom Oktober d. Js. bis März n. Js. abgehalten werden sollen, unterzeichnet. Wir müssen zugeben, daß wir es lieber gesehen hätten, wenn der Vorsitzende der polnischen Fraktion sich mehr um das öffentliche Leben der Polen, insbesondere der polnischen Kolonie in Berlin, kümmern würde, umso mehr, als er Mitglied dieser Kolonie ist.

Aus Nr. 228 des Wielkopolanin (Posen)

vom 6. Oktober 1905:

Der Sokoltag in Winterswyk in Holland.

Einer der Teilnehmer am Sokoltag übermittelt uns folgende Beschreibung desselben:

Geehrte Kameraden und Brüder im Vaterlande! Gewiß ist euch Holland, wo man uns gestattet hat, einen Sokoltag abzuhalten, wenig bekannt. Dieser fand am 24. September d. Js. statt. Schon um $\frac{1}{2}$ 6 Uhr früh waren die Sokols aus allen Gegenden Rheinlands und Westfalens zur Stelle.

Als wir den preußischen Eisenbahnwagen verließen, umwehte uns die Atmosphäre der Freiheit, der Fahnenträger aus Barmen entfaltete sofort das Sokolbanner und wir marschierten nach dem für uns bestimmten Saal und frühstückten dort gemeinsam, nachdem Begrüßungsansprachen ausgetauscht waren. Nach dem Frühstück begannen die Geräteübungen, die vorzüglich ausfielen. Nach 8 Uhr vormittags marschierten wir nach dem Bahnhof, um die Genossen zu empfangen, die mit dem $\frac{1}{2}$ 9 Uhr-Zug ankamen. Nach Begrüßung derselben ging der Zug, mit Musik an der Spitze, nach dem vorerwähnten Saale. Nach einer Ruhepause begaben wir uns in die Kirche zum Gottesdienst. Man kann sich vorstellen, welch' ein Zug es war, wenn sich 500 Mann zu je 4 in einer Reihe aufstellten. Nach der Rückkehr von der Kirche setzten wir uns zum Mittagessen nieder, während dessen schöne und rührende An-

sprachen und Deklamationen gehalten wurden. Nach dem Mittagessen begannen die Geräteübungen unter großer Teilnahme der dortigen Bürger, der Reichen und der Armen, die mit ihrem Beifall nicht kargten. Nach den Geräteübungen begannen die Freiübungen. In diesen Übungen konnten sich die Holländer nicht satt sehen. Von dem X. Gau allein stellten sich hierzu, wenn ich nicht irre, 150 Genossen, wir lösten unsere Aufgabe gut und wurden durch allgemeinen Beifall belohnt. Darauf traten die Genossen des IX. Gaus in ebenso großer, wenn nicht noch größerer Anzahl auf und führten neue Figuren vor. Auch diese Abteilung löste vorzüglich ihre Aufgabe, weshalb auch bei ihnen mit Beifall nicht gekargt wurde. Diese zwei Freiübungen waren für die Holländer etwas Außergewöhnliches, besonders daß so viele Sokols sich nach den Klängen der Musik so schön entfalten und so schöne Figuren darstellen konnten. Nach den Freiübungen ergriff der Kamerad Kwiattowski aus Bochum das Wort und erklärte, daß er zu den Holländern sprechen wollte, jedoch mußte er dies in der sowohl uns als auch den Holländern so unangenehmen Sprache tun, da er nicht holländisch, die Holländer dagegen nicht polnisch verstanden.

Die Rede rührte uns und die Holländer bis zu Tränen. Er sprach von unserer doppelten Verbannung, er sprach von unserer Vergangenheit und unserem geliebten Vaterlande, er sprach von dem Unrecht, das uns angetan würde, er sprach so ergreifend und überzeugend, sodaß man sogar mit einem Herzen von Stein hätte weinen müssen. Nach Schluß seiner Ansprache brachte der Redner ein dreifaches Hoch auf Holland aus. Für die Ansprache wurde dem Redner durch andauernden Beifall gedankt. Darauf hielt der dortige Bürgermeister eine Ansprache und lobte uns, daß wir trotz einer derartigen Verfolgung fest an unseren nationalen Traditionen hielten, an unserm Glauben und an unserer Sprache, wünschte uns dann das beste Wohlergehen und schloß mit einem dreifachen Hochruf auf die Polen.

Nachdem der Beifall nachgelassen hatte, wandte sich Herr Kwiattowski an uns und hielt eine polnische Ansprache, in welcher anführte, daß von uns die Zukunft abhängt. Wenn wir weiter so wie bisher vorgehen würden, würde uns unser Herrgott nicht erlösen. Unser Herrgott ist langmütig, aber gerecht. Es wurde dann die Nationalhymne gesungen, welche von den Holländern mitgesungen wurde. Die Worte des geehrten Redners flößten uns Jünglingen Hoffnung und den Glauben an die Zukunft ein und wir werden diese Worte bis zum Tode nicht vergessen.

Es nahte die Zeit, in welcher ein Teil mit dem Zug 8 Uhr abends abreisen mußte, weshalb wir uns in Reihen aufstellten und die Abteilung mit Musik an der Spitze zum Bahnhof begleiteten. Vor der Musik marschierten 2 Gendarmen und Bürger, die Platz für den Zug schafften.

Nach der Abfahrt dieser Abteilung kehrten wir in den Festsaal zurück und amüsierten uns bis 4 Uhr früh. Bis 1 Uhr morgens konnten wir tanzen, denn der ganze Saal war voll holländischer Damen. Weil dort ein derartiges Gesetz besteht, mußten die Holländer nach 1 Uhr den Saal verlassen. Sie verließen uns mit Bedauern, drückten aber gleichzeitig die Erwartung aus, uns noch einmal zu sehen. Selbst die Kinder freuten sich, daß wir im Frühling wiederkehren würden, denn an einem Tage konnten sie sich nicht satt sehen an solchen behenden und zuvorkommenden Leuten.

Und welch' ein Wohlwollen bei den hiesigen Gendarmen. Dort kann man sagen, daß die Gendarmen

für die Leute da sind, nicht die Leute für die Gendarmen, dort geht es anders zu, wie im Lande der deutschen Kultur. Dort geht der Gendarm von einem zum andern und sagt ihm, daß er den Saal verlassen und nach Hause gehen müsse, da es dazu schon Zeit wäre. Er wiederholt dies zweimal und wenn dann einer nicht gehorcht, dann nimmt er ihn unter den Arm, spricht mit ihm, lacht und führt ihn bis zur Tür. Dieser geht dann nach Hause, während der Gendarm sich den zweiten holt und so führt er alle heraus, ohne Skandal, ohne Fluchen, ohne von seinem Säbel Gebrauch zu machen, wie dies im Lande der Kultur stattfindet.

So verging uns dieser schöne Tag voll Freude und Freiheit. **An diesem Tage konnte jeder seine Gedanken und die Schmerzen des Herzens aussprechen und frei aufatmen.** Man kann dreist sagen, daß es uns ein sehr teurer Tag war und zwar deshalb, weil wir in unserm ganzen Leben in Preußen noch nicht so viel Freiheit gehabt haben, wie in Holland an einem Tage. Die Holländer achteten nicht auf verleumderische Briefe, die unsere Feinde ihnen schrieben, und in denen die Polen als Anarchisten und Sozialisten hingestellt wurden, damit den Polen dort nur nicht die Erlaubnis zu dem Gantage erteilt würde, sie öffneten uns ihre Pforten und nahmen uns noch besser auf, als wir es jemals erwartet hatten. Hierfür möge ihnen gedankt sein. Wir werden dies nicht vergessen. Meinen Gruß ihr Landsleute.

Ant. B.

Aus Nr. 10 des Sokol (Posen)

vom 1. Oktober 1905:

Jahresbericht für die Zeit vom 26. Juni 1904 bis 27. August 1905.

Marten.

Zu Beginn des Jahres zählte unser Verein 28 Kameraden; es traten neu bei 17, infolge Nichtzahlung der Beiträge und Arbeitsstellenwechsels schieden aus 16, sodaß der Verein jetzt 30 Mitglieder zählt. Die Einnahme betrug 350,76 Mark, die Ausgabe 282,34 Mark, der Kassenbestand für das künftige Jahr demnach 68,41 Mark. Wir haben 12 Monats-, drei außerordentliche, eine Jahres- und eine Halbjahrsversammlung abgehalten; es nahmen an ihnen 25 bis 30 Mitglieder teil. In der Vierteljahrsversammlung ernannte der Verein den Turnwart Anton Janowski zum Ehrenmitglied. Vergnügen haben wir zwei abgehalten; bei dem ersten wurde ein Theaterstück, betitelt „Solcher mehr“ gespielt. Wir hatten ferner drei Abendunterhaltungen verbunden mit Gesang, Deklamationen und Referaten. Wir veranstalteten 16 Ausflüge zu Nachbarvereinen und einen außerordentlichen nach Wetter. 16 bis 20 Kameraden nahmen daran teil. Die Turnübungen finden an Sonn- und Festtagen statt; es erschienen dabei 18 bis 23 Kameraden. Den neuen Vorstand bilden im Sinne der neuen Sokolgesetze die Kameraden: Johann Matuszak, Vorsitzender, Michael Kubacki, Schriftführer, Johann Stachowiak, Schatzmeister und Anton Janowski, Turnwart. Dem Beirat gehören an: Johann Kujawa, Ignaz Jagodzinski, Josef Janowski, Peter Pastuszak, Franz Nowakowski und Franz Julezyk. Unser Verein abonniert 16 Exemplare des Sokol.

Johann Matuszak,
Vorsitzender.

M. Kubacki,
Schriftführer.

Alle den Verein betreffenden Briefe sind zu richten an den Kameraden Johann Matuszak, Despel 12, Kreis Dortmund.

Aus Nr. 10 des Sokol (Posen)

vom 1. Oktober 1905:

Ein neuer Verein in Freisenbruch

wurde nach ausführlicher Erläuterung der Zwecke und Aufgaben des Sokolvereins von den Kameraden Sozjakowski und Dobrowolski gegründet. Es traten ihm sofort 34 Kameraden bei, darunter 21 aktive Turner. In den Vorstand wurden gewählt: Bartholomäus Domagala, Vorsitzender, St. Giezel, Schriftführer, Franz Rusinek, Schatzmeister. In den Beirat wurden gewählt: St. Juzza, St. Celka, Johann Nowak und Mathias Smechtala. Es sind die besten Aussichten vorhanden, daß der Verein sich gut entwickeln wird, da eine verhältnismäßig ziemlich ansehnliche Zahl als Mitglieder beigetreten ist und offenbar Begeisterung herrschte. Dem neuen Verein wünschen wir eine recht günstige Entwicklung.

Aus Nr. 10 des Sokol (Posen)

vom 1. Oktober 1905:

Für die hungernden Brüder im Königreich Polen

haben ferner gespendet:

Der Sokol in Gerthe.....	18,50
" " " Gümigfeld	26,01
" " " Charlottenburg	40,—
vorher waren eingegangen	898,93

Summe.... 983,44

Nach Schließung der Beitragssammlung hatte uns noch eingesandt der Verein Weißensee 19,10 Mark von 20 Kameraden und aus der Vereinskasse. Wir haben den Betrag dem Wahlfonds für Schlesien überwiesen.

Indem wir den Spendern für die so reichlichen Spenden danken und versichern, daß kein Groschen von obiger Summe durch die Hände moskowitzischer Faktoren gegangen ist, sondern daß tatsächlich unsre hungernden und unglücklichen Brüder jenseits der Grenze die Spenden erhalten haben, schließen wir hiermit die Sammlung.

Das Redaktionskomitee.

Alle Spenden, die das polnische Sokoltum noch sammeln und bis zum 12. Oktober d. J. einsenden sollte, werden wir dem Wahlfonds für Schlesien zuweisen, wo unser Kamerad Abgeordneter Adalbert Korfanty mit den Zentrumsleuten und Sozialisten um das einzige nationale Abgeordnetenmandat kämpft. Zu Spenden für diesen Zweck regen wir warm an. Die Zeit drängt!

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 226 der Nowa Reforma (Krakau)

vom 4. Oktober 1905:

Im Interesse der nationalen Sache.

Die Ergänzungswahlen zum deutschen Reichstage in dem Wahlkreise Kattowitz-Zabrze in Oberschlesien werden in 8 Tagen, am 12. d. Mts. stattfinden. Die Lage in diesem Wahlbezirk gestaltet sich indes für uns immer ungünstiger, infolgedessen schwindet die Hoffnung auf die Durchbringung des polnischen Kandidaten immer mehr.

Auf die verschiedenen ungünstigen Erscheinungen und Verhältnisse bei der Wahlagitatio auf polnischer Seite in diesem Wahlbezirk haben wir wiederholt schon aufmerksam gemacht, indem wir gleichzeitig zu deren noch rechtzeitiger Beseitigung aufforderten. Wir wiesen auf die geradezu unglückliche Kampfstattik des Korfantijschen Organs gegen eine andere Oppositionspartei in diesem Wahlbezirk hin, welche bei der vor zwei Jahren stattgefundenen Wahl dem p. Korfanti zum Siege verhalf, nämlich gegen die sozialdemokratische Partei. Ob das Organ glaubt, daß es mit seiner Polemik die Reihen dieser Partei lichten werde? In diesem Falle wird es sicherlich unangenehm enttäuscht werden. Selbst wenn das Blatt es zuwege bringen sollte, ihr eine gewisse Anzahl von Stimmen zu nehmen, so würde der große Rest immer noch genügen, der gegnerischen Partei den Sieg zu sichern, was die sozialdemokratische Partei auch offen ankündigt.

Das Organ des p. Korfanti könnte nur in dem Falle die Hilfe von dieser Seite zurückweisen, wenn er die Gewißheit hätte, daß alle polnischen Wähler, welche dem sozialdemokratischen Lager nicht angehören, einmütig und geschlossen für den national-polnischen Kandidaten stimmen werden. Die Zahl dieser Wähler nämlich ist in dem erwähnten Wahlkreise so groß, daß sie der polnischen Partei dreist sogar einen glänzenden Sieg sichern kann. Eine Gewißheit aber dafür, daß sie alle dem Rufe des polnischen Wahlkomitees folgen werden, haben wir bis jetzt nicht, im Gegenteil, es steht beinahe fest, daß ein großer Teil von ihnen für den Zentrumskandidaten, Pfarrer Kapiża, stimmen werde.

Die Schuld an dieser unglückseligen Zersplitterung trifft nicht mehr das Organ des Herrn Korfanti, sondern ausschließlich wieder das älteste polnische Blatt in Schlesien, den Katolik in Bentzen und dessen Verleger, den Redakteur Napieralski. Nichts halfen alle Ermahnungen und Beschwörungen der polnischen Gesamtpresse, der Verleger des Katolik verzichtete nicht auf seinen rein persönlichen Antagonismus gegen den Abgeordneten Korfanti, er fügte sich nicht der Rationalpflicht. Der Katolik veröffentlicht zwar die Aufrufe des polnischen Wahlkomitees für die Kandidatur des Korfanti, er unterstützt sie jedoch seinerseits auch nicht mit einem Worte. Den letzten Aufruf aber versah er mit folgendem Zusatz:

„Lediglich und ausschließlich mit Rücksicht auf die Parteidisziplin bringen wir den Aufruf, indem wir ausdrücklich hervorheben, daß dessen Inhalt unsere Überzeugung in dieser Sache in nichts ändert und daß wir persönlich die Ansichten des Zentralkomitees nicht teilen. Wir behalten uns das Recht der Kritik dieses Aufrufs zu geeigneter Zeit vor.“

Nicht genug damit. Bereits vor einigen Wochen wiederholten wir nach einem Posener Blatte die Nachricht, daß es unter der Führung des Katolik zu einer politischen, fast einem nationalen Verrat gleichkommenden Wendung in Oberschlesien kommen könne. Es fand dort damals eine vertrauliche Versammlung der Agitatoren der Zentrumsparthei mit hervorragenden Anhängern des Katolik statt, und in dieser Versammlung wurde ein Kompromiß geschlossen, dahin lautend, daß in Zukunft die Anzahl der Reichstagsmandate in den polnischen Wahlbezirken Schlesiens unter das Zentrum und die Polen geteilt werden solle, beide Parteien sich unterstützen sollten, daß aber die auf Grund dieses Kompromisses gewählten Polen sich dem Zentrum, also einer deutschen Partei, anschließen sollten. Im ersten Augenblick wurde an der Glaubwürdigkeit der Nachricht gezwweifelt — vor einer Woche jedoch hat sie der Katolik selbst bestätigt — wobei er ein derartiges Kompromiß als ein sehr nützlich, ja fast notwendiges

anerkannte und nur bedauerte, daß er infolge der vorzeitigen Bekanntgabe dieses großen politischen Geheimnisses Schwierigkeiten begegnet sei.

Mit aufrichtigem Bedauern muß hier hervorgehoben werden, daß diese Ansicht des Katolik noch ein anderes älteres polnisches Blatt in Schlesien, die Gazeta Opolska des Redakteurs Korajzewski unterstützt, welches früher eine so deutlich nationale Stellung einnahm. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieses im Entstehen befindliche Kompromiß sich in erster Linie gegen die Kandidatur des Abgeordneten Korfanti wendet und daß, wenn es auch am Wahltage nur ein Projekt sein würde, es sich uns schon bei dem Wahlkampfe unangenehm und nachteilig fühlbar machen wird. Unter der Losung dieser künftigen „Einigkeit“ werden sich nämlich alle minder sicheren Elemente in dem polnischen Lager auf die Seite des Zentrumskandidaten, Pfarrer Kapiża stellen.

Angeichts dessen wurde bereits im Nationallager der Gedanke erwogen, den Abgeordneten Korfanti zu bewegen, daß er auf seine Kandidatur verzichte und an seine Stelle einen anderen nationalen Kandidaten aufzustellen, welcher nicht die persönliche Abneigung der Verleger des Katolik und der Gazeta Opolska gegen sich hätte. Diesen Gedanken hat man jedoch, und zwar mit Recht, aufgegeben, denn er würde ein zu großes Zugeständnis für die persönlichen Rücksichten in einer Angelegenheit sein, in welcher lediglich die Rationalpflicht maßgebend sein müßte.

Was jedoch das in Aussicht gestellte Kompromiß anbelangt, so muß es als das größte nationale Unglück, welches diesen polnischen Landesteil treffen kann, betrachtet werden. Es würde mit einem Schlage die mit so vieler Mühe erkämpfte national-polnische Wahlorganisation vernichten, eine neue Begriffsverwirrung unter dem Volke hervorrufen und nur die Reihen der nationalen Renegaten vermehren. Es würde geradezu einen freiwilligen Rückzug von der eroberten Stellung, eine in Zukunft schwerlich wieder gutzumachende Niederlage bedeuten. Die aufgrund dieses Kompromisses gewählten Abgeordneten könnten als Abgeordnete der deutschen Zentrumsparthei nicht die gehörige nationale Tätigkeit in Berlin entwickeln — denn es würden sicherlich Leute von ähnlichen Abgeordneten- und nationalen Fähigkeiten sein, wie der arme Bergarbeiter Krolk aus Bentzen, welchen der Katolik schon vor zwei Jahren in dieser Weise zum Abgeordneten machte und welcher für die nationale Bewegung eine vollständige Null ist. Andere polnische Kandidaten würde ja das Zentrum in seine Mitte nicht aufnehmen.

Wird es nun dort wirklich zu dem unglückseligen Kompromisse kommen? Alles spricht dafür, daß der Bentzener Katolik die Kandidatur Korfanti zum Falle bringen will, um durch das angebliche Fiasko der extrem-nationalen Bewegung die Notwendigkeit des Kompromisses umsomehr beweisen zu können. Wir wenden uns deshalb im letzten Augenblick nochmals an das Rationalgefühl der „Katolik-Partei“. Im Namen der nationalen Sache fordern wir geradezu von ihm — eine nationale Taktik und Aktion am 12. d. Mts. —

* * *

In dieser Angelegenheit bemerkt das Lemberger Slowo Polskie in seiner Nr. 459 vom 3. Oktober d. J. folgendes: „In dem Dziennik Slonski (welcher gleichfalls im Verlage des Katolik erscheint) lesen wir, daß die Redaktion Korfanti nicht empfehlen könne, weil sich dies mit ihrer Überzeugung nicht decke, ohne Überzeugung loben könnten aber nur Leute ohne Charakter.“

Das Verhalten des Herrn Napieralski vor zwei Jahren, als ganz Polen mit der größten Aufmerksamkeit dem Wahlkampfe in Schlesien folgte, ließ sich schwer rechtfertigen. Gegenwärtig jedoch ist sein Verhalten geradezu empörend. Die Befugnisse des Wahlkomitees hat er aus freien Stücken anerkannt, jetzt aber tut er alles, was er kann, um seine Leser dem Korfanty abwendig zu machen und, was noch trauriger ist, ihn trifft nicht einmal die allgemeine Verurteilung seitens der polnischen Presse. Die versöhnlich-konservativen Organe verhehlen ihre Sympathie für Herrn Napieralski keineswegs.

Mögen die Wahlen ausfallen wie sie wollen, die polnische Allgemeinheit darf nicht vergessen, wer die nationale Solidarität bricht, wer sich der höchsten polnischen Wahlbehörde nicht unterwirft, wer die verderbliche nationale Querköpfigkeit betreibt.

Rus Nr. 221 des Czas (Krakau)

vom 28. September 1905:

Grausamkeiten in den deutschen Siedelungen.

Der Name des Generals v. Trotha wird in Deutsch-Afrika immer bekannter und die Blätter bringen jaft alle Tage neue Nachrichten von den schrecklichen Mitteln, welche von ihm zur Unterdrückung des Eingeborenen-Aufstandes und zur Beruhigung der dortigen Bevölkerung angewendet werden. Der Kapstädter Arguas bringt schreckliche Einzelheiten über die von den deutschen Soldaten in Süd- und Westafrika begangenen Grausamkeiten. Nach diesem Bericht worden die Soldaten des Generals v. Trotha Frauen und Kinder, hängen jeden Neger, welcher in ihre Hände fällt, auf usw. General v. Trotha soll einen Befehl erlassen haben, verwundete Neger, sowohl Frauen als auch Männer, nicht der ärztlichen Pflege zu übergeben, sondern ihnen den Garau zu machen!

Rus Nr. 452 des Slowo Polskie (Lemberg)

vom 28. September 1905:

Rußlands auswärtige Politik.

Ungeheueres Aufsehen erregte in den diplomatischen Kreisen ein Redaktionsartikel des Petersburger Slowo über die marokkanische Frage. Der Artikel war direkt gegen die Zeitschrift Rus gerichtet, welche die Regierung aufforderte, äußere Beweise dafür zu liefern, daß das russisch-französische Bündnis nicht aufgehört habe, den Lebensfaktor in der europäischen Politik zu bilden; zu diesem Zwecke müßte Rußland möglichst kräftig Frankreich unterstützen. Slowo, welches das Organ des Großfürsten Alexander Michalowicz ist, erklärt, Rußlands Hauptinteresse sei, Deutschland in Marokko zu unterstützen, ihm zur Erwerbung oder Eroberung einer kräftigen wirtschaftlich-politischen Basis im Atlantischen Ozean, an der marokkanischen Küste zu verhelfen. Das Petersburger Blatt sieht, daß die deutsche Politik Frankreich gegenüber ausschließlich gegen England gerichtet ist. Das russisch-französische Bündnis bezieht sich lediglich auf europäische Angelegenheiten, wie dies sowohl Tschioda, als auch der letzte Krieg bewiesen haben, das unbestrittene eigene Interesse aber zwingt Rußland, Deutschland in jeder Weise in den Kolonialangelegenheiten im allgemeinen, im besonderen aber in der marokkanischen Frage zu unterstützen.

Es ist merkwürdig, daß das Slowo nur Kiantchou, Marokko und Südafrika als das Gebiet

deutschen Ehrgeizes aufführt, also die Türkei ausläßt; daß es auch nicht aufklärt, in welcher Weise Rußland die deutsche Diplomatie, wozu sich bald, während der internationalen Konferenz in Algésiras Gelegenheit bieten wird, unterstützen, gleichzeitig aber den Bedingungen und Vorbehalten des Bündnisses mit Frankreich treu bleiben soll.

Dieser Artikel des Slowo macht z. Bt. einen um so größeren Eindruck, als es bekannt wurde, daß Witte eine zweistündige Unterredung mit dem Fürsten Radolin und Dr. Rosen hatte und demnächst seine Reise nach Rominten ankündigte. Wir erinnern gleichzeitig daran, was uns vor einigen Tagen die Telegramme über dessen Unterredungen mit Zeitungsberichterstatern brachten, mit welchem er fortwährend von der zunehmenden deutschen Freundschaft mit Rußland und von der Erhaltung der französischen Freundschaft „in status quo“, endlich von der unsympathischen Haltung eines Teiles der französischen Presse dem Zarentum gegenüber sprach. Das Hinweisen auf Deutschland, als auf den Freund in schwerer Not, macht in diplomatischen Kreisen den Eindruck, als wollte man in Petersburg den engeren Zusammenschluß der Freundschaftsbände mit Berlin und deren Lockerung mit — Paris andeuten Die Regierungspolitik Rußlands steht bis jetzt im Widerspruch zu der Tendenz des Petersburger Slowo. So lange der Krieg dauerte, konnte Rußland die Stellung Frankreichs nicht aktiv unterstützen, hat sich jedoch mit der internationalen Konferenz unter den gleichen Bedingungen, wie England, einverstanden erklärt. Daraus erhellt, daß Deutschland in der marokkanischen Frage absolut isoliert dasteht.

Und doch fängt die Now. Wremia, welche noch bis vor kurzem verblissen antideutsch war, jetzt an, eine geradezu entgegengesetzte Richtung zu zeigen, obwohl sie sich gegen ein angesehenes englisches Blatt (Spektator), welches sich am vergangenen Freitag in sarkastischer Weise dahin äußerte, daß sich das Organ Emporins besonderer Rücksichten der deutschen Botschaft an der Rewa erfreue, mit Entrüstung wendet . . .

Rus Nr. 223 der Nowa Reforma (Krakau)

vom 30. September 1905:

Der Kampf mit dem Deutschtum in den Grenzmarken Galiziens.

Biala, den 28. September 1905.

Wir berichteten vor einigen Tagen in einem aus Biala herrührenden Artikel über die Germanisierung polnischer Kinder in der vom deutschen „Schulverein“ unterhaltenen deutschen Schule und über die Beseitigung eines Hilfsgeistlichen seitens des fürstbischöflichen Konsistoriums in Krakau, der den Kindern den Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilen sollte. Die Sache nahm jetzt einen politischen Charakter an und machte die Presse mobil.

Der „Schulverein“ droht in den deutschen Blättern dem Krakauer Konsistorium und dem Landes-Schulkollegium, daß er entsprechende Schritte gegen die polnisch-klerikale Vergewaltigung unternehmen werde, wobei er die folgende cynische, zugleich aber erzdumme Stelle anführt: „Der gegen das Kunzendorfer Deutschtum gerichtete Angriff fällt schließlich auf eine gewisse Anzahl polnischer Industrie-Arbeiter zurück, welche durch die deutsche Erziehung ihrer Kinder diesen eine bessere wirtschaftliche Zukunft bereiten wollten und nun lediglich darüber werden nachdenken können, weshalb gerade die katholische Kirche sie auf einer niedrigen

Bildungsstufe erhalten will, indem sie ihre Kinder daran hindert, die deutsche Schule zu besuchen."

Es handelt sich also um polnische Kinder, welchen die Schätze der deutschen Kultur mit Hilfe des in einer unverständlichen Sprache erteilten Religionsunterrichts geöffnet werden sollen. Dies ist eine vollständig preussische Taktik, eine Art Breichen, auf galizischem, polnischem Boden betrieben. Deutscher Übermut und deutsche Frechheit feiern wahre Orgien, was lediglich bei unserer Tölperei und Unbeholfenheit möglich ist, welche gestattet, daß das Bialer Deutschtum unsichgreift und daß die polnische Bevölkerung sich sogar germanisiert. Diese Germanisierung galizischer Grenzgebiete ist für uns eine große Schande und es ist wahrlich die höchste Zeit, daß wir der deutschen Hydra den Kopf abreißen. Soll das eine polnische Regierung in Galizien sein, die da nicht nur mit verschränkten Armen träge zusieht, wie die frechen Deutschen in Biala-Bielsk die erzpölnische Bevölkerung germanisieren, sondern auch in einzelnen Fällen die Germanisierung selbst fördert! Es genügt in dieser Hinsicht, sich auf die Tatsache zu berufen, daß in der Volksschule in Wilamowice, in der ausschließlich polnisch unterrichtet wurde, unter den Augen des galizischen Landes-Schulkollegiums der Bialer Schulinspektor die deutsche Unterrichtssprache einführte, wobei besonders hervorzuheben werden muß, daß die Einwohner von Wilamowice sich dies durchaus nicht wünschten.

Es gibt wirklich Dinge, die an nationale Ableugnung grenzen. Sollen wir auf dieser schiefen Ebene weiter in den Abgrund stürzen?

Ich wende mich an die Nationalehre, welche es auf keinen Fall zulassen kann, daß Galizien germanisiert werde. Ich kann nicht annehmen, daß wir so schwach sein sollten, um nicht mit Erfolg dem frechen Ansturm der Biala-Bielsker Deutschen und des deutschen Schulvereins, sowie des Gustav-Adolf-Vereins, welche bis jetzt ungestört in den polnischen Landen Galiziens ihr Wesen trieben, Widerstand leisten zu können.

Aus Nr. 179 des Dziennik Milwaucki (Milwaukee)
vom 31. Juli 1905:

Betrifft die Revision der National-Schatzfonds.

Wie es allen, die sich für den Nationalchatz interessieren, bekannt ist, wird sowohl die Anstalt, als auch die Verwaltung ihrer Fonds alljährlich von Kontrolleuren revidiert, welche von verschiedenen, dem Nationalchatz wohlwollenden Organisationen ernannt werden. Zu derartigen Organisationen gehört auch unser Nationalverband, welcher alljährlich einen oder zwei Kontrolleure ernennt, und hierzu ihm bekannte Vertrauenspersonen in Polen wählt, denn die Kosten der Entsendung eines solchen Kontrolleurs aus Amerika würden zu groß sein. In diesem Jahre hat die Oberaufsichts-Kommission, indem sie von der Generalversammlung Kenntnis gab und um Kontrolleure bat, zu Händen des Zentralvorstandes des polnischen Nationalverbandes die Namen mehrerer Bürger übersandt, unter welchen die Wahl getroffen werden sollte.

Dieser Schritt der Oberaufsichts-Kommission mißfiel unseren Sozialisten in Amerika ungeheuer, und die ihnen ergebenen Blätter griffen in einer nur ihnen eigenen arroganten Weise die Kommission an, wobei der Vorwurf des „Despotismus“ zu den leichtesten gehörte.

In dieser Angelegenheit werden wir aus Europa von Freien, die sich für den Nationalchatz interessieren, um öffentliche Benachrichtigung der polnischen Auswanderer in den Vereinigten Staaten ersucht, daß hin-

sichtlich der Fähigkeiten der zu der Generalversammlung entsandten oder ernannten Kontrolleure die Oberaufsichts-Kommission sehr vorsichtig sein müsse.

Die Unvorsichtigkeit bei der Ernennung der Kontrolleure, für welche man nicht garantieren kann, würde dahin führen, daß sich unter sie Agenten der Teilungsmächte schmuggeln würden, um ihre Neugierde bezüglich des Aufbewahrungsortes des Nationalchatzes zu befriedigen. Die preussische Neugierde in dieser Hinsicht war eben die Veranlassung zur Entfernung des Nationalchatzes aus Rapperswil.

Echt preussische Neugierde verriet der Chicagoer Berichterstatter des Toledoer „Amerika“, indem er in den Spalten dieses Blattes die Vermutung aussprach, daß der Nationalchatz in der Privatbank von Pestalozzi in Zürich untergebracht sei.

Daß irgendein obskurer Berichterstatter den Grund der Vorsicht und die Bedeutung der Vermutung nicht versteht, darüber können wir uns nicht wundern; sehr merkwürdig aber ist es, wenn ein Redakteur oder Verleger es nicht einsieht, daß diese Neugierde angesichts der notwendigen Vorsicht nicht angebracht, die Vermutung dagegen eine Demunziation ist, welche für gewöhnlich als eine die menschliche Ehre verletzende Spionage gilt.

„Amerika“ will als ein Organ der öffentlichen Sittlichkeit gelten. In ihren Spalten sieht aber die Moral nicht sehr verlockend aus. —

Aus Nr. 449 des Dziennik Polski (Lemberg)

— Morgen-Ausgabe — vom 29. September 1905:

Nach Rußland — Deutschland!

Lemberg, den 28. September.

Im Schoße der deutschen Sozialdemokratie entstand in den letzten Jahren eine neue Strömung. Die Arbeiter dieses Lagers kamen zum großen Teil zu der Überzeugung, daß unsinnige Demonstrationen, Abenteuer und Marktschreiereien nur ein unnützes, zweckloses, aber gefährliches Spielzeug seien und daß den Zweck sozialistischer Organisationen ausschließlich der Kampf um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse bilden müßte. Zu dem Grundsatz bekennen sich namentlich alle zu Fachgruppen organisierten Arbeiter, in erster Linie aber die Bergarbeiter, deren Zahl in Deutschland eine Million beträgt. Sie wollen nicht demonstrativ den 1. Mai feiern und wollen von einer allgemeinen Arbeitseinstellung nichts hören.

Die von dieser angesehenen Gruppe eingenommene Stellung hat ihr immer mehr Anhänger erworben, so daß schließlich die Berliner sozialdemokratischen Anführer zu beunruhigen anfangen, welche Dank ihrer Verhezugungs- und Abenteuerpolitik auf den Schultern des Proletariats über das Niveau hinaus emporwuchsen. Sie beschloßen also, den Berufsorganisationen, als den Mittelpunkt der neuen, sogenannten revisionistischen Strömung, den Krieg zu erklären und sie haben ihre Absicht in dem diesjährigen Parteitage in Jena tatsächlich mit Erfolg durchgeführt. Der Veteran des brutalsten Nadau-Sozialismus, Bebel, versetzte in Jena dem Revisionismus den Todesstoß, sodaß heute, nach Beseitigung des revisionistischen Hemmschuhs die deutsche Sozialdemokratie mit vollen Segeln auf den Wogen der riskanten Gewalt- und Streikpolitik segelt.

Es handelte sich darum, ob erforderlichenfalls ein allgemeiner Streik in Deutschland veranstaltet und der 1. Mai gefeiert werden solle. Die aus dem ganzen Staate zusammengekommenen sozialistischen Nadaumacher, welche vor allen Dingen mit den von ihnen

vertretenen Arbeitern nichts gemein hatten, haben nach langen und stürmischen Beratungen schließlich die Vertreter der beruflichen Arbeiter-Organisationen totgeschrien und überstimmt und alle seitens der Vertreter des radikalsten, von den bekannten Anarchistinnen Rosa Luxemburg und Clara Zetkin patronisierten, sozialistischen Flügels gestellten Anträge angenommen. Mit ungeheurer Stimmenmehrheit wurde dann beschlossen, den 1. Mai zu feiern und einen allgemeinen Streik zu veranstalten. Angesichts dessen, daß Bebel mit seiner Partei es zuwege brachte, die Arbeiter-Berufsorganisationen auf seine Seite zu ziehen, hörten diese bereits auf, ein Werkzeug zur Er kämpfung besserer Arbeits- und Existenzbedingungen zu sein und wurden ausschließlich zu einem politischen Faktor und zu einer Waffe in dem Kampfe gegen die bestehende Ordnung, welcher Bebel den Krieg erklärte.

Angeblieh will Bebel den allgemeinen Streik zu dem Zwecke veranstalten, um gegebenenfalls das Attentat der Regierung gegen die Volksrechte zu vereiteln und außerdem, um eine Reform für die Wahl zum Landtage, in welchem es auch nicht einen Sozialdemokraten gibt, zu erkämpfen; im Grunde genommen unterliegt es keinem Zweifel, daß dahinter ein anderes Ziel verborgen steckt. Die Anführer der Sozialdemokraten, für welche des Lebens Alpha und Omega stets und überall nur die Opposition ist, deren Waffe die erbitterteste und in den Mitteln nicht wählerische Kritik ist, deren Lebenszweck darin besteht, Unzufriedenheit und Haß gegen alles und gegen alle zu verbreiten, die sich ihrem Willen nicht fügen, wollen beim Anblick der blutgetränkten Felder des allgemeinen Streiks in Rußland nun daselbe auch in Deutschland ins Leben rufen, nämlich eine Revolution!

Etwas anderes ist ein allgemeiner Streik und etwas anderes eine Revolution — wird vielleicht jemand einwenden. Streike sind gesetzlich gestattet. Jeder kann arbeiten oder nicht. Das ist richtig, andererseits aber läßt nirgends die Theorie so sehr die Praxis im Stich, als gerade bei den Arbeitseinstellungen. Ein Beispiel hiervon haben wir in Lemberg gesehen. Hat es bei uns auch nur einen Streik gegeben, welcher ohne Gewalttaten verlaufen wäre? Und was würde es sein, wenn nicht in einer, sondern in allen Branchen die Arbeit aufhörte? Bebel sagte zwar, die Arbeiter würden, falls es nötig sein sollte, verstehen, einige Wochen zu hungern — er habe seinerzeit ebenfalls gehungert; — ob jedoch der Parteivorstand, welcher nur mit Mühe die Disziplin

unter den fatten Arbeitermassen aufrecht erhält, sie wird aufrecht zu erhalten verstehen, wenn diese Massen hungrig sein werden? Der Hunger wird also sehr bald die Streikenden auf die Straße treiben und sie zu Gewalttaten hinreißen. Und dann werden sich Polizei und Militär einmischen — und die Katastrophe ist fertig.

Auch ist an dem schließlich Erfolg einer derartigen Aktion nicht zu zweifeln. Der allgemeine Streik würde im Grunde genommen nicht so sehr gegen die Regierung, als gegen die Bevölkerung selbst gerichtet sein, sie allein würde nur darunter leiden. Der Streik würde also nicht vollständig sein und die Mehrheit der Bevölkerung würde um so fester auf der Seite der Regierung stehen, je energischer diese gegen die Ruhestörer austräte. Und das Ende davon wäre, daß viele Opfer in den Gefängnissen modern würden. Nur die Rädelsführer, die hinterrücks heute die ihnen blindlings ergebenen Volksmassen ins Feuer führen, würden, nachdem sie gesund über die Grenze gelangt, als Märtyrer und Helden gelten. Die deutsche Regierung besitzt genügend Kraft und Energie zur Unterdrückung einer derartigen Revolution und wird im gegebenen Augenblick grausamer vorgehen als die russische, jedenfalls aber klüger, weil sie, das jüngste russische Beispiel vor den Augen habend, es bis zur Entfaltung einer Revolution nicht kommen lassen, sondern sie gleich in den ersten Anfängen im Blute ersticken würde. Die Herren Anführer von der roten Fahne wissen recht gut, wie ihre Arbeit enden wird, trotzdem aber macht Bebel die sozialistischen Gruppen zu einem allgemeinen Streik weiter mobil. Zwar wird der nächste allgemeine Streik mit der Niederlage der Arbeiter enden, aber er wird sie auch erbittern und mit Haß gegen die Regierung, die Gesellschaft und alle Faktoren erfüllen, welche zu der Streikkatastrophe beigetragen haben. Und gerade diese Erbitterung, dieser Haß in der Seele des Arbeiters bilden wertvolle Schätze für die sozialdemokratischen Spinnen, welche ihn umgarnen, denn aus dieser Gesinnung der Volksmenge schlagen diese für sich Kapital.

Gegenwärtig segelt also die deutsche Sozialdemokratie unter der revolutionären Flagge, und wer weiß, ob nicht nach einigen Monaten, ähnlich wie jetzt aus Rußland, auch aus Deutschland Bomben- und Revolverdöner zu uns hinübertönen werden.

Demnächst wird, wie die Sozialdemokraten munkeln, die Reihe an . . . Österreich kommen. —